



Die Anerkennung Jerusalems

Die Rede von UNO-Botschafterin Nikki Haley in deutscher Sprache

SEITE 4-5

Die Wandlung des Jüdischen Museums Berlin zur anti-israelischen Institution
Eine neue Ausstellung hetzt gegen Israel

SEITE 27



10 Jahre „Scholars for Peace in the Middle East“

Der SPME zu Gast beim Zentralrat

SEITE 21



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS
DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser, die erste Ausgabe des neuen Jahres 2018 liegt vor Ihnen. Mit der Auslieferung unserer JÜDISCHEN RUNDSCHAU ist das bewegte Jahr 2017 endgültig Geschichte geworden, das hoffentlich trotz aller politischen Turbulenzen für alle unsere Leser und ihre Lieben persönlich ein gutes und erfolgreiches Jahr war.

Jeder Jahreswechsel ist auch ein Stück Neubeginn, eine Zeit der Wünsche und guten Vorsätze und wie immer in diesen Tagen sind unser aller Augen, Erwartungen und Hoffnungen auf die noch unbeschriebenen Seiten des vor uns liegenden neuen Jahres gerichtet, das entgegen allen aus dem alten Jahr mitgebrachten Probleme, denen Israel, Deutschland, Europa, die Welt und wir alle ausgesetzt sind, für uns nur Gutes bringen möge.

Wir, die Redaktion, die Autoren und der Herausgeber unserer JÜDISCHEN RUNDSCHAU möchten Ihnen allen besonders an dieser Stelle noch einmal auf das Herzlichste danken, dass Sie uns wie alle Jahre zuvor auch im vergangenen Jahr Ihre Treue gehalten und unsere Arbeit mit konstruktiven Anregungen und großem Wohlwollen begleitet haben. Dies wünschen wir uns ebenso auch für das Jahr 2018 und werden von unserer Seite – wie auch bisher – alles dafür tun, um Ihre Sympathie und Unterstützung mit interessanten, unangepassten und kritischen Beiträgen zu belohnen.

Im hinter uns liegenden Jahr war es gerade der letzte Monat, zu dessen Beginn ein geschichtlich richtiges, legitimes Statement der neuen amerikanischen Regierung den Staat Israel, die Juden weltweit und alle anständigen Menschen mit gesundem und normalem Urteilsvermögen mit großer Genugtuung erfüllt hat und mit Recht als historisch bezeichnet werden darf. Am 6. Dezember 2017 erklärte der amerikanische Präsident für die Vereinigten Staaten von Amerika die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt des Staates Israel und kündigte die Verlegung der US-Botschaft in die Hauptstadt des jüdischen Volkes an.

Seite 2 ►►

Österreich 3,70 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,50 €; Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN



Der Erfolg des Unangepassten



GALTIFFON/AFB

Von Markus Somm

Wer es nicht gesehen hat, sollte sich diese letzte Sitzung des amerikanischen Kabinetts vor Weihnachten auf Youtube anschauen: Andächtig sitzen die Minister der mächtigsten Regierung der Welt neben ihrem mächtigsten Präsidenten, er heißt Donald Trump – rechts von ihm der eher nachdenklich wirkende Rex Tillerson, Außenminister, links von ihm Jim Mattis, der stählerne Verteidigungsminister; der Präsident sitzt im Mittelpunkt des Geschehens, er plaudert und macht sich über die anwesenden Journalisten lustig, bis er seinem Minister Ben Carson das Wort erteilt mit dem Auftrag, ein Gebet zu sprechen.

Carson, einer der weltbesten Neurochirurgen, bevor er Wohnungsbauminister unter Trump geworden ist, setzt an und dankt dem „lieben Vater im Himmel“ für diesen Präsidenten und die vielen Minister, die so mutig sind, dass sie sich dem Gegenwind stellen, auch dass sie nun eine Steuersenkung beschlossen haben, die hoffentlich das Wirtschaftswachstum befördern wird, und Carson erwähnt weitere Dinge, die er für segensreich hält, um mit dieser Bitte an Gott zu schließen: „Gib uns den Geist der Dankbarkeit, des Mitgefühls und des gesunden Menschenverstandes, und gib uns die Weisheit, damit wir diese große Nation in die Zukunft führen können, darum bitten wir Dich, im Namen des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes, Amen.“ Alle murmeln: „Amen.“

Carson ist schwarz und im Ghetto von Detroit ohne Vater aufgewachsen, die Mutter litt unter Depressionen; das Kind aber war hochintelligent und

hochbegabt – und so brachte Carson eine Karriere zustande, die beispiellos ist. Er war einer der jüngsten Chefärzte Amerikas, seine Operationen etwa an siamesischen Zwillingen wurden gepriesen und diskutiert. Ihm hat niemand zu erklären, wie es sich anfühlt, ganz unten zu leben. Carson ist zutiefst religiös, evangelikal, und wenn er betet, dann klingt das, wie man sich das vorstellt: Eine tiefe, sonore Stimme sucht Gott. Trump dankt und übergibt das Wort seinem Vizepräsidenten Mike Pence, der ihm gratuliert und dankt und ihn weitere lange Minuten lobpreist. Halleluja.

Comedians fällt es schwer, gute Witze über Trump zu erfinden

Für den durchschnittlichen Europäer und manchen Amerikaner wirkt das alles wie eine zweitklassige Satire-Sendung, ja, mein Eindruck ist, dass es den meisten amerikanischen Comedians inzwischen schwerfällt, gute Witze über Trump zu erfinden, weil die Wirklichkeit witziger erscheint als jede Übertreibung, die sie versuchen. Man kann Trump gar nicht karikieren: Der Mann ist ohne jeden Zweifel grotesk.

Er besitzt Eigenschaften und steht dazu, die man eigentlich in besseren Kreisen verbirgt: Wenn er etwas geleistet hat, es mag noch so erstaunlich sein, lobt er sich und lässt sich auf eine so unverschämte Weise loben, dass man am Ende gar nicht mehr erkennt, was er überhaupt getan hat. Wenn ihn jemand kritisiert – und es kann sich um wirklich kleine, kleine Dinge handeln –, dann wird dieser arme Kritiker verfolgt, in die Hölle verjagt, auf Twitter verdammt, mit Gemeinheiten verprügelt, bis er sich

nicht mehr rührt. Wenn Trump bescheiden sein will, dann tut er das auf eine so aufdringliche Art und Weise, dass man sich nach der Bescheidenheit eines ägyptischen Pharaos sehnt. Jede Pyramide wirkt dann kleiner und sinnvoller als der Trump Tower und sein Bewohner.

Dennoch – und das macht seine Kritiker so verzweifelt und blind zugleich – hat dieser Präsident in seinem ersten Jahr wohl mehr fertiggebracht als jeder andere konservative Präsident seit Ronald Reagan. Trump hat mehr konservative Richter ernannt als jeder seiner Vorgänger, Trump hat mehr unsinnige, wirtschaftsfeindliche Regulierungen aufgehoben, als sich das je ein Präsident getraut hat zu tun – und er hat dies mit einem Tempo vollbracht, das verblüffend ist.

Schließlich haben Trump und seine Republikaner im Kongress eine Steuerreform durchgebracht, so tiefgreifend wie kaum eine Reform zuvor seit 1986. Seit diesem Jahr wurden die Steuern nie mehr dermaßen gesenkt und die Steuergesetze nie mehr derart einschneidend umformuliert. Trump hat die USA aus dem untauglichen Klimaabkommen von Paris zurückgezogen, und er hat den überfälligen und richtigen Schritt vollzogen, Jerusalem als Hauptstadt von Israel anzuerkennen.

Schließlich haben er und seine Generale, wenn auch kaum beachtet von den Medien, den blutigen Islamischen Staat, den IS, besiegt, was Trump seinerzeit, während des Wahlkampfes, zum großen Gaudi seiner Kritiker stets angekündigt hatte. Niemand hielt das für möglich, lächerlich fanden die gescheiterten Experten schon nur die Idee. Nun rennen die Kämpfer des IS um ihr Leben.

◀ Fortsetzung von Seite 1

Der Erfolg des Unangepassten

Donald Trump hält sich nicht an Konventionen – doch er ist viel erfolgreicher als Obama

Ausgerechnet ein solcher Mann mit einer solchen Frisur

Vielleicht ist das die größte Kränkung, insbesondere für uns Journalisten, die wir so viele Politiker so oft nach ihrem Äußeren oder nach der Eleganz ihrer Statements beurteilen: Dass ein solcher Mann mit einer solchen Frisur zu mehr imstande ist als etwa jener Präsident, der vor ihm kam. Barack Obama sieht besser aus, wirkt klüger, redet klüger, aber hat kaum etwas erreicht.

Von ihm werden die Historiker sagen, dass er der erste schwarze Präsident Amerikas war, und? – sehr viel mehr wird ihnen nicht einfallen. Trump hat schon jetzt deutlich mehr Wirtschaftswachstum ausgelöst als Obama, die Arbeitslosenzahl geht zurück, die Börse jubelt, und die meisten Amerikaner werden schon im Februar feststellen, dass sie weniger Steuern bezahlen müssen.

Zwar stellen die Demokraten das alles in Abrede, doch selbst ein linksli-

beraler Thinktank wie das „Tax Policy Center“ kam zum Schluss: 90 Prozent der Mittelschichtsangehörigen werden eine Steuersenkung erfahren; und die wirklich armen Leute zahlen ohnehin keine Steuern. Entscheidend aber ist, dass die amerikanischen Firmen spürbar entlastet werden, auch das dürfte die Wirtschaft weiter befeuern, selbst die Schweizer Unternehmer, die so zahlreich nach Amerika liefern, dürften davon profitieren.

Woran liegt es, dass ausgerechnet diesem angeblichen Clown von Präsidenten so vieles gelingt, was seine – konservativen – Vorgänger kaum fertigbrachten? Vermutlich ist der unmögliche Charakter von Trump auch dafür verantwortlich, dass er das Unmögliche schafft. Ihn scheint nichts peinlich zu berühren: Das ist eine Schwäche, wenn es ihm darum ginge, bei den Anständigen, Raffinierten und Intelligenten gut anzukommen, das ist aber eine Stärke, weil Trump sich

so auch traut, Dinge auszusprechen und danach zu handeln, die manche Vertreter der Elite für peinlich halten, selbst wenn sie insgeheim das Gleiche denken oder wissen, dass man schon längst hätte in diesem Sinne handeln müssen.

Umsetzen, was man den peinlichen Wählern versprochen hat

Besonders für die Konservativen, für die Republikaner, diese unglücklichen Verbündeten von Trump, gilt das. Es ist bitter: Wie viel linksliberalen Unsinn haben sie widerwillig mitgemacht, aus lauter Angst, von den linksliberalen Medien dumm hingestellt zu werden? Kurz, es war ihnen peinlich, in Washington, dieser elitären, hochgebildeten, reichen Stadt, das umzusetzen, was sie ihren peinlichen Wählern im Mittleren Westen versprochen hatten.

Die meisten Amerikaner lieben Donald Trump nicht, auch sie stoßen sich an seinem unaufhörlichen Strom von Twitter-Meldungen, auch sie sehen,

dass Trump die Politik zeitweise zu einer Soap-Opera, zu einer Seifenoper für einen pensionierten Fernsehstar umgestaltet hat, auch sie hätten gerne einen Präsidenten, den alle Welt bewundert wie seinerzeit Obama.

Doch von dieser Bewunderung hatten sie nichts. Sie verloren ihre Jobs, sie verarmten, und ihr Land büßte überall auf der Welt schneller und mehr Einfluss ein als je zuvor. Man bewunderte vielleicht Obama, aber niemand bewunderte Amerika.

Im Grunde ist Trump für viele Amerikaner jener unangenehme Gast am Familientisch, den man meidet, von dem man sich distanziert – und dennoch immer wieder einlädt, weil es nur mit ihm so richtig wild und lustig zu- und hergeht. Auch das Essen schmeckt besser.

Dieser Beitrag erschien zuerst in der Basler Zeitung.

◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Nun ist die Bestimmung der eigenen Hauptstadt eines Landes ein autonomer und weitestgehend unspektakulärer Willens- und Verwaltungsakt eines Staates, seines Volkes und seiner Regierung, der weder einer Zustimmung noch einer Anerkennung durch einen fremden Staat und schon gar nicht einer Abstimmung durch die diese Bezeichnung ohnehin kaum noch verdienende Völkergemeinde bedarf. Nicht wenige Staaten haben dazu im Laufe ihrer Geschichte ihre Hauptstädte auch ausschließlich entsprechend ihrer eigenen Erwägungen gewechselt und waren weder verpflichtet noch sahen sie sich jemals veranlasst, diesen Wechsel und die Festlegung ihrer Kapitale mit irgendwelchen externen Staaten abzustimmen oder gar deren Genehmigung einzuholen.

Obwohl beispielsweise gerade Berlin als Hauptstadt des Dritten Reiches ein negatives Symbol für das Zentrum der Nazi-Blutherrschaft, den Ausgangsort des Zweiten Weltkrieges und vor allem den Holocaust und somit die willkürliche Ermordung von sechs Millionen jüdischen Kinder, Frauen und Männer darstellte, bedurfte es keiner Zustimmung und keines Einverständnisses eines externen Staates als die BRD nach der – übrigens besonders von der SPD und den anderen Linken angefeindeten – Wiedervereinigung mit Hilfe einer keinesfalls unumstrittenen Annexion der als Staat gescheiterten DDR, die ursprünglich Hauptstadt Bonn in das damals vor kurzem mit dem Ostteil vereinigte Berlin verlegt hat. Es gab weder eine UNO-Abstimmung noch eine Anerkennung durch Dritte. Die Festlegung wurde im deutschen Parlament beschlossen, wobei es bestenfalls galt, die Bedenken der um die fallenden Marktpreise ihrer Zweitwohnungen in Bonn besorgten politischen Pendler zu zerstreuen.

Nichts von alledem trifft für Jerusalem zu. Jerusalem haftet ein derartiger negativer Odor, wie es bei Berlin der Fall sein mag, nicht an.

Jerusalem ist seit ca. dem Jahre 1000 vor der Zeitrechnung, als der jüdische König David die Stadt somit vor mehr als 3.000 Jahren zu seinem Sitz und durch Überführung der Bundeslade aus dem

jüdischen Hebron zur religiösen und politischen Hauptstadt des Königreiches Israel machte und seit sein Sohn, der König Salomon eine Generation später den ersten jüdischen Tempel in Jerusalem errichtete, die ewige, heilige und ungeteilte Hauptstadt des jüdischen Volkes. Sie ist das Zentrum jüdischen Seins, jüdischen Denkens und jüdischen Glaubens.

Niemals wurde Jerusalem von den Juden aufgegeben. Es wurde den Juden im Laufe seiner langen und leidvollen Geschichte immer wieder gewaltsam geraubt, zuletzt auch durch den Islam. Es ist von den Juden 1967, zu einem Zeitpunkt als die unter ägyptischer Führung vereinte Übermacht arabischer Armeen die Juden Israels erklärtermaßen ins Meer treiben wollte, allen Widernissen und allen Wahrscheinlichkeiten zum Trotz in übermenschlicher Anstrengung und gegen alle Wahrscheinlichkeit befreit und wiedervereinigt worden.

Nichts kann geschichtsfälschender und schlichtweg absurder sein als zu behaupten, die Klagemauer und das alte jüdische Viertel seien besetztes Gebiet. Das Gegenteil ist der Fall. Die von den Arabern ausschließlich zur Delegitimierung des jüdischen Anspruchs nachträglich zum drittklassigen Heiligtum erklärte Moschee auf dem jüdischen Tempelberg ist eine von den islamischen Eroberern des jüdischen Jerusalem errichtete Eroberungs- und Demütigungs-Moschee, wie sie üblicherweise auch bei anderen islamischen Raubzügen, etwa im Falle der Hagia Sophia in den Christen geraubten Konstantinopel erbaut oder zweckentfremdet wurde.

Der verstorbene Friedensnobelpreisträger und Auschwitz- und Buchenwald-überlebende Philanthrop Elie Wiesel sagte zu Jerusalem: „Jerusalem steht über aller Politik. Es wird über 600 mal in der Thora erwähnt und nicht einmal im Koran. Es gehört dem jüdischen Volk und ist viel mehr als eine Stadt.“

Gerade deshalb ist es beschämend und kaum nachvollziehbar, dass besonders die gegenwärtige deutsche Regierung meint legitimiert zu sein, eine islamische Fremdherrschaft Jerusalems befürworten zu sollen. Besonders unter dem fadenscheinigen Argument einen faktisch – trotz weitestgehenden Entgegenkommens Israels – von den Ara-

bern nicht einmal im Ansatz gewollten Friedens- und Verständigungs-Prozess nicht behindern zu wollen, stimmen unsere Politiker an erster Front für die Dauerverurteilung und Delegitimierung Israels in der UNO und behindern genau dadurch jede Möglichkeit auf eine Verständigung.

Dabei ist die Politik des vielgescholtenen Präsidenten Trump trotz der Kübel von Hass und Unrat, die täglich von den Obama-Nachweirern und Fans der gescheiterten Lügenkandidatin Hillary Clinton sowie vor allem von den hiesigen Bessermenschen aus Politik und Medien über ihn geschüttet werden, pragmatisch und zeigt Wirkung. Donald Trump hat nüchtern und ohne ideologische Filter betrachtet in seiner bisherigen Amtszeit, die sich in diesem Monat zum ersten Mal jährt, nicht nur den IS eingedämmt und – für unsere hiesigen Politiker ungewohnt – weitestgehend seine Wahlversprechen eingehalten, sondern sich um Amerika, Israel und den Erhalt unsere westlichen Welt mehr Verdienste gemacht als es der hier so unsinnig hochgelobte Islam-affine Obama in den schädlichen acht Jahren seiner viel zu langen Amtszeit wenn überhaupt, dann auch nur ange-dacht hatte zu tun. Vor allem hat er die sinnleeren Sprechblasen unserer europäischen Politik sichtbar gemacht und bereits jetzt gezeigt, dass nicht die hier fast ausnahmslos praktizierte rückgratlose Bauchkriecherei und Anbiederung, sondern beherzte Entschlossenheit den richtigen Weg zur Eindämmung und Überwindung des Übels weisen.

Sehr zum Ärger der westeuropäischen und hiesigen Trump- und Israel-Basher sowie Terror-gegen-Israel-Unterstützer aus Politik und Medien gab es für den Anti-Israel-Beschluss der eigens herbeigerufenen UNO-Vollversammlung nur noch 128 Befürworter.

Etwa ein Drittel (knapp 33 %) der 187 Abstimmungsstaaten waren diesmal nicht zu gewinnen für den antisemitischen und israel-feindlichen historischen Lügen-Unsinn, Jerusalem sei nicht die 3.000 Jahre alte, ewige Hauptstadt des jüdischen Volkes und des ohnehin schon weiter Teile seines ursprünglichen Gebiets beraubten neuen Staates Israel.

Dies ist ungewöhnlich und ein großer Schritt in die richtige Richtung in dem sonst nahezu einstimmig gegen Israel, die Wahrheit und die Vernunft votierenden UNO-Gremium. Dies stellt, wenn auch kaum von unseren Israel-aversen Medien thematisiert, bereits einen deutlichen Riss in der Anti-Israel-Front der UNO dar. War sie doch zuvor besonders unter dem Islam-affinen vorherigen US-Präsidenten Obama, dem Liebling der europäischen und deutschen Judenfeinde mit der Gedanken-Heuchel-Attitüde für bequem tote Juden, zur sinnentleerten Israel-Dauerverurteilungs-Lobby degeneriert.

So verweigerten 35 Länder die Zustimmung und enthielten sich zumindest der Stimme. Darunter befanden sich neben afrikanischen Staaten wie Uganda, Malawi und dem Südsudan auch europäische Länder wie Polen, Ungarn, Kroatien, Tschechien, Rumänien und Lettland und weitere außereuropäische Mitglieder wie Australien, Philippinen, Kanada, Argentinien und Mexiko. 21 Staaten ließen ihre Diplomaten gar nicht erst erscheinen. Neun Staaten stimmten gegen die Resolution: Neben den USA und Israel waren dies Guatemala, Honduras, die Marshall-Inseln, Mikronesien, Palau, Nauru und Togo.

Aufs unerträglichste bestürzend und beschämend, aber angesichts der bisherigen Haltung keineswegs überraschend ist, dass die sich ohnehin vor der Desintegration befindliche – im Grunde ihrem eigenen europäischen Kontinent massiven Schaden zufügende – EU der Merkels, Gabriels, Junkers, Mogherinis, Wallströms, um nur einige der Protagonisten des europäischen Desasters zu nennen, auch hier wieder einsichtsfrei und unbelehrbar ihrer bisherigen Israel- und Trump-aversen Politik treu geblieben ist.

Ein jeder Faktenlage unzugänglicher links-ideologischer Anti-Trumpismus, geradezu pathologische Islamablieferung und von massivem antijüdischem Vorbehalt geprägte Israel-Delegitimierung dürften der maßgebliche Grund dafür sein, dass sich die europäischen Staaten – von den Vernunft-getragenen Gegnern dieser suizidalen Politik aus Osteuropa abgesehen – wieder einmal gegen Israel die USA und Israel gestellt haben.

Fortsetzung auf Seite 10 ▶▶

Sigmar Gabriels brutale Freunde

Die überaus engen Bande des deutschen Außenministers zur iranischen Diktatur

Von Peter Grimm

„Wir lassen euch nicht im Stich!“, zitiert der am Nachmittag des 3. Januar 2018 aktuellste Eintrag im Online-Newsroom des Auswärtigen Amtes den Bundesaußenminister Sigmar Gabriel. Allerdings gilt dieser markige Satz nicht den Iranern, die gegen das Mullah-Regime protestieren, sondern den „Menschen in der Ukraine“. Gut, auch da protestieren gerade Menschen gegen ihre korrupte Regierung, aber die hat der Bundesaußenminister mit seinem anfeuernden Satz bestimmt nicht gemeint.

Aber hier soll es auch gar nicht um die Ukraine gehen. Der Satz fiel mir nur ins Auge, weil ich eben in jenem außenamtlichen Newsroom nach der aktuellsten Äußerung des Genossen Gabriel zu den Protesten im Iran, zu dem brutalen Vorgehen gegen die Demonstranten, zu den Toten, den Verletzten, den Verhafteten sehen wollte. Da war die letzte Äußerung vom Neujahrstag und er sprach selbstverständlich nicht davon, irgendjemanden nicht im Stich lassen zu wollen, sondern badete in scheinbar staatsmännischer Zurückhaltung:

„Ich bin sehr besorgt angesichts der jüngsten Entwicklungen in Iran und der Meldungen über weitere getötete Demonstranten und zahlreiche Verhaftungen. Wir appellieren an die iranische Regierung, die Rechte der Demonstranten zu respektieren, sich zu versammeln und frei und friedlich ihre Stimme zu erheben. Nach der Konfrontation der vergangenen Tage ist es umso wichtiger, allseits von gewaltsamen Handlungen Abstand zu nehmen.“

Wer will schon Hardliner bestätigen?

Das soll wahrscheinlich jene hohe Form der Diplomatie sein, die nahezu alle Kommentatoren beim tumben, poltrigen US-Präsidenten vermissen, der doch mit seiner lauten verbalen Unterstützung der Demonstranten alles nur noch schlimmer machen würde. Schon Wochen bevor der erste Demonstrant in Teheran gesichtet wurde, wusste Sigmar Gabriel zu warnen:

„Je stärker wir den Iran jetzt unter Druck setzen, desto mehr werden die Hardliner im Iran sich bestätigt fühlen.“

Nun ist das eine alte Diskussion, die Älteren kennen sie noch aus den Zeiten des Kalten Krieges: Inwieweit nimmt man auf Diktatoren Rücksicht, um im Gespräch zu bleiben, vielleicht auch gesellschaftliche Veränderungen in diesen Staaten zu befördern, und welche Prinzipien darf man nicht über Bord werfen?

Wer will schon die Hardliner bestätigen? Allerdings ist auch die Frage, wo fängt der Hardliner an? Sigmar Gabriel nennt immerhin führende Vertreter des Regimes in Teheran seine Freunde. Sind das dann keine Hardliner? Zwar bestreiten sie das Existenzrecht Israels, um nur einen Punkt zu nennen, der einen deutschen Außenminister bei der Wahl seiner Freunde vielleicht beeinflussen sollte, es könnte aber womöglich noch schlimmer kommen.

Doch halt, an dieser Stelle darf man nicht ungerecht gegenüber dem Genossen Gabriel sein. Er war ja nicht Außenminister, als er bei seiner Ankunft in Teheran vor zweieinhalb Jahren den Besuch bei Freunden so erklärte: „Wirkliche Freundschaft erweist sich dann, wenn man auch offen und partnerschaftlich



Sigmar Gabriel mit dem iranischen Außenminister Sarif.

und respektvoll über schwierige Themen sprechen kann. Dann zeigt sich erst, wie intensiv die Freundschaft ist.“ Damals war er ja noch Wirtschaftsminister. Und als solcher ungeheuer stolz, sofort nach dem Atom-Abkommen und beginnender Sanktionslockerungen als erstes westliches Regierungsmitglied der Führung in Teheran seine Aufwartung machen zu können.

Historischen Erfolge folgen

Immerhin feierte sich kurz zuvor sein Genosse und damaliger Außenminister Steinmeier selbst so überzeugend für sein Vertragswerk, dass es für den Kollegen Gabriel sicher Ansporn war, so schnell wie möglich auf seinem Terrain Marksteine zu setzen. Steinmeier damals über sich selbst:

„Man muss kein Pathos bemühen, um die Wiener Vereinbarung über das iranische Atomprogramm historisch zu nennen. Es ist gelungen, eine politische Lösung für einen brandgefährlichen Konflikt zu finden, der die Welt bereits mehrfach an den Rand einer militärischen Auseinandersetzung gebracht hatte und mehr noch in Zukunft zu bringen drohte.“

Dass es sich erst erweisen musste, ob das Abkommen wirklich eine Lösung ist, lassen wir dahingestellt. Und etwas Eigenlob hilft, wenn sich andere mit der Anerkennung zurückhalten. Dies tun bekanntlich deutsche Wähler mit SPD-Politikern schon seit Jahren, aber dass man sich da als sozialdemokratischer Minister ungerecht behandelt fühlen kann, ist ein anderes Thema.

Sigmar Gabriel ist auf alle Fälle nicht vorzuwerfen, dass seine in Teheran bekundete Freundschaft nur ein Lippenbekenntnis war. Die Wiederwahl von Hassan Ruhani zum Präsidenten wurde vom Auswärtigen Amt begrüßt. Staatsminister Michael Roth wurde in großer Runde zur Amtseinführung entsandt, womit die deutsche Politik ein Zeichen setzen wollte: „Wir wollen bewusst mit unserer großen Delegation zeigen, dass wir die Politik ihrer Regierung unterstützen, ohne dabei das uns Trennende zu verges-

sen“, sagte Roth. „Das Trennende“, damit ist bestimmt diese blöde Sache mit dem Existenzrecht Israels gemeint, oder? Auf jeden Fall wusste man im Auswärtigen Amt in Berlin genau, was die Menschen in Teheran und Isfahan wollen:

„Eine große Mehrheit der Menschen in Iran wünscht sich, dass Präsident Ruhani Kurs halten kann, den Ankündigungen im Wahlkampf Taten folgen und seine zweite Amtszeit mehr Öffnung im Inneren und nach außen bringt.“

Dass nun viele Menschen im Iran offenbar mehr Öffnung im Inneren und nach außen fordern, als Gabriels Freunde ihnen gewähren wollen, war dem Hause noch keine ausführlicheren Erklärungen wert.

Verständnis für Verschleierungen

Dafür gibt es für Anpassungsgesten viel Verständnis. Im Dezember letzten Jahres begrüßte Staatsminister Michael Roth beim Menschenrechtsempfang im Lichthof des Auswärtigen Amtes die schwedische Ministerin für Europa und Handel, Ann Linde. Und wie weiland Claudia Roth gefiel es den schwedischen Ministerinnen offenbar, in ein Land zu kommen, das ihnen die Verschleierung aufnötigt. Der deutsche Staatsminister dazu:

„Auch Du, liebe Ann Linde, kannst davon ein Lied singen: Im Februar 2017 bist Du mit einer schwedischen Regierungsdelegation zur Unterzeichnung mehrerer Handelsabkommen in den Iran gereist. Damals gab es heftige Kritik, weil Du und andere weibliche Delegationsmitglieder bei den offiziellen Terminen Kopftuch getragen haben. Prompt hieß es, die schwedische Regierung beuge sich den Regeln eines frauenfeindlichen Regimes und opfere die Prinzipien ihrer Menschenrechtspolitik.“

Du hast damals öffentlich klargestellt, dass Du schlichtweg die geltenden Gesetze im Iran nicht brechen wolltest. Und Du hast auch deutlich gemacht, was die eigentliche Botschaft des Besuchs war: Eure 15-köpfige Delegation

war mit zwölf Frauen besetzt. Auch die schwedische Botschaft im Iran wird von einer Frau geleitet. Und in allen Gesprächen hast Du die schwierige Lage der Frauen im Iran offen angesprochen.

Ein provozierter Eklat auf offener Bühne hätte vermutlich jeglichen Dialog mit der iranischen Seite unmöglich gemacht. Keiner unterdrückten Frau wäre damit geholfen worden.“

Vielleicht wäre aber zunächst die Frage angebracht, ob der verschleierte Besuch den Unterdrückten in irgendeiner Weise hilft? Die Bilder von westlichen Regierungspolitikern, die freiheitsbeschränkende Regeln für sich selbst akzeptieren, sollte man in ihrer Wirkungsmacht in einer Diktatur nicht unterschätzen. Wenn dann auch noch, wie bei einem iranischen Staatsbesuch in Rom, Statuen verhüllt werden, damit dem Gast der Anblick von in Stein gehauener unislamischer Nacktheit erspart wird, ist das wohl kaum noch mit realpolitischen Erfordernissen zu erklären.

Natürlich darf man die Argumente für eine Realpolitik, die auch die Vermeidung allzu harter Töne einschließt, nicht einfach ignorieren. Doch wenn Demonstranten auf der Straße sterben, muss man Stellung beziehen. Wer sich allzu eng mit einem Diktator einlässt, hat immer ein Problem, wenn sich dessen Untertanen auflehnen und drohen, die Ordnung kaputt zu machen, in der man sich doch so schön eingerichtet hat. Man kann sich als Minister seine Gesprächspartner nicht aussuchen, seine Freunde schon. Es sei denn, man möchte sich als der Mann für sensible Despoten profilieren.

Aber eines sei Sigmar Gabriel mit seinem windelweichen Neujahrs-Statement zugutegehalten: Er ist – Stand 3. Januar – der ranghöchste deutsche Politiker, der sich überhaupt vernehmlich zum Iran geäußert hat. Von der Kanzlerin oder seinem präsidentialen Vorgänger kommt nur eisiges Schweigen.

Dieser Beitrag erschien auch hier auf sichtplatz.de

Die Anerkennung Jerusalems

Die Rede von UNO-Botschafterin Nikki Haley in deutscher Sprache



Nikki Haley vor den Vereinten Nationen.

Erster Teil der Rede vor der Abstimmung

Danke, Herr Präsident!

Ich werde bei diesem Treffen die Zeit des Rates nicht nutzen, um die Frage anzusprechen, wo eine souveräne Nation ihre Botschaft errichten kann und warum wir jedes Recht haben, uns so zu entscheiden, wie wir uns entschieden haben. Ich werde auf eine angemessenere und dringlichere Frage eingehen.

Diese Woche jährt sich die Verabschiedung der Resolution 2334 zum ersten Mal. An diesem Tag beschlossen die Vereinigten Staaten in diesem Rat im Dezember 2016, sich der Stimme zu enthalten. Jetzt sind wir hier ein Jahr später mit einer neuen Verwaltung. Könnten wir erneut über die Resolution 2334 abstimmen, kann ich mit vollster Überzeugung sagen, dass die Vereinigten Staaten mit „Nein“ stimmen würden. Wir würden nämlich unser Vetorecht ausüben. Die Gründe dafür sind sehr wichtig für den Frieden im Nahen Osten.

Auf einen flüchtigen Blick erklärte die Resolution 2334 israelische Siedlungen zu Hindernissen für den Frieden. Vernünftige Menschen können darüber uneins sein. Tatsächlich haben die Vereinigten Staaten im Laufe der Jahre viele Male Kritik an der israelischen Siedlungspolitik geübt. In Wirklichkeit aber war die Resolution 2334 selbst ein Friedenshindernis. Dieser Sicherheitsrat hat die Verhandlungen zwischen Israel und den „Palästinensern“ weiter außer Reichweite gebracht, indem er sich erneut in

den Konflikt zwischen beiden Parteien eingemischt hat.

Indem sie die Schuld für das Scheitern der Friedensbemühungen ausschließlich auf die israelischen Siedlungen abgewälzt hat, gab die Resolution den „palästinensischen“ Führern, die viele Jahre lang einen Friedensvorschlag nach dem anderen abgelehnt hatten, eine Generalabsolution. Sie ermutigte sie zudem, Verhandlungen in Zukunft zu vermeiden. Sie weigerte sich, das Erbe

Die Vereinigten Staaten haben oft zu Israel gestanden. Nicht so am 23. Dezember 2016. Wir werden diesen Fehler nicht noch einmal machen.

der fehlgeschlagenen Verhandlungen anzuerkennen, die nichts mit den Siedlungen zu tun hatten. Der Rat hat über Fragen entschieden, die nur in direkten Verhandlungen zwischen den Parteien entschieden werden können.

Die UNO als Friedenshindernis

Wenn die Geschichte der Vereinten Nationen in diesen Friedensbemühungen etwas beweist, dann dass das Reden in New York keine direkten Verhandlungen zwischen den regionalen Parteien ersetzen kann. Es steht dem Frieden mehr im Weg als ihm zu nutzen.

Als wollte sie dieses Im-Weg-Stehen

noch unterstreichen, forderte die Resolution 2334 die Einstellung aller israelischen Siedlungsaktivitäten in Ost-Jerusalem, sogar im jüdischen Viertel der Altstadt. Dies ist etwas, was keine verantwortliche Person oder Land jemals von Israel erwarten darf. Mit dieser Forderung hat die Resolution 2334 etwas getan, das Präsident Trumps Ankündigung von Jerusalem als Hauptstadt Israels nicht getan hat: Sie griff die Antwort auf die Frage voraus, die den Verhandlungen

über den endgültigen Status vorbehalten hätten bleiben sollen.

Angesichts einer neuen Wahlmöglichkeit würden die USA noch aus einem anderen Grund gegen die Resolution 2334 stimmen. Sie hat einer hässlichen Schöpfung des Menschenrechtsrats neues Leben eingehaucht. Es gibt hier eine Datenbank von Unternehmen, die in jüdischen Gemeinden tätig sind. Das ist schlicht und ergreifend ein Versuch, eine schwarze Liste zu erstellen und ein weiteres Hindernis für einen auszuhandelnden Frieden. Es ist ein Schandfleck auf Amerikas Gewissen, dass wir mit unserer Entscheidung zu Resolution 2334 der sogenannten BDS-Bewegung

Schwung verliehen haben.

Zur Schande der Vereinten Nationen war dieser Ort unverhältnismäßig feindselig gegenüber der dauerhaftesten Demokratie im Nahen Osten.

Die UNO ist nicht neutral

Die Vereinigten Staaten weigern sich der Doppelmoral der UNO zu folgen, die darin besteht, dass wir (die USA) angeblich parteiisch sind, wenn wir dem Willen des amerikanischen Volk folgen und unsere US-Botschaft verlegen, die Vereinten Nationen hingegen als neutrale Partei gehandelt werden, obwohl sie Israel konsequent aussondert, um das Land besonders zu verurteilen.

Seit Jahrzehnten musste Israel in den Vereinten Nationen und ihren Agenturen Wellen der Voreingenommenheit standhalten. Die Vereinigten Staaten haben oft zu Israel gestanden. Nicht so am 23. Dezember 2016. Wir werden diesen Fehler nicht noch einmal machen.

Diese Woche jährt sich dieser bedeutende Rückschlag für den Frieden im Nahen Osten zum ersten Mal. Aber die Vereinigten Staaten fühlen sich unvermindert verpflichtet, zu einer endgültigen Statusverhandlungen über einen dauerhaften Frieden beizutragen. Unsere Hand bleibt für beide Parteien ausgestreckt. Wir rufen alle Länder auf, die diese Verpflichtung teilen, die harten Lektionen der Vergangenheit zu lernen und daran zu arbeiten, Israel und das „palästinensische“ Volk in gutem Glauben an den Friedentisch zu bringen.

Vielen Dank.

Zweiter Teil der Rede nach der Abstimmung:

Danke, Herr Präsident.

Ich bin seit fast einem Jahr die stolze Vertreterin der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen. Dies ist das erste Mal, dass ich das amerikanische Recht auf ein Veto gegen eine Resolution im Sicherheitsrat ausgeübt habe. Die Ausübung des Vetorechts ist nicht, was die Vereinigten Staaten oft tun. Wir haben es in mehr als sechs Jahren nicht getan. Wir machen es nicht gerne, aber wir tun es ohne Widerstreben.

Wir schämen uns nicht, dass dieses Veto zur Verteidigung der amerikanischen Souveränität und zur Verteidigung der Rolle Amerikas im Nahost-Friedensprozess unternommen wird. Der Rest des Sicherheitsrats sollte sich schämen!

Jerusalem

Wie ich schon bei der Diskussion dieses Themas vor zehn Tagen erläutert habe, werde ich noch einmal zu den wichtigsten Punkten der Ankündigung des Präsidenten zu Jerusalem Stellung nehmen. Der Präsident achtete sorgfältig darauf, den Verhandlungen über den endgültigen Status in keiner Weise vorzugreifen, einschließlich der spezifischen Grenzen der israelischen Souveränität in Jerusalem. Dies bleibt ein Thema, das nur von den Parteien selbst ausgehandelt werden kann. Diese Position entspricht voll und ganz den früheren Resolutionen des Sicherheitsrats.

Der Präsident hat auch darauf hingewiesen, dass wir den Status quo bezüglich der heiligen Stätten Jerusalems anerkennen und eine Zwei-Staaten-Lösung unterstützen, wenn die Parteien damit einverstanden sind. Auch diese Positionen stimmen vollumfänglich mit den früheren Resolutionen des Sicherheitsrats überein.

Es ist sehr bedauerlich, dass einige versuchen, die Position des Präsidenten zu verzerrern, um ihre eigenen Ziele zu erreichen.

Was für manche Menschen ein Problem ist, ist nicht die angebliche Schädigung des Friedensprozess durch die Vereinigten Staaten – denn das haben wir nicht getan. Womit diese Menschen ein Problem haben, ist die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten den Mut und die Ehrlichkeit hatten, eine grundlegende Realität anzuerkennen. Jerusalem ist seit Tausenden von Jah-

ren die politische, kulturelle und spirituelle Heimat des jüdischen Volkes. Sie hatten nie eine andere Hauptstadt. Genau diese Anerkennung des Offensichtlichen durch die Vereinigten Staaten, nämlich dass Jerusalem die Hauptstadt und der Sitz der modernen israelischen Regierung ist, ist für manche schon zu viel.

Zugleich haben einige mit Gewalt auf der Straße gedroht, als ob Gewalt die Aussichten auf einen Frieden irgendwie verbessern würde. Heute, begraben im diplomatischen Jargon, glauben einige, Amerika sagen zu dürfen, wo wir unsere Botschaft errichten sollen. Die Vereinigten Staaten haben aber ein souveränes Recht, selbst zu bestimmen, wo und ob wir eine Botschaft einrichten. Ich vermute, sehr wenige Mitgliedstaaten würden Einmischungen des Sicherheitsrats über ihre souveränen Entscheidungen begrüßen. Ich denke sogar, einige sollten solche Einmischungen fürchten.

Selbst Jimmy Carter trat der UNO-Politik entgegen

Es ist erwähnenswert, dass dies keine neue amerikanische Position ist. Als Jimmy Carter im Jahr 1980 amerikanischer Präsident war, stimmte der Sicherheitsrat über die Resolution 478 ab, in der diplomatische Vertretungen dazu aufgefordert wurden, sich aus Jerusalem zurückzuziehen. Die Vereinigten Staaten unterstützten die Resolution 478 nicht.

Der damalige Außenminister Ed Muskie erklärte damals folgendes: „Der heute vorliegende Entschließungsentwurf ist ein Beispiel für die Voreingenommenheit, die diese Reihe unausgewogener und unrealistischer Texte zu Fragen des Nahen Ostens hervorgebracht hat.“

Konkret sagte Minister Muskie bezüglich der Klausel über die diplomatischen Vertretungen in Jerusalem: „Nach unserer Beurteilung ist diese Klausel nicht bindend. Sie hat keinen Bestand und wir lehnen es als einen zerstörerischen Versuch ab, anderen Nationen etwas zu diktieren. Es trägt nicht zur Lösung der schwierigen Probleme bei, mit denen Israel und seine Nachbarn konfrontiert sind. Es trägt nichts dazu bei, die Sache des Friedens voranzutreiben.“

Das war im Jahr 1980. Heute gilt das noch immer. Die Vereinigten Staaten werden sich von keinem Land sagen lassen, wo wir unsere Botschaft einrichten können.

Noch tiefer im Jargon dieser Resolution steckt der Vorwurf, die USA würden die Aussichten auf Frieden im Nahen Osten in weitere Ferne rücken. Das ist eine skandalöse Anklage. Diejenigen, die sie erheben, sollten bedenken, dass sie mit dieser Anklage eben jenen „Palästinensern“ schaden, für die sie sich aussprechen. Was bringt es dem „palästinensischen“ Volk, dass seine Führer Verhandlungen Steine in den Weg legen?

Ein Friedensprozess, der durch die einfache Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels beschädigt wird, ist kein Friedensprozess. Es ist eine Rechtfertigung für eine endlose Pattsituation. Was bringt es dem „palästinensischen“ Volk wenn einige seiner Führer die Vereinigten Staaten beschuldigen, feindselig gegenüber der Sache des Friedens zu sein? Es bringt ihnen nichts, aber es kostet sie viel Geld.

USA haben den arabischen „Palästinensern“ mehr Geld gegeben als die arabischen Staaten

Die Vereinigten Staaten haben mehr als jedes andere Land getan, um das „palästinensische“ Volk zu unterstützen. Bei weitem! Seit 1994 haben wir den „Palästinensern“ über 5 Milliarden Dollar für bilaterale Wirtschaftshilfe, Sicherheitsunterstützung und humanitäre Hilfe gegeben.

Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für „palästinensische“ Flüchtlinge betreibt Schulen und medizinische Einrichtungen in der gesamten Region. Es wird fast ausschließlich durch freiwillige Beiträge finanziert. Im vergangenen Jahr finanzierten die Vereinigten Staaten freiwillig fast 30 Prozent des UNRWA-Haushalts. Das ist mehr als die nächsten beiden größten Spender zusammen. Und es ist weit mehr als einige der Mitglieder dieses Rates, die über beträchtliche finanzielle Mittel verfügen.

Ich sage es ganz deutlich: Wenn das amerikanische Volk eine Gruppe von

Ländern sieht, deren Gesamtbeitrag zum „palästinensischen“ Volk weniger als ein Prozent des UNRWA-Haushalts beträgt, wenn die Amerikaner sehen, dass diese Länder den Vereinigten Staaten vorwerfen, dass sie sich nicht genügend dem Frieden verpflichtet fühlen, dann verlieren sie ihre Geduld.

Nikki Haley war vor Ort

Ich war in den „palästinensischen“ Flüchtlingslagern, die die Vereinigten Staaten mit ihren Beiträgen unterstützen. Ich habe mich mit Männern, Frauen und Kindern getroffen. Ich habe mich für sie eingesetzt. Ich kann Ihnen sagen, dass ihre Führer ihnen keinen Gefallen tun, wenn sie die Friedensverhandlungen aufgeben, statt die harte Arbeit zu tun, sie zu einer Vollendung zu bringen.

Die Vereinigten Staaten haben sich nie mehr für den Frieden im Nahen Osten eingesetzt. Wir haben uns bereits dazu verpflichtet, bevor der Präsident unsere Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels verkündete, und wir haben uns heute dafür eingesetzt.

Was wir heute hier im Sicherheitsrat erleben mussten, ist eine Beleidigung. Sie wird nicht vergessen werden. Sie ist ein weiteres Beispiel dafür, dass die Vereinten Nationen dem israelisch-„palästinensischen“ Friedensprozess mehr schaden als nützen.

Heute waren die Vereinigten Staaten dazu gezwungen, ihre Souveränität zu verteidigen. Wir geben zu Protokoll, dass wir dies voller Stolz taten. Heute werden wir beschuldigt, mit der Anerkennung der grundlegenden Wahrheit über die Hauptstadt Israel den Frieden zu gefährden. Wir geben zu Protokoll, dass wir diesen empörenden Anspruch zurückweisen.

Aus diesen Gründen und im besten Interesse sowohl des israelischen als auch des „palästinensischen“ Volkes stimmen die Vereinigten Staaten in dieser Angelegenheit mit Nein.

Vielen Dank.

Übersetzung:
Gerd Buurmann

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben rechts und ganz unten im Menü „Service“) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Ein Schritt in Richtung Frieden

Trumps Entscheidung zu Jerusalem wird von einer breiten Mehrheit der Amerikaner befürwortet



Von Stefan Frank (Audiatur Online)

Donald Trump und sein Vize Mike Pence.

Der amerikanische Präsident Donald Trump hält, was seine Amtsvorgänger Bill Clinton, George W. Bush und Barack Obama versprochen haben: Jerusalem als die Hauptstadt Israels anzuerkennen und die amerikanische Botschaft dorthin zu verlegen. Damit stärkt er zuallererst die Demokratie in Amerika, dem Land, das seit 1776 ununterbrochen die Idee der Demokratie wachgehalten und an andere weitergegeben hat.

Anders als es manche europäische Journalisten darzustellen versuchen, ist die Entscheidung nämlich gerade kein Ergebnis der Arbeit von Lobbyisten, die Partikularinteressen gegen die Mehrheit durchsetzen; es ist vielmehr ein Sieg des Wahlvolkes über den Lobbyismus. Im Rahmen der amerikanischen Verfassung – die keine Volksentscheide auf Bundesebene erlaubt – hätte das amerikanische Volk seinen Willen im Hinblick auf Jerusalem nicht klarer ausdrücken können. Warum wurde es so lange nicht gehört?

Überwältigende Mehrheit für US-Botschaft in Jerusalem

Im Oktober 1995 verabschiedete der amerikanische Kongress mit einer überwältigenden Mehrheit (93 zu 5 Stimmen im Senat, 374 zu 37 im Repräsentantenhaus) den „Jerusalem Embassy Relocation Act“, ein Gesetz, das den Umzug der Botschaft in Jerusalems Hauptstadt „bis zum 31. Mai 1999“ vorsieht. Selten waren sich Demokraten und Republikaner so einig. Dass die jeweiligen Präsidenten seither das Inkrafttreten des Gesetzes

alle sechs Monate ausgesetzt haben, war eine Anomalie und ein Verstoß gegen den Geist der Demokratie. Clinton, Bush und Obama haben die Wähler zudem getäuscht; niemand hatte sie gezwungen, im Wahlkampf ein Bekenntnis zu Jerusalem als der Hauptstadt Israels abzugeben. Sie taten es, weil es ihren inneren Überzeugungen entsprach – oder weil sie wussten, wie die Wähler über diese Frage denken. Wenn nun europäische und asiatische Regierungsvertreter die

„ Nie hört man einen europäischen Politiker sagen: „Die Ermordung von Juden gefährdet den Friedensprozess.“

Entscheidung des US-Präsidenten rügen und davor warnen, diese werde Gewalttäter auf den Plan rufen, ist das ein Affront gegen das amerikanische Volk und die Demokratie. Wem soll das amerikanische Staatsoberhaupt (oder jede andere Regierung der Welt) verpflichtet sein: seinem Volk – oder Kräften im Ausland, die ihre Missbilligung im Fernsehen oder auf der Straße kundtun? Und wie sollten Entscheidungen in einer Demokratie gefällt werden: durch Beratungen und Abstimmungen in den demokratischen Gremien – oder durch Nachgeben gegenüber Erpressungen von Gewalttätern oder gar vorausweisendem Gehorsam diesen gegenüber?

Zusammengeflickte Argumente

Durch die Verlegung der amerikanischen Botschaft nach Jerusalem und die Anerkennung der Tatsache, dass Jerusalem Israels Hauptstadt ist, wird keinem Menschen auf der Welt etwas weggenommen, werden niemandes Rechte beschnitten. Ein Vorwurf, der nun immer wieder gleichlautend gegen den amerikanischen Präsidenten erhoben wird (obwohl er sich eigentlich an die Abgeordneten beider Parteien und beider Kammern des

Stadt ziehen? Nein, das hat er nicht. Die Argumentation, dass die amerikanische Botschaft nicht im Westen Jerusalems stehen dürfe, weil dann der Osten der Stadt nicht mehr Hauptstadt eines arabischen Staates „Palästina“ sein könne, ist so unlogisch, dass man sich wundert, wie es Leute geben kann, die diese Begründung von anderen aufnehmen und weitergeben.

Was in dieser Debatte als bare Münze zirkuliert, ist offensichtliches Falschgeld. Wie es in Umlauf kommen konnte, lässt sich nur historisch rekonstruieren. Der juristische Grund, warum die Botschaften anderer Nationen ihren Sitz in Tel Aviv haben und nicht in Jerusalem ist ja der, dass der UN-Teilungsplan von 1947 vorsah, dass Jerusalem als *corpus separatum* behandelt und unter internationale Verwaltung gestellt würde. Diese Tatsache ist offenbar völlig in Vergessenheit geraten, wird in keiner Stellungnahme eines Regierungspolitikers, keinem Leitartikel und keiner Nachrichtensendung je erwähnt. Das alte Argument, warum Jerusalem nicht als Hauptstadt anerkannt wird, ist also heutzutage nicht mehr im Bewusstsein; da aber an dem Zustand nichts geändert werden soll, werden neue Argumente erdacht, um die argumentativen Löcher mit Flickern zu stopfen.

Mit zweierlei Maß gemessen

Diejenigen, die den Vereinigten Staaten nun vorwerfen, einseitig Fakten zu schaffen, statt die Ergebnisse von Friedensverhandlungen abzuwarten (die zu führen

sich Machmud Abbas beharrlich weigert – der ja im Übrigen nicht einmal demokratisch legitimiert ist), sind dieselben, die eben dies immer wieder tun. Es sind diejenigen, die die Waffenstillstandslinie von 1949 beharrlich als Israels „Grenzen von 1967“ bezeichnen und in diesen bereits den Grenzverlauf zwischen Israel und einem künftigen (rein) arabischen „Palästina“ sehen.

Als US-Präsident Barack Obama 2011 sagte, ein „palästinensischer Staat“ solle auf den „Grenzen von 1967“ basieren – wo war da der Protest? Warum wird den EU-Staaten, die einen Staat „Palästina“ „anerkennen“, nicht gesagt, dass im Oslo-II-Abkommen steht: „Bis zum Ergebnis der Verhandlungen über den permanenten Status wird keine der beiden Parteien irgendwelche Schritte initiieren oder ergreifen, die den Status der Westbank und des Gazastreifens ändern“? Und weshalb bauen EU-Länder in den umstrittenen Gebieten illegale Siedlungen?

Wenn, wie nun immer wieder beteuert wird, strittige Punkte wie der Status von Jerusalem nur in bilateralen Verhandlungen zwischen Israel und der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ geklärt werden können, dann muss das auch für den Grenzverlauf gelten. Niemand kann behaupten, dieser sei nicht umstritten. Die Waffenstillstandsabkommen zwischen Israel und Jordanien von 1949 besagt klipp und klar, dass die Waffenstillstandslinie von 1949 keine Grenze ist. Trotzdem tun die EU und europäische Regierungen so, als wäre sie eine; sie bezeichnen israelische Städte, die östlich der Linie liegen, als „illegale Siedlungen“. Wie kann das sein, wo doch der Grenzverlauf und der Status erst noch in Friedensverhandlungen zu klären sind?

Wo ist die „Grüne Linie“ geblieben?

Es wird mit zweierlei Maß gemessen und immer das Maß angesetzt, das für Israel

ungünstiger ist. Das Argument der „Grünen Linie“ oder „Grenze von 1967“ (beides meint die Waffenstillstandslinie von 1949), wonach alle Territorien westlich des Jordans, die Jordanien 1948 in seinem illegalen Krieg erobern konnte, nicht zu Israel gehören (das jüdische Viertel der Altstadt Jerusalems inbegriffen), wird immer dann eingesetzt, wenn es darum geht, die Anwesenheit von (jüdischen) Israelis für „illegal“ zu erklären. Wenn es aber um Jerusalem geht, verschwindet diese Linie plötzlich. Dort wird nicht nur die israelische Souveränität über den „arabisch geprägten Ostteil der Stadt“ (eine Formulierung, die stereotyp von Journalisten benutzt wird, die nicht wissen oder nicht wissen wollen, dass der einzige Unterschied zwischen „West“- und „Ostjerusalem“ der ist, dass die jordanischen Truppen 1948 den Westteil nicht erobern und also die Juden nicht von dort vertreiben konnten) in Frage gestellt, sondern die über jeden Teil der Stadt.

Das hat absurde Folgen: Es gibt Redaktionen, die in Verdrehung der Tatsachen von „der Regierung in Tel Aviv“ schreiben, wenn sie die israelische Regierung meinen, die ihren Sitz bekanntlich in Jerusalem hat. Und als letztes Jahr der frühere israelische Staatspräsident Schimon Peres auf dem Herzlberg in (West-) Jerusalem beerdigt wurde, „korrigierte“ das Weiße Haus eine Pressemitteilung, in der es „irrtümlich“ geheißen hatte, Jerusalem liege in Israel.

In der Gesamtschau ergibt sich der Eindruck: Dass „Ostjerusalem“ und alle von Jordanien 1948 eroberten Gebiete Teil eines arabischen Staates werden, ist für diejenigen, die sich über Trumps Schritt empören, bereits ausgemachte Sache; lediglich über den Westen Jerusalems muss noch verhandelt werden. Auch da sind die unversöhnlichsten, extremsten islamischen Kräfte bereits vorangekommen: Sie haben erreicht, dass die UNESCO jegliche Verbindung der Juden zu Jerusalem leugnet. Mach-

mud Abbas sagte im Juli 2017: „Es wird keinen palästinensischen Staat geben, dessen Hauptstadt nicht Jerusalem ist. Jerusalem muss rein arabisch sein, für die Muslime und Christen.“ Er meinte ganz Jerusalem, plant also offenbar eine ethnische Säuberung. Davon freilich berichteten Zeitungen und Rundfunk in Europa nicht.

Der hohe Preis der Illusion

Die Warnungen vor „neuer Gewalt“ sind nicht nur ein Einknicken vor gewaltsamer Erpressung, sie sind auch heuchlerisch. Die alte Gewalt, das tägliche Morden in muslimischen Ländern des Nahen Ostens, hat keinen westlichen (geschweige einen arabischen) Regierungschef besonders beunruhigt. Und wenn der Präsident des Landes, das den Norden Zyperns besetzt hält und Journalisten wegen ihrer Arbeit einsperrt, sagt, Jerusalem sei für die Muslime eine „rote Linie“, dann kann man fragen: Was eigentlich wurde aus der roten Linie, die Barack Obama dem Einsatz von Chemiewaffen in Syrien gesetzt hat?

Es scheint, als gäbe es für die Welt – oder zumindest für diejenigen, deren Meinung in der Zeitung zitiert wird – kein dringenderes Anliegen, als die Juden aus der Stadt, die immer ihre war und in der sie seit 3.000 Jahren ununterbrochen in der Mehrheit waren, herauszuhalten. Nie hingegen hört man einen europäischen Politiker sagen: „Die Ermordung von Juden gefährdet den Friedensprozess.“

Der Grund, warum der Konflikt zwischen Juden und Arabern scheinbar endlos ist, ist, dass die arabischen Staaten zwar ihre Kriege zur Vernichtung Israels – 1948, 1967, 1973 – verloren haben, dies aber bis heute nicht zur allgemeinen, weltweiten Verbreitung der Einsicht geführt hat, dass der Staat Israel als Heimstatt des jüdischen Volkes kein vorübergehendes Phänomen ist, sondern bleiben wird. Der jahrzehnte-

lange Terrorfeldzug von PLO und Hamas basiert auf einem Teufelskreis:

Solange der Krieg nicht zu Ende ist, haben die Araber auch nicht verloren

Er wurde von denjenigen initiiert, die wie Jassir Arafat geglaubt haben, der Krieg zur Zerstörung Israels sei noch nicht für immer verloren, sondern nur in eine neue Phase eingetreten. Tatsächlich half er, Generationen von Terroristen zu schaffen, die diese Anschauung teilen. Die wahnwitzige Logik dahinter: Solange Flugzeuge gesprengt, Juden erschossen und Raketen gefeuert werden, kann niemand behaupten, der Krieg sei zu Ende. Wenn er aber nicht zu Ende ist, hat auch keine Seite verloren. In den Augen dieser antiisraelischen Kräfte kann eine Niederlage nur in einer einzigen Form kommen: durch einen Friedensvertrag (den sie als Kapitulationsurkunde betrachten) bzw. einen schleichenden Frieden – den sie mit einer „Antinormalisierungskampagne“ bekämpfen, die zum Ziel hat, Kontakte zwischen Juden und Arabern zu unterbinden.

Erst wenn sich die Einsicht breitmacht, dass man den jüdischen Staat nicht zerstören kann, wird es keine Kräfte mehr geben, die es versuchen. Alles, was dazu dient, diese Einsicht zu befördern und Israel als Wirklichkeit anzuerkennen, führt in Richtung Frieden. Alle, die daran mitwirken, die Täuschung am Leben zu halten, geben, ob bewusst oder unbewusst, dem Konflikt Nahrung. Die Anerkennung Jerusalems als Israels Hauptstadt ist ein notwendiger Schritt zum Frieden. Jetzt muss der Rest der Welt nachziehen. Tschechien hat dies – nur Stunden nach Trumps Rede – bereits getan, afrikanische Staaten könnten folgen.

(Der Beitrag ist zuerst auf Audiatur Online unter dem Titel: „Anerkennung Jerusalems als Israels Hauptstadt – Ein notwendiger Schritt zum Frieden“ erschienen.)

BEAUVITÉ®

...где обитает красота.

Косметология. Парикмахерская. Маникюр. Педикюр.
Процедуры на тело. Липолазер. Криолиполиз. Кавитация. Мезотерапия.
Инъекции для разглаживания морщин. Мультиполярные радиоволны

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel.: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE



Die berüchtigte Rassistin Linda Sarsour wurde zur „Frau des Jahres“ gewählt

Linda Sarsour steht für Rassenhass und „Islam supremacy“

Von Thomas Eppinger

„Sie bitten geradezu darum, den A*sch versohlt zu bekommen. Ich wünschte, ich könnte ihnen die Vaginas wegnehmen – sie verdienen es nicht, Frauen zu sein.“

„In Saudi-Arabien gibt es 10 Wochen bezahlten Mutterschaftsurlaub. Und Ihr sorgt euch, ob Frauen Autofahren dürfen. Schande über uns.“

Diese Sätze stammen weder von einem rechtsradikalen Irren noch von einem IS-Kämpfer. Sondern von einer der „Frauen des Jahres“ 2017.

Zugegeben, vom „Glamour Magazine“ hatte ich noch nie etwas gehört, bis überall die Nachricht aufpoppte, das Magazin hätte ausgerechnet die islamische Aktivistin Linda Sarsour als eine der diesjährigen „Women of the Year“ ausgezeichnet. Das Frauenmagazin gehört zur Condé Nast-Verlagsgruppe, wurde 1939 in den Vereinigten Staaten gegründet und wird heute unter anderem in Großbritannien, Deutschland, Russland, Südafrika und Mexiko herausgegeben. Die deutsche Dezember-Ausgabe titelt mit den Tipps: „Aufstehen und super aussehen! Was wir nachts für unsere Schönheit tun können“. Mein Tipp wäre einfach, schon beim Hinlegen super aussehen und dann schlafen. Aber so leicht lässt sich der viele Platz zwischen den Inseraten nicht füllen, und irgendwas muss man beim Friseur ja lesen.

Die Herausgeberin schreibt, Glamour habe mit den „Women of the Year“-Awards in den letzten 27 Jahren „game changers, rule breakers, and trailblazers“ geehrt, was sich wohl mit „disruptive Pioniere“ zusammenfassen lässt. So finden sich 2017 unter den 10 Preisträgerinnen neben Celebrities wie Nicole Kidman, Gigi Hadid und der Wonder Woman-Regisseurin Patty Jenkins auch die Organisatorinnen des Women’s March im Jänner 2017.

Der Women’s March on Washington war ein weltweiter Protestmarsch am 21. Jänner 2017, bei dem für Menschen- und Frauenrechte demonstriert wurde, für eine Reform des US-Einwanderungs- und Gesundheitswesens, für LGBTQ-Rechte, „Rassengleichheit“ und Bürgerrechte, Religionsfreiheit und Arbeiterrechte. Adressat des Protests war Donald Trump, der einen Tag zuvor als Präsident angelobt worden war. Folgt man den Veranstalterinnen, gingen zusammen mit den Solidaritätsmärschen in anderen amerikanischen Städten und vielen anderen Ländern an diesem Tag weltweit bis zu 5 Millionen Frauen auf die Straße. Damit gehört Women’s March zu einem der größten Protestmärsche der Geschichte. Gleichzeitig war Women’s March auch das bisher



Linda Sarsour

deutlichste Signal der unheilvollen Allianz aus Islamisten und der amerikanischen Linken, deren neuer Star Linda Sarsour eine der fünf Organisatorinnen des Protestmarsches war.

„Dieselben Leute, die das Massaker am palästinensischen Volk rechtfertigen und es als Kollateralschaden bezeichnen, sind die dieselben Leute, die den Mord an jungen schwarzen Männern und Frauen rechtfertigen! Dieselben Leute, die Millionen illegale Einwanderer verurteilen wollen, sind dieselben Leute, die Muslime hassen und uns unser Recht auf freie Religionsausübung wegnehmen wollen! Dieser gemeinsame Feind, Schwestern und Brüder, ist White Supremacy!“

rief Sarsour 2016 beim 20. Jahrestag des „Million Man March“ in die Menge.

Die Rede bringt auf den Punkt, was viele linke und islamische Aktivisten eint: ihr Hass auf die westliche Kultur, die in ihren Augen von den Vertretern einer weißen Herrenmenschenideologie dominiert wird, den „white supremacists“. Opfer dieser weißen Herrenmenschen seien die „Palästinenser“

und die Schwarzen. Eine offensichtliche Verschwörungstheorie, die sich als politische Analyse tarnt.

Hannes Stein nennt Linda Sarsour überaus treffend die „Verkörperung der Synthese der totalitären Linken mit dem radikalen Islam“. Nur der Schlusssatz in dem ausgezeichneten Text ist von der Realität überholt: „Sollte diese Frau jetzt allen Ernstes zur Galionsfigur der Anti-Trump-Bewegung werden, wäre das Resultat ein selbstverschuldeter Schiffbruch von gewaltigen Ausmaßen.“

Denn das Schiff ist längst auf Grund gelaufen. Die frischgebackene Frau des Jahres ist schon lange ein Star der amerikanischen Linken. Das Weiße Haus ehrte sie unter Präsident Obama als „Champion Of Change“. Der New Yorker Bürgermeister Bill de Blasio suchte ihre Unterstützung. Sie spielte eine bedeutende Rolle in der Präsidentschaftskampagne von Bernie Sanders und war Delegierte beim Parteitag der Demokraten 2016. Sie hatte Auftritte in so gut wie allen bedeutenden amerikanischen TV-Shows. Und die New York Times widmeten ihr eine Lobeshymne unter dem Titel „Ein Kumpel aus Brooklyn im Hijab“.

Was offensichtlich niemanden stört: Die Tochter „palästinensischer“ Einwanderer lobt die Scharia für zinsfreie Hypotheken und Kreditkarten, rechtfertigt das Verbot für Frauen Auto zu fahren in Saudi-Arabien mit dem dort angeblich besseren Mutterschutz, signalisiert auf Bildern ihre Unterstützung des Jihad und twittert über die islamkritische Ayaan Hirsi Ali, die selbst Opfer einer Genitalverstümmelung ist, sie wünschte, sie könne ihr ihre Vagina wegnehmen, weil sie es nicht verdiene

eine Frau zu sein. Sarsour ist eine wütende Gegnerin Israels und unterstützt die antisemitische BDS-Kampagne, die den totalen wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Boykott Israels fordert. Die hasstriefende Rede eines anti-israelischen Aktivisten teilte sie auf Twitter mit den Worten: „Nichts ist gruseliger als der Zionismus“.

Nicht zufällig feiert dasselbe Magazin, das eine offensichtliche Antisemitin zu einer der Frauen des Jahres kürt, auch die Hijab-Barbie. Es wächst zusammen, was nicht zusammengehört. Die totalitäre Linke und der radikale Islam finden zu einer unheilvollen Symbiose mit der Popkultur. Das sui generis Oberflächliche ist außer Stande oder nicht willens, den totalitären Kern des Politischen Islam zu erkennen und verklärt Rückständigkeit, Frauenfeindlichkeit und Antisemitismus zu kulturellen Eigenheiten. Die Hijab-Barbie ist das neue Che-Guevara-T-Shirt.

Doch sich freiwillig dem Totalitären zu unterwerfen, ist kein Zeichen von Toleranz, sondern von Dummheit, Verkommenheit oder beidem. Und so ist das Eindringen des totalitären Islam in die Alltagskultur nicht nur der Popkultur, Mattel oder dem Glamour Magazine vorzuwerfen, die nur den Zeitgeist widerspiegeln und verstärken. Wenn Frauen als Zeichen ihrer Selbstbestimmung nicht mehr ihre BHs verbrennen, sondern ihr Haupt verhüllen, ist das zuallererst eine Folge des Niedergangs einer intellektuellen Avantgarde, die sich vorrangig darin gefällt, in der eigenen Moral zu sonnen. „Keine Atempause, Geschichte wird gemacht, es geht voran!“, sangen die „Fehlfarben“ 1980. Stimmt. In welche Richtung, wird sich zeigen.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 70 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.

Wie der „Arabische Frühling“ zum Brexit beitrug

Die gewaltsame Ablösung von säkularen Diktatoren durch Islamisten hat die Situation in Nahost noch verschlimmert

Von Amotz Asa-El (Audiatur)

Sieben düstere Jahre sind vergangen, seitdem der Straßenverkäufer Mohamed Bouazizi sich in der Altstadt von Tunis selbst in Brand setzte und damit unbeabsichtigt eine Kettenreaktion aus Straßendemonstrationen, politischen Niedergängen, religiösen Konflikten und Bürgerkriegen auslöste, die schon bald die arabische Welt, den Mittelmeerraum, Europa und die gesamte internationale Ordnung aus dem Gleichgewicht brachte.

Bouazizis Wut, Demütigung und Verzweiflung wurden ausgelöst durch die Aufforderung einer weiblichen Polizeibeamtin, seinen mobilen Verkaufsstand von einem Standort zu entfernen, für welchen er keine Lizenz hatte. Ihr Umgang mit ihm war grob und sie bot ihm auch keinen alternativen Standort an, wo er seinen Unterhalt verdienen konnte.

Dieser Vorfall verkörperte einen Mikrokosmos aus allen gesellschaftlichen Missständen der arabischen Welt, in der Millionen ungebildete und unterbeschäftigte Menschen so von der gefühllosen Elite behandelt werden, für die die soziale Mobilität der Massen eine existenzielle Bedrohung darstellt.

Bouazizi starb zwei Wochen, nachdem er sich am 17. Dezember 2010 selbst angezündet hatte. Ihm folgten schon bald Dutzende andere hoffungslose Araber von Algerien über Ägypten bis nach Saudi-Arabien, die Aufstände auslösten, die sich schon bald von Nordafrika nach Jemen und Bahrain ausweiteten.

Der massive Ausbruch der „Macht des Volkes“ gipfelte in Kundgebungen in der Altstadt von Kairo, an denen Millionen Menschen teilnahmen. Die Situation in Ägypten forderte eine Reaktion des strategischen Förderers des Landes – den USA. Die Reaktion kam schnell und zerstörerisch.

Der weltfremde Vergleich mit Osteuropa

Oberflächlich, leicht zu beeinflussen und überstürzt – so entschied Präsident Barack Obama, dass es sich bei dem, was er im Fernsehen sah, um die gleiche Macht des Volkes handelte, die zuvor einen Großteil Osteuropas demokratisiert hatte.

Leise Warnungen Israels, dass hinter den progressiven Demonstranten in Kairo Islamisten lauerten, um die Revolution an sich zu reißen, stießen auf taube Ohren. „Der Wandel muss jetzt beginnen“, sagte Obama Mubarak während eines schicksalhaften Telefongesprächs, bei dem er den sofortigen Rücktritt Mubaraks forderte.

Man muss Obama fairerweise zustehen, dass viele Menschen in den USA und in Europa ebenfalls den Eindruck hatten, dass die Massendemonstrationen in Kairo und anderen arabischen Hauptstädten das zusammenfassten, was sie als „arabischen Frühling“ bezeichneten. Dies sollte sich als große Fehleinschätzung erweisen.

Dem säkularen Diktator folgt ein Islamist

Die Nachfolge von Mubarak in Ägypten trat der Islamist Mohammed Mursi an, der sich schnell daran machte, die Verfassung zu ändern, um das Parlament zu entmachten und die Judikative zu überwältigen. Gleichzeitig igno-



Demonstrierende Ägypter

rierte er die Wirtschaft und brachte sie damit beinahe zum Zusammenbruch. Außerdem versagte er darin, die christliche Minderheit Ägyptens, der ungefähr ein Zehntel der Bevölkerung angehört, vor islamistischer Gewalt zu schützen.

Dies alles resultierte in einem Staatsstreich, angeführt durch den derzeitigen Präsidenten Abdel Fatah el Sisi und unterstützt durch die Massendemonstrationen.

„Viele Europäer glauben noch immer, dass der arabisch-israelische Konflikt das Hauptproblem des Nahen Ostens sei.“

Obwohl sich Ägypten weiterhin täglich mit islamistischem Terror auseinandersetzen muss, meinte es das Schicksal mit dem Land besser als mit den meisten anderen Staaten, über die die Unruhen infolge des Todes von Bouazizi hinwegfegten.

Nur in Tunesien gab es demokratische Erfolge

Das einzige erfreuliche Ergebnis, das die siebenjährigen Unruhen bislang hervorgebracht haben, zeigt sich in Tunesien. Präsident Zine El Abidine Ben Ali floh nach 24 Jahren im Amt nach Saudi-Arabien und wurde durch eine funktionierende Demokratie ersetzt.

Andernorts gab es vor allem Blut, Schweiß und Tränen.

Auf den lange überfälligen Sturz von Muammar al-Gaddafi folgte die Aufspaltung des Staates Libyen, angetrieben durch rivalisierende Stämme aus dem Westen und Osten des Landes, die sich in Tripolis und Bengasi versammelten.

Im Jemen folgte auf das Ende von Ali Abdullah Salehs 22-jähriger Präsidentschaft ein Bürgerkrieg, der das Land aufteilte zwischen Schiiten im Norden und den Sunniten im Süden.

Syrien-Krieg: Schlimmster Krieg des 21. Jahrhunderts

In Syrien begann alles mit Demonstrationen gegen Baschar Assad und entwickelte sich zum schlimmsten Krieg des Jahrhunderts, der Schätzungen zufolge 0,5 Millionen Todesopfer forderte und fast die Hälfte der Bevölkerung des Landes, die vor Kriegsbeginn 21 Millionen Menschen zählte, verdrängte.

Der Krieg in Syrien, in dem die sunnitische Mehrheit durch die Artillerie,

Brexit

Der Migrantenzustrom verursachte den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, den Niedergang des altgedienten Parteiensystems in Frankreich, die Rebellion mitteleuropäischer Regierungen gegen Brüssel und jetzt die Lähmung des politischen Systems in Deutschland. Das alles geschah parallel zu Irans faktischer Machtübernahme von vier arabischen Hauptstädten, Russlands Kontrollübernahme über die syrische Küste und natürlich der Zerstörung ganzer arabischer Städte durch dessen Kampfflugzeuge – hier sei vor allem die Metropole Aleppo genannt.

Obama wurde überrumpelt

Der arabische „Frühling“ war kurzgesagt ein Albtraum, und die Frage ist: Warum hat er viele im Westen so sehr überrascht – angefangen mit Barack Obama?

Nun, Tatsache ist, dass einige von Anfang an wussten, dass die arabische Welt von innen heraus kränkelte, da sie politisch dekadent, kulturell unterdrückt und sozial explosiv war, wie schon im UN-Bericht über die menschliche Entwicklung in der arabischen Welt aus dem Jahr 2002 beschrieben oder im Buch „What’s really wrong with the Middle East?“ von Brian Whitaker, einem Journalisten des „Guardian“ (London 2009).

Traurigerweise schenkte man ihnen größtenteils keine Beachtung, vor allem in Europa, wo sich große Teile der kulturellen und politischen Elite vormachten, das Problem des Nahen Ostens sei nicht der Zustand der arabischen Führung, Bildung, Regierung und Aufklärung, sondern der arabisch-israelische Konflikt, und dass es für dieses komplexe Problem eine einfache Lösung gebe – Israel müsste einfach so-und-so-viel abgeben und seine Feinde so-und-so-wenig.

Jetzt, wo die reale arabische Welt täglich neue Opfer an die Küsten und in die Städte und Machtbereiche Europas schickt, erfährt Europa die Wahrheit über den realen Nahen Osten – denjenigen Nahen Osten, den es zu konfrontieren nicht fähig war und zu dessen Integration es jetzt unfähig ist

Panzer und Kampfflugzeuge der von den Alawiten angeführten Armee abgeschlachtet wurde, verstärkte die Gewalt im nahen Irak, dessen bereits bedrängte sunnitische Minderheit nun vom barbarischen „Islamischen Staat“ übernommen wurde.

Die Schreckensgeschichten beschränkten sich nicht nur auf Mesopotamien: Im Jemen breiten sich aufgrund des Zusammenbruchs der Infrastruktur infolge der intensiven Kampfhandlungen Krankheiten aus, und Kinder sind am Verhungern; in Libyen entstand durch den Zusammenbruch der Grenzkontrollen und dem Zustrom afrikanischer Flüchtlinge mit dem Ziel Europa ein Sklavenhandel und in Syrien wachsen tausende Kinder heran, die noch nie eine Schule besucht haben, da tausende Lehrer im Krieg verwundet, verdrängt oder getötet wurden.

Währenddessen drängten die zahlreichen Bürgerkriege tausende Araber in die hungrigen Fluten des Mittelmeeres, denen sie in der Hoffnung auf ein besseres Leben in Europa trotzen wollten. Tausende ertranken.

Dies hatte verhängnisvolle Folgen für die Stabilität Europas.

►► Fortsetzung von Seite 2

Das ist schlecht, politisch kurzfristig und überaus desintegrativ für die westliche Bündnispolitik. Es gefährdet den Zusammenhalt der westlichen Welt. Und es wirft ein mehr als besorgniserregendes Schlaglicht auf die Verteidigungsbereitschaft und Verlässlichkeit des jahrzehntelang den Fortbestand Europas und des Weltfriedens garantierenden transatlantischen NATO-Paktes. Kein einziges westeuropäisches Land dieses Bündnisses hat sich auf die Seite der USA gestellt.

Statt Geschlossenheit zu zeigen, verbiegt man gegen jedes bessere Wissen sogar die geschichtliche Grundlage des judäo-christlichen Abendlandes, um gemeinsam mit islamischen Diktaturen Position zu beziehen gegen den wichtigsten, verlässlichsten, den Fortbestand der NATO überhaupt erst garantierenden Verbündeten USA und gegen Israel, die einzige echte Demokratie im gesamten Nahen Osten.

Dieses kurzfristige und unsolidarische Verhalten belegt dazu in aller Deutlichkeit die Berechtigung der von Präsident Trump gleich zu Beginn seiner Amtszeit aufgeworfenen Frage nach der Sinnhaftigkeit der NATO-Bündnis-Farce, auf die wohl im Ernstfall nicht der geringste Verlass wäre.

Nicht weniger deutlich wird, dass die westeuropäischen Staaten, allen voran Deutschland, die eigentlich stets die größten Nutznießer der gemeinsamen transatlantischen Verteidigungspolitik waren und sind, mit ihrer widersinnigen, links-ideologisierten Anti-USA-Politik die wirklichen potentiellen Totengräber des NATO-Bündnisses sind. Keinesfalls ist es etwa der neue amerikanische Präsident, wie es uns unsere Trump-Hasser aus Politik und Medien glauben lassen wollen.

Besonders auffällig und abstoßend ist hier der geradezu hysterische Ablehnungs-Eifer der deutschen Politik und ihrer Zwangsgeld-finanzierten Regierungs-Medien. Vor allem unsere drei fatalen Fehlbesetzungen in den höchsten deutschen Staatsämtern – Frau Merkel, Herr Gabriel und Herr Steinmeier – spielen hier eine übergeordnet negative Rolle und werden diese, sollte die Große Koalition der Verlierer wie beabsichtigt glücken, wohl auch noch einige Jahre weiterspielen.

Sie alle hätten schon im Vorfeld der absurden UNO-Resolution gegen jeden Anstand, jede Wahrheit und jede Vernunft die berechtigte Trump'sche Einlösung des bereits vor seiner Amtszeit, seit 1995 bestehenden amerikanischen Jerusalem-Versprechens geradezu hyperventilierend und zornig am liebsten in Grund und Boden gestampft. Zusätzlich angefeuert und bejubelt wurde diese Haltung von den Zierden unserer bundesrepublikanischen Anti-Trump- und Anti-Israel-Propaganda-Journaille, den Klebers, Slomkas, Miosgas und wie sie alle heißen mögen. Die Zahl der journalistischen Claqueure und Überzeugungstäter für die Dämonisierung Israels und seiner demokratisch gewählten und legitimierten Regierung ist in den öffentlich-rechtlichen Medien und großen Teilen der Mainstream-Journaille immer noch Legion.

Aber auch hier beginnt der positive Effekt zu wirken, den die Trump-Administration aus Übersee sendet. Auch in den Mainstream-Medien (wenn auch nicht in den Regierungs-verwobenen öffentlich-rechtlichen) werden Stimmen immer lauter, die sich auflehnen gegen diese geradezu zur Doktrin unserer Staatsmedien gewordene Israel-feindliche Haltung.

Dass der Ermächtigungs-Gesetz-Dik-



tator, Judenfeind, Panislamist und Unterdrücker der Pressefreiheit aus dem seinerzeit den Christen geraubten Konstantinopel immer noch NATO-Mitglied ist und dass ausgerechnet die iranischen Holocaust-Leugner und – wenn es nach ihnen ginge – Bereiter eines

amerikanischen UNO-Botschafterin dar und hätte im Gegensatz zu Hillary Clinton durchaus das Zeug zu einer überzeugenden ersten weiblichen Präsidentin der USA nach der hoffentlich zweiten Amtszeit des gegenwärtigen Präsidenten.

diesem Staate auf der Strecke geblieben sind.

Auch nur so ist zu erklären, dass die hier systematisch betriebene Leugnung des jüdischen Ursprungs uralter jüdischer Kulturwerte, wie etwa der Thora-Rollen von Qumran, durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Frau Monika Grütters, nur lauwarm und unzureichend problematisiert wurde.

Einen wirklichen Skandal stellt die ausgerechnet von dem als bundeseigene Stiftung geführten Jüdischen Museum ausgerichtete gegenwärtige Jerusalem-Ausstellung dar. Obwohl der Zentralrat im Stiftungsrat vertreten ist, wird hier der Name des größten jüdischen Museums Europas dazu missbraucht, Jerusalem medial und suggestiv eine arabische Eigentümerschaft anzudichten. Auf dem Werbeplakat zur Ausstellung ist offensichtlich mit Billigung des Stiftungsrats ausschließlich eine islamische Halbmondsichel über der Stadt Jerusalem. Selbst den geringsten Hinweis auf einen Davidsstern über dem vom jüdischen König David zur Hauptstadt auserkorenen Jerusalem sucht man vergeblich. Auch hier hat bezeichnenderweise wieder Frau Grütters den Vorsitz im Stiftungsrat.

Israel und das jüdische Volk werden sich dadurch nicht von ihrem richtigen Weg eines durch und durch demokratischen und religionstoleranten Staates mit seiner multireligiösen ungeteilten historischen Hauptstadt Jerusalem abbringen lassen. Nur in Israel leben Juden und Muslime ungeachtet ihrer religiösen Ausrichtung sicher und ohne Angst vor Verfolgung.

Das wird ungeachtet der vielstimmigen Anfeindungen der Juden- und Israelfeinde hier und weltweit auch in Zukunft so bleiben.

Dem Staate Israel, unseren Lesern, uns und allen Menschen wünschen wir ein friedvolles, glückliches, gesundes und erfolgreiches Jahr 2018.

Am Israel Chai!

*Ihr
Dr. Rafael Korenzecher*

„ Niemals wurde Jerusalem von den Juden aufgegeben. Es wurde den Juden im Laufe seiner langen und leidvollen Geschichte immer wieder gewaltsam geraubt. “

neuen, diesmal atomaren Holocaust gegen das jüdische Volk ausgerechnet in bestem Einvernehmen und engem Schulterschluss mit diesen deutschen Israel-Feinden und offensichtlichen Leugnern der jüdischen Geschichte gegen die USA und das Herzensanliegen des jüdischen Volkes stehen, hätte von keiner Ironie des Schicksals übertroffen und kafkaesker nicht sein können.

Was ist das überhaupt für eine maximal kranke westliche Welt, in der nur ein Donald Trump eine absolute Selbstverständlichkeit, wie sie die Anerkennung des ungeteilten Jerusalem als Hauptstadt des jüdischen Staates Israel darstellt, anerkennen will? Die Politiker und Medien Deutschlands und West-Europas verunglimpfen Israel und beschimpfen die USA und ihren Präsidenten. Sie faseln jedem elementaren Schulbuchwissen Hohn sprechenden historischen Unsinn daher und machen dabei besorgte Mienen und Gesichter, die man bei ihnen allerdings während der bereits besten eingefädelten Ausstattung des iranischen Mordregimes mit der Atombombe zur Vernichtung Israels vergeblich versucht hat zu entdecken.

Dass die USA den West-Europäern, der deutschen Politik und der UNO diesen Mangel an unverzichtbarer Solidarität nicht vergessen werden, macht die hervorragende Rede von Nikki Haley deutlich. Die couragierte und scharfsinnige Diplomatin stellt eine großartige Besetzung Donald Trumps im Amt der

Leider hat die jüdische Gemeinschaft in Deutschland bei der Bestimmung ihrer Vertreter auf Bundesebene nicht diese glückliche Hand gehabt wie Herr Trump in der UNO. Nur so ist es wohl zu erklären, dass die Überwindung der feindseligen Politik eines B. Hussein Obamas gegenüber Israel und die historische, positive Trendwende des Präsidenten Trump in den Beziehungen zum jüdischen Staat, nicht nur wie erwartet keinen Niederschlag gefunden hat bei der politischen Führung dieses Landes, sondern auch nur sehr verhaltenes oder gar kein Lob von der Seite der von der deutschen Regierung bestens domestizierten hiesigen offiziellen Vertretung der Juden erfahren hat. Ein eindeutiges Signal oder gar eine Aufforderung des Zentralrats an die deutsche Regierung, es hier, wie es gerade für Deutschland angemessen wäre und von anderen Staaten auch schon vorgemacht wurde, gerade in der historisch berechtigten Herzensangelegenheit der Anerkennung Jerusalems den USA gleichzutun, blieb bis heute aus.

Hier hat wohl die Mittelbarkeit der Wahl und Berufung der jüdischen Funktionäre zu einer derartigen Entfernung zwischen den hier lebenden jüdischen Menschen und ihren sogenannten Vertretern geführt, dass die wirklichen Interessen, Anliegen und mehr als berechtigten Ängste der vermeintlich vertretenen Juden hinter den Ambitionen und Andienungen ihrer Funktionäre an die Islam-affine gegenwärtige Politik in

Was macht eigentlich der israelische Botschafter beim Vatikan?

Interview der JÜDISCHEN RUNDSCHAU mit S. Ex. Oren David, dem Botschafter Israels am Heiligen Stuhl in Rom

Der Papst hat für die verfolgten Christen in Nahost zumeist nicht einmal mehr warme Worte übrig. Gegner des Staates Israel, der mehr für die Sicherheit der Christen in Nahost leistet als der Papst, lobt Franziskus als „Friedensengel“ – wie 2015 beim „Palästinenser“-Chef Mahmud Abbas geschehen. Historisch richtige Entscheidungen wie die kürzlich erfolgte Anerkennung Jerusalems als Israels Hauptstadt durch die USA, meint das Oberhaupt der Katholischen Kirche kritisieren zu müssen.

In diesem schwierigen Umfeld dient Herr Oren David seit Oktober 2016 als Botschafter am Heiligen Stuhl in Rom.

David wurde in Israel geboren und studierte Politikwissenschaften an der Hebräischen Universität von Jerusalem. Er arbeitete bei der Ständigen Vertretung Israels bei den Vereinten Nationen in New York, anschließend in diplomatischen Funktionen in Rumänien, Moldawien und Malta. Die JÜDISCHE RUNDSCHAU traf ihn in der Botschaft Israels am Heiligen Stuhl in Rom für ein Gespräch über seine außergewöhnliche Stelle.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Herr David, herzlichen Dank für Ihre Zeit. In Ihrer diplomatischen Karriere haben Sie als Israels Botschafter in Rumänien, Moldawien und Malta gewirkt. Was ist Ihrer Erfahrung nach der größte Unterschied zu Ihrer derzeitigen Stelle hier in Rom in Beziehung zum Vatikan?

Oren David: Meine Arbeit hier ist ganz einzigartig für einen Botschafter, aber ganz besonders für einen Botschafter Israels. Der Heilige Stuhl ist eine ganz eigene Sache, ein eigener souveräner Staat. Die Diplomatie mit ihm ist nicht vergleichbar mit irgendeiner anderen, das können Ihnen sicher auch alle meine Kollegen im diplomatischen Dienst bestätigen. Alles hier ist sehr traditionell und ganz außergewöhnlich. Der Papst ist ein Staatsoberhaupt, aber er verfügt auch über eine ausführende Macht. Er hat alle Macht, die die Kirche ihm als Papst überträgt. Es gibt einen Premierminister und einen Minister für äußere Angelegenheiten, insofern gleicht der Vatikan jedem anderen Land. Nur dass hier eben Kardinäle die verschiedenen Bereiche wie Wirtschaft, Soziales und Auslandsarbeit dominieren und leiten. Weiterhin besteht die übliche bilaterale Beziehung der Staaten, wie ich sie auch in Rumänien und Moldawien erlebt habe. So ist es in jedem anderen Land auch. Zusätzlich gibt es aber ein ganz besonderes Element meiner Arbeit: den jüdisch-christlichen Dialog. Und dieser ist innerster wesentlicher Bestandteil der Arbeit der Botschaft. In unserem Fall bezieht sich das auf die ganze Kirche in Italien. Ich trete also auch in Beziehung zu den anderen Erzdiözesen des Landes. Das kommt zu meiner Arbeit mit dem Heiligen Stuhl dazu. Der jüdisch-christliche Dialog ist im Gange und es ist wahrlich ein fruchtbarer Dialog.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wie lange bestehen schon die diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und dem Heiligen Stuhl?

Oren David: Formale Beziehungen wie Botschaften und der Austausch von Botschaftern wurden im Januar 1994 begonnen. Aber das grundlegende Übereinkommen geht auf den Dezember 1993 zurück. Die Verhandlungen über das Thema der wirklich umfassenden diplomatischen Beziehungen begannen 1992. Es handelt sich also um einen Prozess von zwei Jahren, der im Januar 1994 mit der Entsendung eines Botschafters am Heiligen Stuhl und der Ernennung eines Nuntius mit allen Vollmachten in Israel zum Abschluss kam. Ich bin der siebente Botschafter Israels am



Oren David bei einer Rede.

Heiligen Stuhl.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wir würden Sie die derzeitigen Beziehungen Israels mit dem Heiligen Stuhl beschreiben?

Oren David: Ich darf sagen, dass die Beziehungen auf ganzer Linie sehr gut sind. Hinsichtlich der bilateralen Beziehungen besteht eine ausgezeichnete Zusammenarbeit. Letztes Jahr hatten wir die ersten bilateralen Beratungen der Minister in Israel, genau vor einem Jahr. Wir haben uns vor allem die wirtschaftliche Zusammenarbeit vorgenommen und wir tauschen unseren Erfahrungen aus, besonders bei den Themen Wasserverbrauch, Landwirtschaft und natürlich der Sicherheit. Wir haben auch versucht mit dem Heiligen Stuhl in der Auslandshilfe zu kooperieren. In politischer Hinsicht besteht ein bilateraler und ein multilateraler Bereich, da beide Länder Mitglieder von internationalen Foren sind. Wir teilen unsere Meinungen und unsere Sorgen bezüglich verschiedener Themen, wie dem Konflikt im Mittleren Osten, wenn diese in den internationalen Foren zur Sprache kommen. Wir haben aber auch andere Themen im Fokus. Dieses Jahr fanden die Gespräche im Juni statt. Minister Tzachi Hanegbi leitete das israelische Team bei den Gesprächen, von Seiten des Vatikans war es Msgr. Camilleri. Die Arbeiten sind weit gefächert.

Die kulturelle Komponente der Botschaftsarbeit ist von besonderer Bedeutung, da die Kultur ein wichtiges Element darstellt. Wir helfen dabei Ausstellungen zu organisieren, wie z.B. die Ausstellung über die Menora, die als ein Schlüsselereignis galt. Die Menora ist ein gewaltiges Symbol – sie vereint Juden und Christen.

Sie ist zwar ein jüdisches Symbol, man findet sie aber auch bei den frühen Christen. In den alten Katakomben der Juden und Christen in Rom wurde die Menora oft dargestellt. Zweitens wurde die Menora vor seiner Zerstörung vom Tempel nach Rom transportiert. Von allen Ländern der Welt passte also die Ausstellung am besten nach Rom. Und drittens hat Israel mit einem ganz besonderen Fundstück seinen Beitrag geleistet: Der „Migdal-Stein“ wurde hierher gebracht, den man in Magdala in der Nähe des Sees von Galiläa gefunden hatte. Dort liegt auch der Ort, wo Maria Magdalena herkommt, verstehen sie: „Migdal“ – „Magdalena“! Dieser Stein aus dem ersten Jahrhundert zeigt eine deutliche und schöne Darstellung einer Menora aus der dortigen Synagoge, die dem Beten diente. Der Stein wurde von den archäologischen Spezialisten Israels zusammen mit anderen Kunstwerken nach Rom zu dieser

außergewöhnlichen Ausstellung gebracht.

Es gab einige Gemälde der Zerstörung des Tempels und der Plünderung, bei der auch die Menora gestohlen wurde. Die Ausstellung wurde gemeinsam vom Vatikan und dem Jüdischen Museum Roms organisiert und abgehalten. Mit einer einzigen Eintrittskarte konnte man den größten Teil im Vatikan sehen und einen anderen Teil im jüdischen Museum.

Weitere Veranstaltungen sind zum Beispiel Filmfestivals. Natürlich gibt es immer eine religiöse Komponente, sonst würde es an Relevanz fehlen. Es gibt ein religiöses Filmfestival in Trient in Norditalien immer im späten September. Israel nimmt daran mit dem Medium Film teil. Einige Filme sind von Studenten gedreht, andere sind Dokumentarfilme. Aber nicht nur das. Es gibt Kurzfilme und Filme in üblicher Länge. Ein Beispiel: Ein Film, der in Trient gezeigt wurde, wird in der kommenden Woche in Rom zu sehen sein. Das Thema lautet: Die Frau in der jüdisch-orthodoxen Gesellschaft. Es handelt sich um einen Kurzfilm. Und die Regisseurin wird nach Rom kommen, um über den Film und das Thema zu referieren. Das wird ein interessantes Ereignis werden.

Sie sehen – das kulturelle Element ist sehr wichtig, wenn es um die Beziehungen zwischen Israel und dem Heiligen Stuhl geht. Wir arbeiten gerade an einer Ausstellung über das alte und das neue Israel, die zeigen wird, wie Israel vor vielen Jahren ausgesehen hat und wie es heute aussieht. Das wird wieder eine besondere Ausstellung, da bin ich mir sicher.

Auch überlegen wir, ob wir zusammen mit dem Vatikan ein Ereignis um Chanukka veranstalten können, mit dem Anzünden der Menora. Ich hoffe, dass es zustande kommen wird – es steht zumindest auf der Agenda. Auch mit den päpstlichen Universitäten werden alle möglichen kulturellen Aktivitäten veranstaltet. Das ist ein weiterer Aspekt unserer Arbeit. Sie beziehen sich zwar auf den Vatikan, gehen aber über seine Grenzen hinaus. Wir haben uns überlegt, den internationalen Holocaust-Gedenktag in einer der päpstlichen Universitäten zu begehen. Wir würden dort einen Kurzfilm zeigen und eine Diskussion womöglich mit einem Holocaust-Überlebenden veranstalten. Das alles sind Beispiele, die die Arbeit der Botschaft aufzeigen sollen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Was ist Ihrer Meinung nach die größte Herausforderung der diplomatischen Beziehungen Israels mit dem Heiligen Stuhl?

Oren David: Die größte Herausforderung ist es, die Botschaft von „Nostra aetate“*

zu den Massen der Laien zu bringen. Ich würde das an den Anfang setzen. Die Verbreitung der Botschaft von „Nostra aetate“ wird folgendes klar machen: Dass der Judentum ein innerer Bestandteil des Christentums ist, wie es auch weiterhin verstanden wird. Das wurde von Papst Johannes Paul II. und dann auch vom derzeitigen Papst Franziskus wiederholt. Indem diese Botschaft unter die Menschen gebracht wird, verstehen sie, dass das Judentum nicht nur eine Religion ist, sondern Teil der christlichen Religion und Kultur. Alles hat mit dem Judentum begonnen, ohne das Judentum wäre ein Christentum nicht möglich gewesen.

Eine andere Herausforderung ist das beklagenswerte Phänomen des Antisemitismus zu bekämpfen, in Europa und anderswo. Ich denke, diese Herausforderung gilt auch für die Kirche, die sich erheben muss, um ihre Stimme gegen das Wiedererwachen eines Phänomens zu erheben, von dem wir hofften, es wäre verschwunden.

Auch Papst Franziskus wiederholt diese grundlegenden Wahrheiten. Sie sind axiomatisch, und werden von „Nostra aetate“ gelehrt: Der Antisemitismus muss verurteilt werden. Juden dürfen nicht für die Kreuzigung verantwortlich gemacht werden und Gott nimmt seine Versprechen und seine Auserwählung des jüdischen Volkes nicht zurück. Das ist ein grundlegendes Hindernis der Kirche: Diese Botschaft von vor mehr als 50 Jahren unter die Gläubigen zu bringen. Es wurde bereits viel getan, vieles wurde schon erreicht, aber leider liegt noch vieles vor uns. Die Botschaft wurde noch nicht in dem Ausmaß verbreitet, wie wir uns es erhofft hatten.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wie schätzen Sie Papst Franziskus Haltung zu Israel und dem Judentum ein?

Oren David: Ich bin dem Papst begegnet und war sehr von seiner Freundlichkeit und seiner Freundschaft beeindruckt. Er sprach viel über den Antisemitismus. Er erklärte, dass ein wahrer Christ nicht anti-semitisch sein kann, denn er würde sich selbst hassen. Franziskus war bereits aktiv im jüdisch-christlichen Dialog aktiv, als er noch Kardinal von Buenos Aires war. Er veröffentlichte damals ein Buch zusammen mit seinem Freund, dem argentinischen Rabbi Skoroka. Er ist also ganz nah bei diesem Thema. Die erste Reise seines Pontifikats außerhalb Italiens war die nach Israel im Jahre 2014. Dort hielt er eine sehr schöne Ansprache in Yad Vashem. Er besuchte auch die Klagemauer und betete dort. Im Jahr 2015 sagte er etwas Außergewöhnliches zu einer Gruppe des Jüdischen Weltkongresses hier in Rom: Er sagte, dass ein offener Angriff auf den Staat Israel auch eine Art des Antisemitismus sei. Das bezieht sich nicht auf legitime Kritik, sondern auf jene, die Israel delegitimieren wollen. Hierbei handle es sich eine neue Form des Antisemitismus, der sich heute mehr und mehr ausbreitet. Der Papst hat das anerkannt und bemängelt, was sehr viel bedeutet.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Vielen Dank für das Interview.

Oren David: Danke Ihnen und alles Gute für Ihre Zeitung und Ihre Leser!

*[Anm. d. Übers.: „Nostra aetate“ (lat. für „in unserer Zeit“) heißt die „Erklärung über die Haltung der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen“, des Zweiten Vatikanischen Konzils vom 28. Oktober 1965. Das Dokument erkennt Wahres und Heiliges in den anderen Religionen an und bestätigt die bleibende Erwählung des Judentums, in dem das Christentum wurzelt.]

Das Gespräch führte Jan Bentz

Steinmeiers Verantwortungs-Heuchelei

Das Gedenktags-Alibi des Bundespräsidenten ist unglaublich

Von Markus Vahlefeld

Ich widerspreche ja nur ungerne meinem Kollegen Henryk Broder, aber hier ist es leider angebracht. Vor gefühlt langer Zeit, als das Wünschen noch geholfen hat, schrieb er: „Drei Viertel dessen, was ‚Tagesschau‘ und ‚Heute‘ senden, ist Regierungspropaganda, der Rest Schrott.“ Der Satz stimmt einfach nicht mehr. Inzwischen ist selbst die Regierungspropaganda nur noch Schrott.

Am Freitag, dem 15. Dezember 2017, brachte die „Tagesschau“ einen Beitrag über unser aller Bundespräsidenten, wie er mit dem Botschafter Israels eine weitere Chanukka-Kerze entzündet und im Licht der brennenden Israel-Flaggen vor dem Brandenburger Tor an die „historische Verantwortung“ Deutschlands gegenüber Israel erinnert.

Nun mal im Ernst, Herr Bundespräsident:

Wenn die historische Verantwortung der Deutschen darin besteht, der israelischen Nation das Recht auf die freie Wahl der Hauptstadt abzusprechen, so geht mir Ihre „historische Verantwortung“ am Allerwertesten vorbei. Und wenn der Parteichef Ihrer Partei, deren Mitgliedschaft für Sie nun der guten Gepflogenheit nach ruhen muss, den ausgewiesenen Judenhasser, Verschwörungstheoretiker und Lügner Mahmud Abbas meint, seinen „Freund“ nennen zu müssen – nachdem er den wirklich klassischen antisemitischen Topos von den Brunnenvergiftern in modernisierter Variante von ihm übernommen hatte – dann können Sie sich Ihre historische Verantwortung irgendwo hinstecken.

Und wo ich schon mal dabei bin: Auch wenn Ihre Untergebene, die Bundeskanzlerin Angela Merkel, vor langer, langer Zeit mal schwadronierte, die Sicherheit Israels sei so etwas wie deutsche Staatsräson, und jetzt, wo die Sicherheit Israels mal wieder von irgendwelchen Verrückten bedroht ist, sich ostentativ nicht an die Seite Israels stellt und die Entscheidung des US-Präsidenten, Jerusalem als Hauptstadt anzuerkennen, für nicht hilfreich hält, und in diesem Klima dann Israel-Flaggen verbrannt werden und Juden der Tod gewünscht wird, wissen Sie was? Dann läuft es mir bei Ihrer „historischen Verantwortung“ eher kalt den Rücken herunter.

Nochmals zur Klarstellung: Ihre „historische Verantwortung der Deutschen“ klingt so bildungsbürgerlich schal und leer und abgeschmackt, wie vor hundert Jahren der Spruch von der besonderen Aufgabe des deutschen Volkes. Ich weigere mich, diese historische Verantwortung anzuerkennen, solange sie nur als Feigenblatt dient, um sich mit dem Antisemitismus der islamischen und der europäischen Nationen nicht offen gemein machen zu müssen. Lassen Sie doch diese „historische Verantwortung“ einfach in der Mottenkiste ruhen und stellen Sie sich der aktuellen Verantwortung.

Denn ich brauche keinerlei „historische Verantwortung“, um den Staat Israel zu unterstützen und für beschützenswert zu halten. Der Staat Israel ist eine Demokratie, die unter erschwerten Bedingungen ganz ordentlich funktioniert. Der Staat Israel schafft es, divergierende Strömungen – von ultraorthodoxen Juden über Säkulare bis



Steinmeiers Solidarität scheint vor allem toten Juden zu gelten.

hin zu fundamentalistischen Moslems – so auszutarieren, dass ein sicherer, friedlicher und prosperierender Staat weiterhin möglich ist.

Der Staat Israel hat genau in diesem Offenen, das sich in eben dieser Offenheit als jüdisch definiert, seine Identität, die es sich von niemandem nehmen lässt. Und über den ganzen anderen Kram – dass Israel eine Bildungsnation ist, dass es ein Hochtechnologieland mit Patentvielfalt ist, dass es schwul, orthodox, modern und verrückt ist – darüber schweige ich jetzt.

Sie haben den halben judenhas-senden Orient ins Land gelassen

Herr Bundespräsident, nennen Sie mir doch bitte ein einziges Land im Umkreis von 1.000 Kilometern von Jerusalem, das Ähnliches zu bieten hat: das ein Rechtsstaat ist, das demokratisch ist, das die Menschenrechte schützt, das Sicherheit bietet, das rassisch offen und religiös bunt ist. Kennen Sie eins? Falls ja, freue ich mich auf Ihre Antwort. Falls nein, schweigen Sie einfach über „historische Verantwortung“ und kommen Sie Ihrer Verantwortung als gegenwärtiger Demokrat nach. Dann dürfen Sie auch so viele hübsche Chanukka-Kerzlein anzünden, wie Sie wollen.

Sie, Herr Bundespräsident, und Ihr ganzer Apparat haben den halben judenhas-senden Orient ins Land gelassen, die Sicherheit Deutschlands an die Wand gefahren, ein rechtsstaatliches Versagen initiiert, das für Dutzende Tote verantwortlich ist, und die deutsche Gerichtsbarkeit über den Rand des Dysfunktionalen hinausführt. Nicht dass Sie mich missverstehen: Dass in Deutschland öffentlich Juden der Tod gewünscht wird, ist nicht wirklich neu. Bereits 2014 brannten Israel-Flaggen in diesem Ihrem Land und es wurde „Juden ins Gas“ skandiert. Aber Ihr Projekt einer für Juden wieder gefährlichen Gesellschaft à la française haben Sie so hübsch vorangetrieben, dass Ihnen Ihre „historische Verantwortung“,

sofern Sie auch nur einen Rest von Anstand hätten, in der Kehle stecken bleiben müsste.

Und natürlich gibt es auch unter den Kartoffel-Deutschen einen nicht geringen Anteil an Antisemiten, die Sie mit Ihrer „historischen Verantwortung“ nicht eingefangen bekommen. Nur: Wenn der rechte Mob auf die Straße geht, schwingen sich die linken Deutschen zu Gegendemonstrationen auf. Geht jedoch der judenhas-sende islamische Mob auf die Straße, scheinen die Linken eher hinter ihm zu stehen und ihn zu befeuern.

Und an dieser Entwicklung tragen Sie, Herr Bundespräsident, selbstverständlich gehörige Verantwortung. Denn wenn es eines Zeichens bedurfte hätte, diesen judenhas-senden islamischen Mob zu fördern, dann, indem man als Außenminister Kränze um ihre Verbrecher windet und im Konflikt um Israel diese lauwarmer Haltung des „sowohl als auch“ verfolgt, den Verblendeten und Verrückten aller Couleur erst die Augenhöhe einräumt, auf der sie sich in ihrem Hass und ihrer Verblendetheit ernst genommen fühlen.

Der Stachel im Fleisch ist wieder mal der Jude

Ich unterstelle Ihnen: was Sie „historische Verantwortung der Deutschen“ nennen, ist in Wahrheit das Projekt der Auflösung aller Nationalen zugunsten eines weltumspannenden Internationalen. Das mag für linksdrehende Herzen das schönste Projekt auf Erden sein, und sicher haben Sie als guter SPDler auch schon inbrünstig „Die Internationale“ intoniert.

Nur: Dann sind da wieder diese Juden, die partout nicht mitmachen wollen. Die nicht daran denken, ihre Grenzen aufzumachen und zu behaupten, man könne das eigene Land nicht schützen. Die auf ihre Identität pochen, und diese auch zu verteidigen bereit sind. Die einen großartigen Geheimdienst haben, militärisch wehrhaft sind und sich jede

Einmischung von außen verbitten, während Sie, Herr Bundespräsident, und Ihr ganzer Apparat in Wehrhaftigkeit etwas Schmutziges sehen, sich den nahöstlichen Despoten förmlich andienen, sie ihre religiösen Strukturen in Deutschland durchsetzen lassen und gar kein Problem damit haben, dass ein Staat wie der türkische den islamischen Religionsunterricht an den Schulen bestimmt. Und das alles, um das Projekt „weg von der Nation, hin zur Internationale der Menschheit“ zu realisieren.

Israel macht bei der Selbstverleugnung nicht mit

Der Stachel im Fleisch dieses „Menschheitsprojekts“ ist wieder mal der Jude. Denn während den Linken in ganz Europa bei diesem Projekt der „Nationenauflösung“ gedanklich einer abgeht, steht Israel als Jude unter den Nationen am Spielfeldrand und schüttelt mit dem Kopf. Das ist am Ende der Grund, warum Israel so verhasst ist bei Ihregleichen und warum Jerusalem als Hauptstadt eine solche Provokation für Sie ist: Israel verschmäht souverän die Segnungen der Selbstverleugnung und des „anything goes“.

Würde Ihnen Ihre „historische Verantwortung“ jenseits des Poesiealbumsprechens auch nur irgendetwas bedeuten, Sie würden, statt Israel zu erniedrigen, versuchen, von Israel zu lernen: von seiner Identität, von seiner Wehrhaftigkeit, von seinen Schutzmechanismen. Dass Sie es sich damit jedoch mit den Verrückten dieser Erde verscherzen würden, das können Sie nicht riskieren. Dazu sind Sie und die meisten Europäer schlicht zu feige.

Vom Autor erschien kürzlich das Buch: Markus Vahlefeld: *Mal eben kurz die Welt retten – Die Deutschen zwischen Größenwahn und Selbstverleugnung, 2017. (Mit einem Vorwort von Henryk Broder)*

Erhältlich im Buchhandel, auf amazon oder direkt auf markus-vahlefeld.de

Deutsche Staatsräson – brüchig wie altes Papyrus

Monika Grütters weigert sich die Rückgabe der Qumran-Rollen zu garantieren

Rainer Grell

Der französische Philosoph Paul Valéry (1871-1945) hat einmal gesagt: „Zwei Dinge bedrohen die Welt: Die Ordnung und die Unordnung.“ An diesen klugen Satz musste ich denken, als ich kürzlich in der Presse die Berichte um die geplante Ausstellung der berühmten Qumran-Schriftrollen im Frankfurter Bibelhaus Erlebnismuseum las.

Die Schriftrollen wurden zwischen 1947 und 1956 in elf Felshöhlen nahe der Ruinenstätte Khirbet Qumran im Westjordanland entdeckt. Um was es in den Qumran-Rollen geht, soll uns im Moment egal sein. Uns interessiert hier nur, dass sie im Westjordanland gefunden wurden. Das Westjordanland, auch West Bank genannt, bildet mit dem Gazastreifen die „Palästinensischen Autonomiegebiete“. Und damit ist klar: Da steckt Zündstoff drin. Denn es herrscht Streit, wem die Rollen gehören: Israel, Jordanien oder den „Palästinensischen Autonomiegebieten“. Um zu verhindern, dass die „Palästinensische Autonomiebehörde“ (PA) oder Jordanien Ansprüche auf die Qumran-Rollen geltend machen, hatte Israel für die Ausstellung eine rechtsverbindliche Rückgabezusicherung von der Bundesregierung gefordert.

An dieser Stelle erscheint ein Blick in das einschlägige Gesetz zum Schutz von Kulturgut (Kulturgutschutzgesetz – KGSG) hilfreich. Dort heißt es

§ 73 *Rechtsverbindliche Rückgabezusage*

(1) Wird Kulturgut aus dem Ausland für eine öffentliche Ausstellung oder für eine andere Form der öffentlichen Präsentation, einschließlich einer vorherigen Restaurierung für diesen Zweck, oder für Forschungszwecke an eine Kulturgut bewahrende oder wissenschaftliche Einrichtung im Bundesgebiet vorübergehend ausgeliehen, so kann die oberste Landesbehörde im Benehmen mit der für Kultur und Medien zuständigen obersten Bundesbehörde eine rechtsverbindliche Rückgabezusage für die Aufenthaltsdauer des Kulturgutes im Bundesgebiet erteilen. Die Rückgabezusage darf höchstens für zwei Jahre erteilt werden.

(2) Für die Erteilung der rechtsverbindlichen Rückgabezusage ist die oberste Landesbehörde des Landes zuständig, in dem der Entleiher seinen Hauptsitz hat. Bei mehreren Leihorten ist die Behörde des ersten Leihortes zuständig.

Der Unterschied zwischen „Benehmen“ und „Einvernehmen“

Da der Entleiher – sei es nun das Bibelhaus Erlebnismuseum, die Frankfurter Bibelgesellschaft e.V. oder die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, die den Vertrag mit der Antikenbehörde Israels offenbar unterschrieben hat – seinen Hauptsitz in Hessen hat, war die Zuständigkeit des hessischen Wissenschaftsministeriums gegeben. Dessen Chef, Minister Boris Rhein, soll bereit gewesen sein, Israel die gewünschte Rückgabezusage zu geben. Sah sich aber durch die Weigerung der Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters, daran gehindert. Diese musste sich ihrerseits mit dem Auswärtigen Amt abstimmen, das von einer Rückgabegarantie abriet.

Und nun beginnt die eigentliche Posse: Das Wissenschaftsministerium in Wiesbaden behauptete, „dass eine



Wieviel sind die Bekenntnisse deutscher Politiker zu Israel wert?

Garantie eine vorherige Einigung mit der Bundesebene voraussetze“, wie die „Welt“ berichtete. „Der Bund riet allerdings dringend davon ab.“ Daher könne nicht von „Benehmen“ die Rede sein, sagte Ministeriumssprecher Christoph Schlein, wiederum laut „Welt“.

Da staunt nun der Laie und der Fachmann wundert sich. Denn der Jurastudent lernt spätestens im vierten Semester den Unterschied zwischen „Benehmen“ und „Einvernehmen“. Nur bei letzterem ist die primär zuständige Behörde an die Weigerung der beteiligten Stelle gebunden, während sie sich beim „Benehmen“ darüber hinwegsetzen kann. Der Sprecher von Staatsministerin Grütters hatte daher Recht, wenn er erklärte: Das Land Hessen „hätte die Rückgabegarantie selbstän-

dig und in eigener Verantwortung erteilen können, wenn die Landesregierung die Rechtsauffassung des Bundes nicht geteilt hätte.“ Auf die Nachfrage der „Welt“, welche Rechtsauffassung Hessen vertrete, hat Pressesprecher Schlein nicht geantwortet, obwohl er hierzu nach § 3 Absatz 1 Satz 1 des Hessischen Pressegesetzes verpflichtet gewesen wäre.

Ulrich Sahm hat auf „Israelnetz“ versucht, Licht ins Dunkel zu bringen, indem er darauf hinwies, dass Jordanien zwar das betreffende Gebiet beim Fund der Rollen und bis 1967, als Israel die Gegend eroberte, kontrolliert habe. Doch die Behauptung, dass das Gebiet „jenseits seiner (Israels) international anerkannten Grenzen“ liege, sei eine grundlegend falsche Behauptung. Zwi-

schen Israel und Jordanien wurde 1949 nur eine „Waffenstillstandslinie“ festgelegt, „ohne diplomatische Folgen“, wie es im Vertrag von Rhodos heißt. Diese sogenannte „grüne Linie“ sei jedenfalls keine „international anerkannte Grenze“, wie in Hessen oder im Auswärtigen Amt in Berlin behauptet werde. Die „Palästinensische Autonomiebehörde“ sei erst 1995 infolge der Osloer Verträge entstanden. Der Norden des Toten Meeres und so auch Qumran hätten nie in ihrem Herrschaftsgebiet gelegen. Ob sich aus politisch bedingten „Ansprüchen“ der „Palästinenser“ auf alles, was sich je im Gebiet von „Palästina“ befunden habe, darunter auch Tel Aviv und andere „illegale jüdische Siedlungen“, Besitzansprüche auf die Qumran-Rollen ableiten lassen, sei mehr als fraglich.

Verschobenes Koordinatensystem einzelner Bundesminister

Halten wir also fest: Rein rechtlich liegt der Schwarze Peter beim Hessischen Wissenschaftsministerium, politisch aber zweifellos bei der Bundesregierung. Deshalb hat nicht nur die Deutsch-Israelische Gesellschaft ihren Unmut gegen diese gerichtet. Auch der Frankfurter Bürgermeister und Kirchendirektor Uwe Becker hat die Absage des Bibel-Museums für die im Herbst 2019 geplante Qumran-Ausstellung zum Anlass genommen, sein Unverständnis gegenüber der Haltung der Bundesregierung zum Ausdruck zu bringen:

„Es kann und darf nicht sein, dass das verschobene Koordinatensystem einzelner Bundesminister beziehungsweise von Bundesministerien unser grundsätzliches Verhältnis zu Israel derart beschädigt, dass nun offensichtlich nicht einmal mehr Ausstellungen mit Fragmenten von kulturhistorisch bedeutsamen Bibel-Handschriften aus Israel gezeigt werden können. Wenn sich Deutschland weigert, Israel eine rechtsverbindliche Rückgabezusage für die Leihgaben aus Qumran zu geben (Immunitätszusage), dann baut die Bundesregierung eine Mauer zu den Ursprungsorten des Christentums auf. Denn was für Qumran gilt, gilt dann auch für Bethlehem, Jericho, Ostjerusalem und weitere Stätten des Wirkens Jesu Christi. Entweder hat hier jemand die Dimension dieser Fehlentscheidung nicht überblickt, oder man betreibt eine Politik, die aus meiner Sicht unvereinbar ist mit den grundsätzlichen Beziehungen zu Israel.“

Selbst wenn man die ominöse „Staatsräson“ aus Merkels Knesset-Rede vom 18. März 2008 außen vor lässt, muss sich die Kanzlerin fragen lassen, was ihre formelhafte Betonung der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel eigentlich wert ist. Wenn man dann noch bedenkt, dass das neue Staatsoberhaupt kurz nach seinem Amtsantritt nichts Eiligeres zu tun hatte, als am Grab des PLO-Führers Jassir Arafat in Ramallah einen Kranz niederzulegen, jenes Arafat, dessen Konterfei die Demonstranten am 17. Juli 2014 in Berlin hochhielten (5:50), während sie brüllten „Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein“, denn kann man durchaus geneigt sein, mit Markus Vahlefeld von Steinmeiers Verantwortungs-Heuchelei zu sprechen und einen Satz der Kanzlerin zweckzuentfremden und zu sagen „dann ist das nicht mein Land“.

Vergewaltigungs-Verharmloser und Islam-Konvertit „Kollegah“ in Samaria

Mehr als eine Million Mal ist das Video „Kollegah in Palästina“ des Rappers Felix Blume auf YouTube angeklickt worden.



Von Stefan Frank

Kollegah beim Out4Fame-Festival 2016

Felix Blume alias Kollegah ist ein deutscher Rapper, genauer gesagt: ein sogenannter „Gangster-Rapper“; er selbst nennt sich auch „Battle-Rapper“. Das bedeutet, dass sein Rap um sehr wenige Themen kreist. Es geht dabei um Gewalt, sexuelle Dienste und kriminelle Geschäfte. Zusammenfassend kann man sagen: Die gewaltsame Unterwerfung der anderen scheint das einzige Thema.

Das geht dann etwa so:

„Hundesöhne rennen vor dem Halbkanadier, ich komm' und zertrenne deine Halsschlagader / Bange mit der AK, bam bam, alle meine Bratans Member in der Balkanmafia / Nutte, meine Lambositze Alcantara, mache wieder mal 'nen Holocaust, komm' an mit dem Molotow“.

Immer wieder erwähnt wird in den Texten auch Blumes bzw. Kollegahs muslimische Religionszugehörigkeit, die wie selbstverständlich in das „Gangster“-Leben eingeflochten wird: „Du feierst Ballermann-Sex, ich feier das Ramadan-Fest! / Ich baller dir sechs Kugeln ins Hirn; Nenn mich „Ballermann-Sechs“! / Ich vergewaltige jetzt jede Bitch in meinem Umkreis / Und ich gebe keinen Fick auf deren psychische Gesundheit.“

Die Tageszeitung „Die Welt“ nennt Kollegah den „lebenden Beweis dafür,

dass harter Hip-Hop nicht hirnlos sein muss“. Seinen Erfolg – Hunderttausende verkaufte Platten – habe er sich „redlich verdient“, so die Zeitung.

2016 reiste Kollegah in die Nähe von Ramallah und produzierte dort ein Video, das manche eine Dokumentation nennen, das aber eher den Stil eines Musikvideos hat.

Man sieht Blume zunächst, wie er in einem schicken Auto durch die Gegend fährt und vermeintlich sachkundige Kommentare zur Lage in den „Palästinensischen Autonomiegebieten“ abgibt. Das Wesen des Films und seine Merkwürdigkeiten hat der Journalist und Rap-Kenner Marcus Staiger in einem Blogbeitrag treffend beschrieben:

„Felix Blume aka Kalle fährt nach Ramallah im Westjordanland, um da mal ein bisschen Zug in die Sache zu bringen. Dabei ist schon von der ersten Einstellung an klar, auf welcher Seite die Sympathie des Hauptdarstellers liegt. Man sieht die neun Meter hohe Mauer, die Israel von den palästinensischen Autonomiegebieten trennt und die tiefe Wunden in der palästinensischen Geografie und Seele geschlagen hat. Doch statt in diesem Zusammenhang die Menschen zu Wort kommen zu lassen, die unter dieser Mauer zu leiden haben, dienen diese dem

Boss, der neuerdings auch Imperator ist, lediglich als Stichwortgeber. Kaum ein Satz, der nicht ausgeblendet wird. Kaum ein Gespräch, das zu Ende geführt wird. Stattdessen übersetzt, erklärt und interpretiert Kollegah das Gehörte – alles gleichzeitig. Da ist kein vorsichtiges Fühlen, wie es den Leuten wirklich geht. Da gibt es keine Nachfragen. Kalle kommt, weiß Bescheid und macht die Sachen klar, was die gesamte Doku dann auch extrem holzschnittartig wirken lässt, und so, als wäre die Story schon vorab geschrieben und nur noch mit den richtigen Bildern bestückt worden.“

Warum gibt es die „Mauer“?

Eine Frage, die weder Kollegah noch Staiger aufwerfen, ist, warum es die „Mauer“ – die zum großen Teil ein Zaun ist – überhaupt gibt. Diese Grenzanlage war ja nicht immer da. Sie wurde gebaut, weil Jassir Arafat und die Hamas entschieden hatten, im großen Stil Bewaffnete nach Israel zu schicken, um dort Massaker zu verüben. Diese sogenannte „zweite Intifada“ kostete über tausend Israelis das Leben, viele von ihnen Kinder. Es schien, als würde das Morden niemals enden. Doch der Schutzzaun hat es sehr effektiv eingedämmt. Dass es ihn geben muss, ist bedauerlich – vor allem, wenn man

bedenkt, dass die Situation für alle Beteiligten in den 1980er Jahren eine angenehmere war: Jeder Bewohner von Ramallah, Hebron, Nablus oder Gaza konnte ungehindert nach Israel reisen; Israelis konnten in die andere Richtung reisen, niemand musste Checkpoints passieren, man stieg einfach in den Bus. Es war dann ausgerechnet der „Friedensprozess“ – in dessen Zuge Arafat und seine Leute freie Hand bekamen, Sprengstoff und Sturmgewehre in die neugeschaffenen „Palästinensischen Autonomiegebiete“ zu bringen, um damit Israelis zu töten –, der dem Zustand ein Ende setzte, der aus Sicht von heute wie ein relativer Frieden erscheint.

„Es kann sein, dass die mich da reinziehen“

Kollegah aber fragt nicht, gegen welchen Angreifer sich die Verteidigungsanlage richtet, sondern gibt sich seiner Paranoia hin:

„Wir sind hier an einem der gefährlichsten Plätze. In dieser Richtung ist Ramallah, das ist so das Maximum, bis wohin man als Palästinenser kommen kann. Hinter diesen Checkpoint kommt man nicht mehr. Wenn wir 20 Meter weiter gehen würden mit den Jungs hier, dann gäb's direkt Palaver. Da oben sind Soldaten, die gucken auf uns. Guck mal da oben!“

Ein anderes Mal steht er inmitten eines Checkpoints und sagt: „Wenn ich weitergehe kann es sein, dass die mich da reinziehen.“ Der bizarre Film hat zwei Seiten; auf der einen Seite folgt er dem gängigen Muster der sogenannten Nahostberichterstattung: Alles, was Israel unternimmt, dient angeblich keinem anderen Zweck, als die arabischen „Palästinenser“ zu demütigen und zu drangsalieren. Kollegah fährt durch ein Gebiet, das er „Niemandland“ nennt und sagt: „Hier können die Israelis jederzeit rein und raus.“ Was tun die Israelis? Kollegah sagt es nicht, aber es können nur schlimme Dinge sein. Ein anderes Mal erzählt er:

„Hier können die Israelis machen was sie wollen, gestern morgen 6 Uhr Schulkind mitgenommen.“

Warum haben sie das getan? Warum sollten sie das „wollen“? War das „Schulkind“ unschuldig, oder hatte es vielleicht ein Gewaltverbrechen verübt? Eine Frage, die Kollegah naturgemäß nicht stellt. Er erklärt auch nicht, warum er im Mausoleum von Jassir Arafat einen Kranz niederlegt. Ist der Erfinder des modernen Terrorismus ein Idol für Gangsterrapper?

Auf der anderen Seite ist der Film auf eine krude Art ehrlich: Jeder Zuschauer, der etwas wachsamer ist als Kollegah, kann in dem Streifen durchaus Wahrheit entdecken, die zu versteckten Blumen, der kein Experte der Manipulation ist, vergessen hat. Schon sein Besuch im „Flüchtlingslager“ Al-Amari, in dem „Flüchtlinge“ des Krieges von 1948 leben, sollte beim verständigen Zuschauer die Frage provozieren, wie ein Mensch 70 Jahre lang „Flüchtling“ sein kann. Leben die Juden, die zur selben Zeit aus arabischen Ländern vertrieben wurden, ebenfalls in „Flüchtlingslagern“?

Verfallene Häuser, noble Autos

Den Menschen in den Lagern gehe es „am schlechtesten“, sagt Kollegah, die hätten nicht einmal Häuser, „seit 70 Jahren, als ihnen die Häuser weggenommen wurden und sie dachten, sie können nach drei Wochen nach Hause“. Das ist eine der interessanten Aussagen des Films. Wenn die Araber gewaltsam aus ihren Häusern vertrieben worden wären, warum hätten sie dann denken sollen, dass sie „nach drei Wochen“ wieder nach Hause können? Hier hat sich unbeabsichtigt Wahrheit eingeschlichen: Es waren der Großmufti und die arabischen Armeen, die die Araber „Palästinas“ zum Verlassen ihrer Häuser aufgefordert haben, um freie Schussbahn zu haben. Nach drei Wochen, so glaubten sie, würden sie die Juden besiegt haben, dann würden die arabischen Bewohner nicht nur in ihre Häuser zurückkehren können, sondern bekämen auch noch den Besitz ihrer jüdischen Nachbarn.

Apropos Besitz: Die „Flüchtlinge“ leben selbstverständlich sehr wohl in Häusern; und auch wenn diese Kollegah nicht gefallen wird („Die miserabelste Gegend. Scheiße. Urlaub macht man hier nicht, und das Ganze widerrechtlich“), sind sie nicht so schlimm wie die Slums von Amman oder Kairo. Auch ist Kollegahs Nobelkarosse bei weitem nicht das einzige teure Auto, das im Film in der angeblich so miserablen Gegend zu sehen ist. Noble Autos, verfallene Häuser: Ist die soziale Problematik vielleicht einfach eine Folge der Prioritätensetzung beim Ausgeben der Hilfsgelder? Für alle „palästinensischen“ „Flüchtlinge“ ist die UN-Organisation UNRWA zuständig. Sie finanziert und betreibt auch Schulen. Kollegah aber erweckt den Eindruck, er sei seit 1948 der erste, der sich um die Einrichtung von Schulen kümmert. Es gebe „keine Fördergelder für Bildungseinrichtungen“. Kollegah steht in einem leeren Klassenraum



Screenshot aus dem Video „Kollegah in Palästina“

und sagt: „Wie man sehen kann, ist hier gar nichts, da liegen ein paar Kabel rum und das war’s.“ Dann erteilt er Anweisungen: „Du schreibst auf, was ihr braucht, Computer, Tische, wir bringen das hier hin.“ Ein Kollege preist Kollegah: „Wenn du nicht wärst, wäre hier in den nächsten fünf Jahren gar nichts.“

Es ist keinesfalls unwahrscheinlich, dass es in den Schulen der „Flüchtlingslager“ am Nötigsten fehlt, weil es Funktionäre gibt, die das dafür vorgesehene Geld abzweigen, um sich beispielsweise neue Autos zu kaufen. Man wünscht sich, man könnte Kollegah ins Büro der UNRWA schicken, damit er dort bohrende Fragen nach dem Verbleib der internationalen Hilfsgelder stellt – so, wie es die Filmemacher Joachim Schroeder und Sophie Hafner ja in ihrem Film Aus erwählt und ausgegrenzt – der Hass auf Juden in Europa gemacht haben.

Kinder, die Raketen verkaufen

Da der Terror gegen Israelis allgegenwärtig ist, kann auch Kollegah ihn nicht ganz ausblenden. In einer Szene kauft er einem Kind einen Luftballon ab, der einer jener Kassamraketen nachgebildet ist, mit denen Israelis seit 15 Jahren beschossen werden. Ein anderes Mal beschreibt der Film zwei Versionen eines Terroranschlags, der während der Dreharbeiten verübt worden war. Zuerst erzählt Kollegah an einem Checkpoint:

„Gestern als ich gekommen bin, ist vier Stunden nachdem ich hier war, ein Palästinenser erschossen worden, der mit einem Messer auf einen Soldaten losgegangen ist. Genau hier.“

Dann kommt jemand hinzu, der den Vorfall anders darstellt: Ein israelischer Soldat habe aus der Entfernung auf einen „Palästinenser“ geschossen und sei schießend immer näher auf den „Palästinenser“ zugekommen. Als er dann nahe genug gewesen sei, habe der „Palästinenser“ ein Messer gezogen und angefangen, sich zu verteidigen.

„Wer mich als Antisemit bezeichnet...“

In einem Epilog zu seinem „emotionalen Trip“, den Kollegah auf Facebook gepostet hat, sagt er:

„Wer mich jetzt als Antisemit bezeichnet, das ist immer relativ schnell passiert in Deutschland, ich sag euch, ich hab hier orthodoxe Juden gesehen, die haben genauso gegen das zionistische System protestiert und demonstriert, sind genauso davon abgefickt wie die Palästinenser.“

Ein Fan kommentiert:

„Ich hab nix gegen Juden leider muss ich zugeben ich kenne glaube ich keinen aber wenn dieser Zentralrat der Juden den Mund auf macht kann ich gar nicht so viel fressen wie ich kotzen möchte.“

Ein anderer analysiert:

„Also generell hat glaub ich von der heutigen generation (nazis ausgeschlossen) gegen juden... nur ihre art stört viele und stösst wie hier auch gegen leute die nichts gegen sie haben... zu dem thema hab ich mal ne frage an die juden die den beitrag auch lesen ... wieso jammert ihr immernoch über den 2. weltkrieg geschweige denn über alles was gegen euch ist?? der weltkrieg ist lang vorbei und die heutigen menschen haben nix mehr damit zutun ausser schulden abzahlen... war-

um also immer so tun als wärt ihr die opfer?? klar es war schlimm und falsch aber das was ihr macht ist auch nicht richtig lasst doch die vergangenheit ruhn und fangt neu an... wenn jemand was gegen euch sagt nehmt es wie der raper hier.“

Einer fragt:

„Warum wird Antisemitismus so ernst genommen? Prinzipiell ist es ein Interessenkonflikt. Oder eine Meinungsverschiedenheit! Was nehmen sich irgendwelche Glaubensgemeinschaften immer raus, andere mit ihren spekulativen Befindlichkeiten zu nerven?! Das ist verfucktes lästern... mehr nicht! Pussyscheisse.“

Und einer beschwert sich:

„Weil man Palästina unterstützt ist, ist man direkt Antisemit oder was? #TerrorstaatIsrael“

Der Abspann des Epilogs hat es in sich. Untermalt von Rapmusik sieht man bei Minute 8:00 als Hamas-Kämpfer verkleidete Kleinkinder, die Nachbildungen von Kalaschnikows in die Luft recken, andere, die damit während eines militärischen Drills über den Boden robben. Eine authentische Szene, wie sie in Gaza leider gang und gäbe ist. Damit ist auch die Frage beantwortet, welche Verbindung Kollegah zu „Palästina“ hat: Gewalt gegen Unschuldige zu verüben oder, wie im Falle des Gangsterrap, zu verherrlichen, ist heute nicht mehr verpönt, sondern wirkt auf viele Menschen auf eine perverse Art anziehend. Das hat Jassir Arafat erkannt. Kollegah auch. Das gemeinsame Motto der beiden: „Bange mit der AK, bam bam!“ Oder, wie es in einem anderen Rap heißt: „Ich schick dich über’n Jordan wie’n Israeltourist!“

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Warum so einseitig, Markus Lanz?

Das ZDF täuscht einen friedlichen Umgang der Moslems mit den Christen in Betlehem vor – die Abwesenheit von Juden wird nicht einmal erwähnt

Von Gerd Buurmann

Gemeinsam mit Pater Nikodemus hat sich Markus Lanz auf die Spuren Jesu begeben und besuchte die Orte, an denen Jesus gewirkt haben soll. Die Reise wurde an Weihnachten 2017 unter dem Titel „Mit Markus Lanz im Heiligen Land“ im ZDF gesendet. Der Reisebericht ist eine erschreckend einseitige Verurteilung Israels gepaart mit einem ständigen Schweigen zu dem Judenhass vor Ort.

Die Reise beginnt in Bethlehem, dem Ort, wo Jesus geboren worden sein soll. In der Geburtskirche fällt Markus Lanz auf: „Man sieht ja ganz viele Muslime hier.“ Markus Lanz fällt jedoch nicht auf, dass er keine Juden sieht. Jedenfalls erwähnt er es nicht. Dabei ist der Grund ganz aufschlussreich: Juden werden in Bethlehem verfolgt. Würden die Juden Maria und Josef heute leben, Bethlehem wäre für sie kein sicherer Ort. Das erzählt Markus Lanz jedoch nicht.

Markus Lanz kritisiert die Mauer

Das Verschweigen dieses virulenten und von der politischen Elite in Bethlehem geförderten Judenhasses wiegt besonders schwer, da sich Markus Lanz in Bethlehem sehr viel Zeit nimmt, um die Mauer zu kritisieren, die dafür sorgt, dass der in Bethlehem gelebte mörderische Judenhass nicht nach Israel gelangen kann. Seitdem die Mauer errichtet wurde, sind die Selbstmordanschläge in Israel, begangen von Terroristen, die in den Gebieten der palästinensischen Autonomie erzogen wurden, gen Null gegangen. Das erfährt man in dem Reisebericht jedoch nicht. Stattdessen erklärt Markus Lanz:

„Die Isolation durch die Mauer ist Nährboden für Frustration und Aggression. Kinder werden früh radikalisiert. Seit der ersten Intifada, dem ersten Aufstand gegen die israelische Besatzung, stehen bei den Protesten immer wieder auch Kinder an vorderster Front.“

Die Intifada als „Aufstand gegen die israelische Besatzung“ zu verharmlosen, zeugt von einer radikalen Einseitigkeit zu Ungunsten Israels. Die Intifada ist weniger ein Aufstand. Sie ist ein Pogrom!

Mordaufrufe der Fatah und Hamas zu den Juden

Die Intifada begann kurz bevor sich die Hamas gründete. In der Gründungscharta der Hamas vom 18. August 1988 steht, dass alle Juden weltweit vernichtet werden sollen (Artikel 7) und dass es keinen Frieden mit Israel geben darf (Artikel 13). Der stellvertretende Minister für religiöse Stiftungen der Hamas, Abdallah Jarbu, erklärte in einer öffentlichen im Februar 2010:

„Juden sind fremdartige Bakterien, sie sind Mikroben ohne Beispiel auf dieser Welt. Möge Gott das schmutzige Volk der Juden vernichten, denn sie haben keine Religion und kein Gewissen! Ich verurteile jeden, der glaubt, eine normale Beziehung mit Juden sei möglich, jeden, der sich mit Juden zusammensetzt, jeden, der glaubt, Juden seien Menschen! Juden sind keine Menschen!“



ZDF-Moderator Markus Lanz

Der Chef der radikal-islamischen Palästinenserorganisation Hamas in Gaza, Jahia al-Sinwar, erklärte am 19. Oktober 2017 bei einer Rede vor Jugendlichen: „Es geht nicht darum, ob wir Israel anerkennen oder nicht, sondern um die Frage, wann wir es auflösen und seine Existenz beenden.“

Der Führer der Fatah, Mahmud Abbas, sagte einst: „In einer endgültigen Lösung können wir nicht mal die Existenz eines einzelnen Israelis in unserem Land sehen, seien es nun Zivilisten oder Soldaten.“

„In der Geburtskirche fällt Markus Lanz auf: „Man sieht ja ganz viele Muslime hier.“ Markus Lanz fällt jedoch nicht auf, dass er keine Juden sieht.“

Die Kinder Gazas werden dazu erzogen, Juden zu hassen. In den Schulen und im Kinderfernsehen wird gelehrt, Juden seien keine Menschen und es mache Spaß, sie zu töten. Sie lernen Lieder, in denen die Vernichtung von Juden gefeiert wird und lernen Gedichte auswendig, in denen es heißt, Juden seien die größte Plage der Welt, und gehörten ausgerottet. Eltern erklären ihren Kinder, sie seien stolz, wenn sie als Selbstmordattentäter Juden töten. Am Tag der 47-Jahr-Feier der Fatah sprach Mufti Muhammad Hussein, den Abbas persönlich zum „geistigen Führer der palästinensischen Autonomie“ ernannt hat, folgende Worte in die jubelnde Menge: „Die Stunde der Auferstehung wird nicht kommen, solange wir die Juden nicht vernichtet haben.“

Das Arafat-Museum

All dies erfährt man in dem Reisebericht nicht. Stattdessen besucht Mar-

kus Lanz das Arafat-Museum, benannt nach dem Gründer der judenfeindlichen Fatah, der als Terrorist an mehreren Judenmorden beteiligt war. In diesem Museum, das den Krieg gegen Israel und Juden feiert, trifft Markus Lanz Ramzi Aburedwan.

Markus Lanz lässt Ramzi Aburedwan ausgiebig erzählen, dass Israelis Kinder erschießen. Einem kleinen Mädchen soll sogar in den Kopf geschossen worden sein. Markus Lanz schüttelt daraufhin entsetzt den Kopf. Verifiziert werden diese Horrorgeschichten nicht. Es

gegen Selbstmordattentäter ist und wenn man nicht weiß, was die Fatah predigt und was die Intifada wirklich ist. In seinem Reisebericht sorgt Markus Lanz für diesen „Sinn“, indem er nötige Informationen einfach unterschlägt. Markus Lanz präsentiert die Mauer als eine Laune der „Besatzer“, die sich immer etwas Neues ausdenken, um die friedlichen „Palästinenser“ zu schikanieren.

Nach Bethlehem reist Markus Lanz nach Nazareth. Dort erklärt er: „Hier leben Muslime, Christen und Juden zusammen ohne trennende Mauern.“ Er erklärt jedoch nicht, warum es dort keine Mauern gibt. Dabei ist der Grund ganz einfach: Nazareth liegt in Israel und dort herrscht Religionsfreiheit. In Bethlehem wird der Judenhass gepredigt und gefördert, in Nazareth aber gilt die israelische Unabhängigkeitserklärung. Dort steht:

„Wir bieten allen unseren Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und guter Nachbarschaft und rufen zur Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe mit dem selbstständigen jüdischen Volk in seiner Heimat auf. Der Staat Israel ist bereit, seinen Beitrag bei gemeinsamen Bemühungen um den Fortschritt des gesamten Nahen Ostens zu leisten.“

Nur negativ über Israel, nur positiv über Araber.

In Israel werden Kinder nicht zum Hass erzogen. Muslime, Christen, Palästinenser, Araber und Juden sind in Israel gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger des Landes. Es braucht daher keine Mauern in Nazareth, da dort keine Terroristen erzogen werden wie in Bethlehem. All das erfährt man in dem Reisebericht jedoch nicht. Markus Lanz lässt nur negative Geschichten über Israel zu. Über die arabische Seite

jedoch wird nur positiv berichtet.

In Gaza zum Beispiel lässt Markus Lanz Teshreen Sami Sultan von „Gaza Sky Geeks“ zu Wort kommen. Sie darf sich ausgiebig über die vermeintlichen Aggressionen Israels äußern. Das Unternehmen „Gaza Sky Geeks“ stellt Computerspiele her. Das Ziel eines der dort produzierten Spiele ist es, Mauern und Trennwände zu errichten, damit die Blicke von Männern nicht auf Frauen fallen können. Bei solchen Ideen für Computerspiele wundert es nicht, dass in dem Unternehmen in Gaza die Frauen entweder Kopftuch tragen oder vollverschleiert sind. In Gaza herrscht schließlich Geschlechterapartheid.

Homosexuelle werden in Gaza verfolgt und getötet. Zudem ist der Gazastreifen „judenrein“. Am Morgen des 12. September 2005 verließen die letzten Juden den Gazastreifen über den Grenzübergang Kissufim. Der Abzug wurde von Arabern teils frenetisch mit Freudenschüssen und Autokorsos gefeiert. Die verlassenen Synagogen wurden in Brand gesteckt. Es kam zu einer wahren „Gazakristallnacht“.

In Gaza wird alles verfolgt, was nicht in die frauen-, jüden- und homosexuellenfeindliche Ideologie der islamfaschistischen Hamas passt. Diese Hamas hat seit Januar 2010 über 7.500 Raketen und Granaten auf Israel abgefeuert. Die Raketen wurden in Richtung von israelischen Schulen, Kindergärten, Synagogen, Moscheen, Kirchen, Krankenhäusern und Atomkraftwerken abgefeuert. Der einzige Grund, warum dieser Bombenhagel nicht zum Völkermord führt, ist der Verteidigungsanlage von Israel geschuldet. Sie ist die beste Verteidigungsanlage der Welt.

Die deutliche Mehrheit aller Raketen konnten abgefangen werden.

Die Hamas ist nicht moralischer, weil sie schwächer ist

Im Gazastreifen kommen deutlich mehr Menschen um. Das heißt aber nicht, dass Israel bösser ist. Die Hamas ist lediglich schwächer. Schwäche ist jedoch keine moralische Eigenschaft! Schwäche ist gut, wenn es jene trifft, die morden wollen!

» Israel nutzt Waffen, um die Bevölkerung zu schützen – die Hamas jedoch benutzt Menschen, um ihre Waffen zu schützen. «

Israel versucht, so viele zivile Tote wie möglich zu vermeiden. Das ist jedoch sehr schwer, weil die Hamas ihre Waffen und Raketen in Kindergärten, Moscheen und Krankenhäuser lagert und die Zivilbevölkerung ganz bewusst als Schutzschild für ihre Waffen missbraucht. Israel nutzt Waffen, um die Bevölkerung zu schützen, die Hamas jedoch benutzt Menschen, um ihre Waffen zu schützen. All das erfährt man in dem Reisebericht jedoch nicht.

Markus Lanz verschweigt all die Mauern des Juden- und Frauenhasses, die überall in Gaza errichtet werden. Er schweigt zu den Mauern der Todeszellen, in denen Homosexuelle und Andersgläubige auf ihre Hinrichtung warten. Er schweigt zu den Kopftüchern und Körperschleiern, diese Mauern aus Stoff, die über Frauen geworfen werden,

um sie auszugrenzen.

Stattdessen aber kritisiert er den Grenzzaun, den Israel errichten musste, um sich vor genau diesem Hass zu schützen. Dieser Zaun ist nötig, um unzählige Terroristen daran zu hindern, nach Israel zu gelangen, um dort Juden zu ermorden, so wie es die Charta der Hamas fordert und wie es den Kindern in der Schule beigebracht wird, aber für Markus Lanz ist das nichts weiter als ein Freiluftgefängnis.

Das macht Sinn, wenn man nicht weiß, was für ein Judenhass in Gaza herrscht, gepredigt und gefördert wird. Markus Lanz sorgt mit seinem Schweigen dafür, dass man all dies nicht erfährt. Stattdessen erklärt er, das Durchschnittsalter im Gazastreifen sei 18 und erklärt, „eigentlich ein riesiges Potential.“ Dass dieses Potential aus Kindern besteht, die in den Schulen und im Fernsehen zum Judenhass erzogen wurde, erfährt man nicht. Markus Lanz schweigt über all den Hass und die Gewalt gegen Juden.

Ein jüdischer Anschlag zählt mehr als zahllose arabische Anschläge

Er findet jedoch Zeit, über einen Anschlag jüdischer Extremisten auf die Kirche der Brotvermehrung zu berichten. Diese Fokussierung auf die

jüdischen Extremisten ist besonders fatal, da sie im permanenten Klang des Schweigens von Markus Lanz vorgekommen wird. Sämtliche israelische Politiker aller Parteien distanzieren sich von dem Brandanschlag. Die Behörden ermittelten gegen die Terroristen und verurteilten sie. Die Fatah und die Hamas jedoch feiert und fördert ihre Terroristen. Wer Juden ermordet, bekommt von der Fatah und der Hamas Prämien und Renten. Die Terroristen in Israel jedoch kommen in den Knast. Diesen wichtigen Unterschied erfährt man von Markus Lanz nicht konkret. Er berichtet nur negativ über Juden und schweigt gleichzeitig zu dem Hass gegen Juden. Es ist schließlich Weihnachten.

Bei so viel Ignoranz gegen Juden wundert es nicht, dass Markus Lanz über die Ruine einer Synagoge in Kafarnaum sagt: „Das Gebäude ist mit reichen Reliefs geschmückt, darunter auch der Davidstern, heute Symbol für den Staat Israel.“

Nein, Markus Lanz, das ist nicht der Davidstern. Das ist ein Pentagramm, heute Symbol für den Staat Marokko. Aber was soll man auch erwarten von einem Mann, der durch seine Berichterstattung gezeigt hat, wie egal ihm eine ausgewogene Berichterstattung über Israel ist. Der Fehler mit dem Davidstern ist allerdings nur einer der eher harmlosen Fehler des Reiseberichts. Viel schwerer wiegen all die Fehler bestehend aus dem ohrenbetäubenden Schweigen zu dem Judenhass im Nahen Osten bei gleichzeitiger ständiger Verurteilung Israels.

Warum so einseitig, Markus Lanz?

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum.

Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung! Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark. Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Israel - Die Staat gewordene Provokation

Die Deutschen haben sich bereits aufgegeben – und nehmen den Israelis übel, dass sie nicht das Gleiche tun

Von Alexander Grau

Keine Frage: Deutschland hat ein Israel-Problem. Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit beschwört man, das Existenzrecht Israels gehöre zur deutschen Staatsräson und verurteilt lautstark und mit geschwollener Brust jede Form von Antisemitismus. Faktisch jedoch lässt man kaum eine Gelegenheit aus, Israel zu brüskieren. Wenn die Sache nicht so ernst wäre – es wäre zum Lachen.

Nehmen wir ein prominentes Beispiel aus dem Frühjahr: Da postete der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel, Israel hätte in Hebron ein Apartheids-Regime errichtet, bezeichnete den Antisemiten Machmud Abbas als seinen „Freund“ und traf sich mit Vertretern von überwiegend aus Europa finanzierten NGOs, die unter dem Deckmäntelchen des zivilgesellschaftlichen Engagements an der Delegitimierung und Dämonisierung Israels arbeiten. Kritisiert wurde hierzulande aber nicht das Verhalten Gabriels, sondern die israelische Reaktion darauf.

Deutsche Verrenkungen

Es ist immer wieder das Gleiche: Nach außen hin gibt man sich als unerschrockener Freund Israels, in der Realität jedoch zeigt man großes Verständnis für die Todfeinde des jüdischen Staates. Die Posse um die Verweigerung der üblichen rechtsverbindlichen Rückgabebzusage von Qumran-Texten an Israel, die bei einer Ausstellung in Frankfurt gezeigt werden sollten, ist da nur ein weiteres unter vielen Beispielen.

Mit Tollpatschigkeit allein lassen sich diese deutschen Verrenkungen nicht erklären. Sie sind vielmehr das Ergebnis einer umfassenden Realitätsverweigerung, deren Wurzeln tiefer liegen und vor allem etwas mit Deutschland, den Deutschen und ihren Befindlichkeiten zu tun haben. Sie prägen hierzulande das Bild vom Nahen Osten, von „Palästina“ und von Israel.

Der Orient als Sehnsuchtsort

Die arabische Welt – wohl gemerkt: nicht die reale arabische Welt, sondern der im deutschen Gemüt imaginierte „Orient“ – erscheint dabei als ein letztes Paradies von Anti-Kapitalismus, Anti-Globalismus und unverstellter Authentizität. Der Orient ist dem Deutschen ein heimlicher Sehnsuchtsort, ein Refugium, das es ihm erlaubt, all jene Ressentiments auszuleben,



Die Israelis wollen der suizidalen Politik der westeuropäischen Staaten nicht folgen.

die er in seiner eigenen modernen und funktionalistischen Realität unterdrücken muss.

Anders Israel. Der jüdische Staat – wirtschaftlich potent, wissenschaftlich erfolgreich, demokratisch und westlichen Idealen verpflichtet – ist für die romantische deutsche Seele der Pfahl der Moderne im Fleische des arabischen Idylls: ein modernistischer Fremdkörper in der exotischen Beschaulichkeit von Tausend und einer Nacht.

Israels Selbstbehauptungswille irritiert

Vor allem aber erkennt man in Deutschland instinktiv, dass Israel ein Spiegel ist, der einem tagein tagaus die eigene Schwächlichkeit vor Augen hält: Für den postheroischen, auf Ausgleich, Beschwichtigung und vorausweisendem Gehorsam gepolten Schmusedeutschen ist Israel, sein Selbstverständnis, seine Staatsräson, sein Wille zu Selbstbehauptung eine einzige, große Zumutung.

Denn dass es da tatsächlich ein modernes und liberales Land gibt, dass auf seine kulturelle Identität pocht, das willens ist, diese auch mit Waffengewalt zu verteidigen, das nicht bereit ist, sich selbst aufzugeben, sondern tatsächlich um die eigene Existenz kämpft – das übersteigt das durchschnittliche deutsche Vorstellungsvermögen bei weitem.

Für den Appeasement-Deutschen, der in seiner verquastenen Logik die Verteidigung des Eigenen als Diskriminierung der Anderen empfindet, ist Israel daher die Staat gewordene Provokation. Schließlich muss Israel Kampfbereitschaft kultivieren, Entschlossenheit und Standhaftigkeit. Das ist für den bundesdeutschen Wellness-Bürger eine emotionale Überforderung, die ihn erheblich verstört.

Konfrontation mit der Wirklichkeit

Der Staat der Juden ist die permanente Mahnung der Realität: dass die

Welt nicht friedlich ist, dass Frieden mit Waffen erzwungen werden muss, dass Härte eine Überlebensnotwendigkeit ist. Im Grunde ist es diese andauernde Konfrontation mit der Wirklichkeit, die der Deutsche Israel nicht verzeiht.

Und so ist es kein Wunder, dass man hierzulande, allen Lippenbekenntnissen zum Trotz, Israel bei fast jeder sich bietenden Gelegenheit ermahnt und erziehen möchte und sich nachsichtig zeigt bei israelfeindlichen Demonstrationen und antizionistischen Kundgebungen. Denn wo das Ressentiment klammheimlich Beifall klatscht, fällt entschlossenes Handeln schwer.

Alexander Grau ist promovierter Philosoph und arbeitet als freier Kultur- und Wissenschaftsjournalist. Vor Kurzem erschien sein Buch „Hypermoral. Die neue Lust an der Empörung“ beim Claudius Verlag München.

TuS REISEBÜRO
IHR SPEZIALIST FÜR ISRAELREISEN

Das Heilige Land

GRUPPENREISEN NACH ISRAEL

Ganzjährig möglich

AB 878€ pro Person HP/ DZ/ 1Woche
HOTEL, TRANSFERS, AUSFLÜGE

Buchen Sie über unser Reisebüro

Flüge nach Israel mit:
EL AL, ISRAIR, EasyJet, UP **AB 99€**

HOTELS:

TEL AVIV

Armon Hayarkon 3* 461€ | 7T | ÜF

JERUSALEM

Prima Park 3* 392€ | 7T | ÜF

NETANYA

Galil 3* 337€ | 7T | ÜF

Ihr zuverlässiger Partner für organisierte Reisen

Flüge weltweit | Reiseberatung und Planung | Visum in GUS-Länder | Reisen auf Kredit

NEU EXCLUSIVE TOURS TuS Reisebüro

- **Sri-Lanka** ab 724€ (10T, HP) (Hotels, Transfers, Ausflüge)
- **VIETNAM** ab 1920€ (15 Tage)
- **MADEIRA** ab 699€ (7 Tage)
- **GEORGIEN** ab 650€ (7 Tage)
- **ASERBAIDSCHAN** ab 850€ (7 Tage)
- **ST. PETERSBURG** ab 450€ (4/5 Tage)

KUR URLAUB (Sanatorium)

- Baltyk 3*** (Kolberg) ab 258 p.P | 15 Kur. | 6T | VP
- Jaunkemeri** (Lettland) ab 252 p.P | 20 Kur. | 6T | VP
- Belvedere 4*** (Karlsbad) ab 255 p.P | 15 Kur. | 6T | HP

Kur am Toten Meer:

Kibbutz Ein Gedi + SPA Paket
DZ | HP p.P. ab 850€ p.P.
Hotel Lot 3* | DZ | HP p.P. ab 650€

Pauschalreisen Weltweit

- | | |
|-------------------------|-----------------------------|
| Spanien ab 370€ | Griechenland ab 480€ |
| Italien ab 470€ | Türkei ab 385€ |
| Zypern ab 360€ | Kanaren ab 525€ |
| Emirates ab 880€ | Thailand ab 760€ |
| Kuba ab 970€ | Bali ab 990€ |

Jesus war weder „Arier“ noch Muslim

Wie Jesus im Verlauf der Geschichte immer wieder sein Judentum abgesprochen wurde



Von Gerd Buurmann

Im christlichen Abendland gehört es zur unseligen Tradition, Jesus sein Judentum abzusprechen. Für viele Christen war und ist es einfach unerträglich, dass Jesus Jude war. Pünktlich zu Weihnachten übernimmt der „Spiegel“ die Aufgabe, Jesus sein Judentum abzusprechen, zumindest auf dem Titelblatt.

Auf der Weihnachtsausgabe 2017 präsentiert der Spiegel zweimal Jesus. Ein Jesus trägt Turban. Darunter steht: „Jesus, der Muslim.“ Der andere Jesus trägt sein Haar offen. Darunter steht: „Jesus, Gottes Sohn.“ Das ganze Titelbild steht unter dem Motto: „Was Christentum und Islam verbindet und trennt.“ Dass Jesus Jude war, wird auf der Titelseite nicht erwähnt.

Ich nutze daher diese Weihnachtszeit, um noch ein paar andere Männer zu präsentieren, die Probleme damit hatten, dass Jesus Jude war. Katholik und Nazi-Propagandist Joseph Goebbels zum Beispiel schrieb im Jahr 1923, nachdem er zwar in Germanistik promoviert hatte, aber dennoch arbeitslos war:

„Christus ist hart und unerbittlich. Er peitscht die jüdischen Händler aus dem Tempel heraus (...) Wir modernen Deutschen sind so etwas wie Christussozialisten. Christus ist das Genie der Liebe, als solches der diametralste Gegenpol zum Judentum, das die Inkarnation des Hasses darstellt. Der Jude bildet eine Unrasse unter den Rassen der Erde. (...) Christus

ist der erste Judengegner von Format (...) Der Jude ist die menschengewordene Lüge. In Christus hat er zum ersten Mal vor der Geschichte die ewige Wahrheit ans Kreuz geschlagen (...) Christus kann gar kein Jude gewesen sein. Das brauche ich erst gar nicht wissenschaftlich zu beweisen, das ist so.“

Der nationalsozialistische Chefideologe Alfred Rosenberg wiederum schrieb:

„Die große Persönlichkeit Jesu Christi, wie immer sie auch gestaltet gewesen sein mag, wurde gleich nach ihrem Hinscheiden mit allem Wust des vorderasiatischen, des jüdischen und afrikanischen Lebens beladen und verschmolzen (...) In Kleinasien übten die Römer ein straffes Regiment aus und trieben unerbittlich ihre Steuern ein; in der unterdrückten Bevölkerung entstand folglich die Hoffnung auf einen Sklavenführer und Befreier: das war die Legende vom Chrestos. Von Kleinasien gelangte dieser Chrestosmythus nach Palästina, wurde lebhaft aufgegriffen, mit dem jüdischen Messiasgedanken verbunden, und schließlich auf die Persönlichkeit Jesu übertragen. Diesem wurden neben seinen eigenen Predigten die Worte und Lehren der vorderasiatischen Propheten in den Mund gelegt und zwar in der Form einer paradoxen Überbietung altarischer Forderungen, wie zum Beispiel des Neun-Gebote-Systems, das schon vorher von den Juden in ihren zehn Verboten für sie selbst zurechtgestutzt worden war (...) Abgeschafft werden muss danach ein für allemal das sogenannte Alte Testament

als Religionsbuch. Damit entfällt der misslungene Versuch der letzten anderthalb Jahrtausende, uns geistig zu Juden zu machen, ein Versuch, dem wir unter anderem auch unsere furchtbare materielle Juden Herrschaft zu danken hatten (...) Jesus erscheint uns heute als selbstbewusster Herr im besten und höchsten Sinne des Wortes. Sein Leben ist es, das für germanische Menschen Bedeutung besitzt, nicht sein qualvolles Sterben. Der gewaltige Prediger und der Zürnende im Tempel, der Mann, der mitriss und dem ‚sie alle‘ folgten, nicht das Opferlamm der jüdischen Prophetie, nicht der Gekreuzigte ist heute das bildende Ideal.“

Das wäre doch mal ein Titel für den Spiegel: „Jesus, der Germane.“

Oder noch besser: „Jesus, der Arier. Was Christentum und Arier verbindet und trennt.“

Der „Spiegel“ kann ja dann ausgiebig Adolf Hitler zitieren:

„Jesus war sicher kein Jude (...) Die christliche Religion ist nur für die Arier geschaffen, für die anderen Menschen ist sie widersinnig (...) Ich kann mir Christus nicht anders vorstellen als blond und mit blauen Augen, den Teufel aber nur in der jüdischen Fratze (...) Das Christentum war alles zerstörender Bolschewismus. Dabei hat der Gäliläer, den man später Christus nannte, etwas ganz anderes gewollt. Er war ein Volksführer, der gegen das Judentum Stellung nahm. Gäliläa war sicher eine Kolonie, in welcher die Römer gallische Legionäre angesiedelt haben, und Jesus war bestimmt kein Jude.

Die Juden nannten ihn ja auch einen Hurensohn, den Sohn einer Hure und eines römischen Soldaten.“

Doch zurück zu Alfred Rosenberg. Er schrieb weiter:

„Schon fast alle Maler Europas haben das Gesicht und die Gestalt Jesu aller jüdischen Rassenmerkmale entkleidet. So verzerrt durch die Lamm-Gottes-Lehren sie auch ihren Heiland malen mussten, bei allen Großen des nordischen Abendlandes ist Jesus schlank, hoch, blond, steilstirnig, schmalköpfig. Auch die großen Künstler des Südens haben für einen krummnasigen, plattfüßigen Heiland kein Verständnis gehabt.“

Der katholische Theologe Karl Borromäus Adam erklärte:

„Der arische Jesus begegnet bereits in Hitlers ersten Reden von 1921, häufig in der Passions- und Adventszeit, oft am Ende seiner Reden, verbunden mit dem Appell eines aktiven Kampfes gegen das Judentum. Hitlers arischer Jesus reduziert sich oft auf den Geißel schwingenden, die Händler aus dem Tempel treibenden Jesus des Johannevangeliums. Mit ihm hatte sich Hitler zeitweise, öffentlich eine Nilpferdpeitsche schwingend, identifiziert.“

All diese Interpretationen sind nicht mehr oder weniger albern als der Versuch, aus Jesus einen Moslem zu machen, obwohl der Islam erst mehrere Jahrhunderte nach Jesus in Erscheinung trat. Albern ist auch die Entscheidung des „Spiegel“, darüber eine Titelgeschichte zu machen. Es ist halt Weihnachten.

ZUM 70. JAHRESTAG DES STAATES ISRAEL

Das Ensemble der Solisten des Israelischen Philharmonieorchesters

DIE VIRTUOSEN VON TEL AVIV

im Programm „Von Klassik bis zum Jazz“



Im Programm der Werke von Bach, Bizet, Sarasate, Paganini, Dvořák, Tschaiowsky, Joplin, Gerswin, Kern, Newman, Chaplin, etc., in Jazz-arrangements. Die Zuschauer erwartet an diesem Abend eine Symbiose von Klassik und Jazz.

Leiter des Ensembles „Die Virtuosen von Tel Aviv“ - **Maestro Alexander Povolotsky**
Leiter des Israelischen Philharmonie Orchesters - **Maestro Zubin Mehta**.

«Von Klassik bis zum Jazz» – eins der schönsten Konzerte des brillanten Ensembles «Die Virtuosen von Tel Aviv». Beim Konzert erklingen klassische Hits in Verbindung mit Jazz. Dies ist ein weiterer Versuch zwei Genres zu verbinden – Klassik und Jazz. Perfekter Klang, brillante Improvisation, funkelnden Humor, eine einmalige Verständigung zwischen den Musikern.“
D. Shvarts

Konzerte werden stattfinden:

13.04.2018, 20:00, BERLIN, Berliner Philharmoniker, Kammermusiksaal

14.04.2018, 19:00, FRANKFURT am MAIN/ OFFENBACH, Capitol Theater, Palladium

17.04.2018, 19:30, DÜSSELDORF, Museum Kunstpalast, Robert-Schumann-Saal

18.04.2018, 19:30, MÜNCHEN, Gasteig, Carl-Orff-Saal

Information und Kartenbestellung: Websites und Kasse Konzertsäle,
Websites eventim.de, westticket.de, frankfurtticket.de, derticketsservice.de,
muenchenticket.de und in den städtischen Konzert- und Theaterkassen.

Böswilligkeit und Inkompetenz: Die Merkmale der ZDF-Nahost-Berichterstattung

Der GEZ-Sender leistet sich peinliche Falschmeldungen bei seiner Anti-Israel-Agitation

Von Alexander Wendt

Berichte über den Nahen Osten sind das Hochamt des deutschen Journalismus. Nachrichten und Sachverhaltsaufklärung müssen zurückstehen, wenn es um glimmende Lunten an Pulverfässern voll rotierender Gewaltspiralen geht. Mit dem „heute-Journal“ vom 6. Dezember leistete das ZDF in dieser Hinsicht Großes:

Aufmachermeldung, zwei Liveschalten, ein Erklärteil von Petra Gerster, kurz, ein sehr ausführlicher Block befasste sich mit der Entscheidung Trumps, demnächst die US-Botschaft nach Jerusalem zu verlagern und damit einen Kongressbeschluss von 1995 zu erfüllen.

„Pulverfass Nahost“ kommentierte eine Stimme aus dem Off gleich zum „heute“-Auftakt. Nach ein paar aktuellen Nachrichtenbildern soll ein „historischer Rückblick“ des ZDF-Redakteurs Volker Duczek die Zuschauer über die Hintergründe des Streits um Jerusalem aufklären.

„1993 ein Bild, das um die Welt geht“, heißt es dort: „Palästinenserpräsident Abbas schüttelt die Hand des israelischen Präsidenten Rabin.“

Es dürfte schwer sein, mehr Unfug in einem einzigen Satz unterzubringen. Denn derjenige, der auf dem dazugehörigen Archivbild von 1993 unter den Augen Bill Clintons Rabins Hand schüttelt, ist natürlich nicht Präsident Abbas (der spielte damals noch gar keine Rolle), sondern PLO-Chef Jassir Arafat. Seinerzeit gab es auch keine „palästinensische Autonomiebehörde“ mit einem Präsidenten an der Spitze. Und Rabin war nicht der israelische Präsident, sondern Premierminister.

Spätestens an dieser Stelle dürften sich sehr viele Zuschauer gefragt haben, womit eigentlich genau das ZDF seine Nahost- und überhaupt seine Nachrichtenkompetenz begründet. Über den Sender schwappte eine Welle von Spott, unter anderem auf der „Achse des Guten“. Die Stelle war der Redaktion so peinlich, dass sie den Kommentar für die Ausgabe des „heute-Journals“ in der Mediathek teilweise neu sprechen ließ, dieses Mal mit den richtigen Namen und Bezeichnungen. Allerdings versehen mit einer irreführenden Einblendung, mit der sie ihren Fehler nicht erklärt, sondern verschleierte. Es taucht zwar auf dem Bildschirm



„Palästinenserpräsident Abbas schüttelt die Hand des israelischen Präsidenten Rabin“, erklärt ZDF-Redakteur Volker Duczek zu diesem Bild.

der Hinweis auf: „Video nachträglich geändert, u.a. wegen falscher Namensnennung.“ Das Banner erscheint in der Mediathek-Version allerdings nicht unter der Szene mit Arafat und Rabin, sondern kurz vorher, unter TV-Bildern von der Intifada 1987. Wer sich die Nachricht-

teil nicht. Regierung und Parlament Israels sitzen offenbar nach ZDF-Weltsicht widerrechtlich dort. Ein israelisches Jerusalem – genau das wäre auch der dringende Wunsch der Hamas, wenn diese in deutschen Medien gern als „Palästinenserorganisation“ (und nicht Terrororga-

nung konsequenterweise auch in seiner Sendung am 6. Dezember nicht. Denn das hätte schlecht zu dem Tenor aus Mainz gepasst, der durchgängig lautete: Trump gefährdet den Friedensprozess im Nahen Osten. Das „heute-Journal“ erwähnte auch an keiner Stelle, dass Trump seine Anerkennung als Hauptstadt ausdrücklich nicht auf ganz Jerusalem bezieht, sondern die Möglichkeit einer „palästinensischen“ Hauptstadt Ostjerusalem offen hält – natürlich nur gegen eine Friedenslösung, die mit der Hamas nicht zu bekommen ist.

Eine Anfrage vom Freitag, warum das ZDF meint, Jerusalem grenze nur „an Israel“, blieb von dem Sender bislang unbeantwortet.

Publico reicht sie gegebenenfalls gern nach.

(Zuerst erschienen auf www.publicomag.com)

ZDF: „Jerusalem grenzt an Israel“.

tensendung im Archiv ansieht, weil er das Original verpasst hatte, versteht gar nicht, worauf sich der kryptische Hinweis bezieht.

Eine noch viel absurdere Darstellung bleibt allerdings unkorrigiert. Vor dem „historischen Rückblick“ schreitet Moderatorin Petra Gerster zu einem Videoscreen im Studio, der ein Luftbild von Jerusalem zeigt, und verkündet: „Jerusalem grenzt an Israel“. Die Stadt hat also mit dem Staat nichts zu tun, auch der West-

organisation) apostrophierte Truppe nicht sowieso die Auslöschung des Judenstaates als oberstes Ziel verfolgen würde.

Im Oktober 2017 erklärte der Hamas-Chef Yahya Sinwar: „Die Zeit, in der die Hamas die Anerkennung Israels diskutiert hat, ist vorbei. Nun wird die Hamas über den Zeitpunkt diskutieren, wann wir Israel auslöschen werden.“

Selbstredend sendete das ZDF darüber im Oktober keine aufgeregte „heute“-Meldung. Und erwähnte Sinwars Dro-

Heute Jerusalem, morgen Neukölln

Längst sind auch zahlreiche europäische Stadtteile „arabisch geprägt“

Von Chaim Noll

Europäische Medien haben sich stark erregt über die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels durch den amerikanischen Präsidenten Trump. Er begründete diesen Schritt mit der Notwendigkeit, sich in der Politik an Tatsachen zu orientieren, nicht an Illusionen. „Heute erkennen wir endlich das Offensichtliche an“, sagte er, „dass Jerusalem die Hauptstadt Israels ist. Das ist nichts anderes als die Anerkennung der Realität.“

Gegen diese Erklärung wurden vor allem zwei Argumente vorgetragen, die

einen legitimen „Anspruch der Palästinenser“ auf Jerusalem als ihre Hauptstadt begründen sollen.

Das erste: Jerusalem sei die „drittheligste Stätte“ des Islam, basierend auf der unbewiesenen Annahme, mit der in Sure 17 Vers 1 erwähnten „fernen Moschee“ sei die Al Aqsa in Jerusalem gemeint, obwohl diese Moschee erst rund hundert Jahre nach dem erwähnten Ereignis gebaut wurde und das Wort Jerusalem im Koran nicht ein einziges Mal vorkommt.

Das zweite Argument ist die Anwesenheit zahlreicher Araber in Jerusalem. So gaben am 6. Dezember „Die Welt“

und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ – wörtlich gleichlautend – folgende Begründung für einen „Anspruch der Palästinenser“ auf Jerusalem: „Der Ostteil der Stadt ist arabisch geprägt und wird vorwiegend von Arabern bewohnt.“ Der selbe Satz, identisch, Wort für Wort, findet sich im „manager magazin“, auf der Website des Bayerischen Rundfunks, im Wiener „Standard“, in der „Märkischen Allgemeinen“, in der „Hannoveraner Neuen Presse“, in der „Kölnischen Rundschau“ und vielen anderen Zeitungen. Ist keinem der zahlreichen Schreiber und Nachschreiber aufgefallen, dass dieses Argument in-

zwischen auch auf viele Städte Europas zutrifft? Sind nicht längst Stadtteile von Berlin, Köln, Düsseldorf, Paris, Brüssel, Malmö oder Birmingham „arabisch geprägt“ und „vorwiegend von Arabern bewohnt“?

Damit besteht dann logischerweise auch ein „Anspruch der Palästinenser“ auf viele europäische Städte. Erfolgreich, ganz im Sinne multikultureller Durchdringung, haben die Schöpfer dieses Satzes islamisches Denken und Fühlen verinnerlicht. Denn der Koran gesteht seinen Anhängern unbegrenzte Gebiete zu. Heute Jerusalem. Und morgen die ganze Welt.

10 Jahre „Scholars for Peace in the Middle East“

Der SPME lud anlässlich seines zehnjährigen Bestehens ins Gebäude des „Zentralrates der Juden“

Von Michael Kuhn

Am zweiten Dezemberwochenende fand in den Räumlichkeiten des „Zentralrats der Juden in Deutschland“ ein Symposium anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Vereins „Akademiker für Frieden im Nahen Osten e.V.“ statt. Die vom Auswärtigen Amt und der amerikanischen Sektion des Vereins (Scholars for Peace in the Middle East – SPME) geförderte Tagung stand im Zeichen des sich in den letzten Jahren verstärkt etablierten Antisemitismus und der Nahost- und Israeldebatten in Deutschland.

Nach einem Grußwort des Geschäftsführers des „Zentralrats der Juden“, Daniel Botmann, eröffnete die Vereinsvorsitzende Dr. Elvira Grözinger die Tagung mit einer betrüblichen Bilanz: Der israelbezogene Antisemitismus werde zunehmend aggressiver, die mediale Berichterstattung darüber zugleich unter journalistischen Gesichtspunkten immer fahrlässiger, erklärte die Literaturwissenschaftlerin. Je nach situativer Gelegenheit wird das Verhalten Israels wahlweise öffentlich skandalisiert und damit der Nährboden für eine antizionistische Grundsatzkritik am jüdischen Staat bereitet, oder positive Entwicklungen werden gänzlich ausgeblendet, wodurch eine stille, aber konsequente Desinformation von weiten Teilen der Medienlandschaft betrieben wird.

Prof. Dr. Richard Landes, Sekretär der SPME und S.E. Jeremy Issacharoff, Botschafter des Staates Israel, unterstrichen in ihren Grußworten ebenfalls die Bedeutung dieser Tagung, um konkrete Strategien gegen Antisemitismus in all seinen Ausprägungen zu entwickeln und in die Gesellschaft zu tragen. In seinem Eröffnungsvortrag ging Dr. Asaf Romirowsky, Direktor der SPME, auf die Bedeutung der BDS-Bewegung (Boycott, Desinvestment and Sanctions) und ihres als Antizionismus getarnten Antisemitismus ein.

Anschließend diskutierten fünf Medienvertreter in der von Staatssekretär a.D. Klaus Faber moderierten Journalistenrunde. „Wir erleben seit einiger Zeit die Normalisierung von eigentlich untragbaren Zuständen. Israels Sicherheit als deutsche Staatsräson bleibt bisher ein Lippenbekenntnis. Bei der hochselektiven Berichterstattung vieler Medien bleibt unerschwinglich doch stets beim Leser hängen: Israel und die Juden sorgen für Probleme“, resümierte der Redakteur der JÜDISCHE RUNDSCHAU, Simon Akstinat, in seiner einführenden Stellungnahme. Viele Medien, so Akstinat weiter, vernachlässigen ihre Rolle als „Vierte Gewalt im Staat“ und nehmen allzu rasch die derzeitige Regierungspolitik in Schutz anstatt sie kritisch zu hinterfragen. Die JÜDISCHE RUNDSCHAU als einzige unabhängige jüdische Zeitung Deutschlands versuche ein Gegengewicht zu dieser oftmals eintönigen Berichterstattung zu schaffen. Weniger kritisch betrachtete Michael Wuliger von der „Jüdischen Allgemeinen“ die Lage: „Es könnte schlimmer sein“, so Wuligers Credo, Juden seien nicht in physischer Gefahr und es sei nicht ratsam, einen mittelalterlichen Schutzjudeninstinkt zu reaktivieren. Anstelle des linken Antizionismus, der eine verschwindend geringe Rolle spiele, müsse man sich vielmehr auf die Bekämpfung von „Rechtspopulismus“ konzentrieren.

Einen grundsätzlicheren Blick auf die Dinge wage der Philosoph und „Cicero“-



Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion

Publizist Dr. Alexander Grau mit seinen fünf Thesen zum Antisemitismus in Deutschland:

Erstens habe der Deutsche generell wenig Ahnung vom, aber eine ganz starke Meinung zum sogenannten Nahen Osten. Zweitens werde das Bildes des Orients als „romantisches Refugium“ auf den Nahen Osten übertragen und damit eine mystifizierte Illusion zur Grundlage der Betrachtung dieser Region. Drittens, so Grau, habe der Orient keine konkrete Geografie und diene vielmehr als Projektionsfläche für die eigenen Wünsche, Hoffnungen und Erwartungen. Viertens ist das vorherrschende Orientbild ein Produkt der Orientromantik des deutschen Bildungsbürgertums aus dem 19. Jahrhundert, dessen Ursprünge sich auf den Weltliteraten Goethe zurückführen lassen. Und fünftens würden die aktuellen Debatten um den sogenannten „Nahostkonflikt“ „schrecklich weltfremd“ geführt.

Die israelfreundlichste Presslandschaft in ganz Europa?

Vermeintliche „Experten“ wie Jürgen Todenhöfer und Michael Lüders würden sich an einem „inneren Orient“ abarbeiten, die Sachlage an sich sei für die Debatte hingegen irrelevant. Malte Lehming vom „Tagesspiegel“ ordnete die deutsche Presselandschaft als die „israelfreundlichste“ in ganz Europa ein, verglichen derjenigen in Ländern mit Frankreich und Schweden, aber auch der „New York Times“ oder „Ha'aretz“. In seinen Ausführungen stellte er die Meinungs- und Religionsfreiheit als zentrale Errungenschaften der westlichen Wertegemeinschaft hervor und bezog sich damit positiv auf die lebendige Demokratie in Israel, die mehr Kontroversen auszuhalten vermag, als es im Ausland oft wahrgenommen wird. Benjamin Weinthal, der die „Jerusalem Post“ vertrat, sieht in den BDS-Anhängern, sunnitischen und schitischem Terrorismus sowie dem iranischen Regime die wesentlichen Quellen des zeitgenössischen Antisemitismus. Zu begrüßen sei, dass die Städte München und Frankfurt am Main mittlerweile Verordnungen erlassen haben, die BDS-Aktivitäten in öffentlichen Räumen verhindert. Die Debatte verdeutlichte die unterschiedlichen Akzentuierungen bei der Bekämpfung der gegenwärtigen antisemitischen Tendenzen in Politik und Gesellschaft, zeigte jedoch auch die Bereitschaft der Repräsentanten der verschiedenen Medien, bei grundsätzlichen Fragen einen gemeinsamen Nenner zu finden.

Michaela Engelmeier, bis September 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages und aktuell im Parteivorstand der SPD, eröffnete den zweiten Tag des Symposiums mit einer Betrachtung der deutsch-israelischen Beziehungen. Die politische Ebene war dabei stets von wirtschaftlichen Prozessen und den Begegnungen zwischen beiden Gesellschaften flankiert. Auch die bedeutende Rolle jüdischer Protagonisten in der Geschichte der Sozialdemokratie hob sie hervor.

Dr. Mordechai Lewy, viele Jahre zuvor in Bonn und von 2000-2004 israelischer Gesandter in Berlin, blickte auf 50 Jahre deutsch-israelische Beziehungen zurück, die durch die jeweils in Verantwortung stehenden Persönlichkeiten mit eigenen Akzenten versehen wurden und sich schließlich schrittweise zu einer Erfolgsgeschichte für beide Staaten entwickelte.

Im Anschluss verortete der renommierte Religionswissenschaftler Prof. Dr. Karl E. Grözinger die Entwicklung des Zionismus im historischen Kontext. Die in Europa obsessiv betriebene „Israel-Kritik“ im Licht der Erfahrungen des Zionismus zu betrachten ermöglicht eine Einordnung in die gewandelten Strategien des Antisemitismus. Die Kognitionswissenschaftlerin Prof. Dr. Dr. Monika Schwarz-Friesel erläuterte im Anschluss die Funktionsweise des mittlerweile salonfähigen, israelbezogenen Antisemitismus und wie dieser Spielart des Judenhasses praktisch begegnet werden kann. Über das Israelbild in der deutschen Presse informierte der Vortrag von Prof. Dr. Roland Hornung von der OTH Regensburg. Die oftmals hektische Art und Weise der Schlagzeilenproduktion und das mangelnde Interesse an außenpolitischen Zusammenhängen sind dabei wesentliche Faktoren für die einschlägige Negativberichterstattung in vielen Medien.

Schulbücher

Dr. Klaus Thörner vom Vorstand der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Oldenburg präsentierte eine im Sommer 2017 neu aufgelegte Broschüre mit dem Titel „Das Israelbild in deutschen Schulbüchern: Pädagogik des Ressentiments“, die eine ernüchternde Bestandsaufnahme zu antisemitischen Ausprägungen im Schulunterricht zeichnet. Ergänzend zog Jörg Rensmann, Programmdirektor des „Mideast Freedom Forum“ Berlin, die noch dramatischere Bilanz für die „palästinensischen“ Schulbücher, die sich durch eine kontinuierliche Präsenz antizionistischer Narrative auszeichnet.

„Die Thematik dieser Tagung ist aktueller denn je: Auf internationaler Ebene wird der jüdische Staat in der UNO und dem EU-Parlament isoliert, die Bundesregierung stimmt antiisraelischen Resolutionen vorbehaltlos zu. Neben dem Rechtspopulismus darf die Gefahr, die von Linkspopulismus und insbesondere von radikalen Muslimen für jüdisches Leben in Deutschland und Europa ausgeht, nicht länger bagatellisiert werden“, resümiert Dr. Elvira Grözinger.

Die jüngst im Beisein der Berliner Polizei ungehindert öffentlich verbrannte israelische Flagge, begleitet von Aufrufen zum Judenmord, sei ein alarmierendes Signal für die Entwicklung in Europa, so die Vorsitzende der SPME. Der Rechtsstaat steht hier in der Pflicht, den Schutz seiner jüdischen Bürger zu gewährleisten. Lippenbekenntnisse, Tatenlosigkeit gegen Judenhass und die Negierung jüdischen Kulturerbes im Zusammenhang mit den Qumran-Rollen (die JÜDISCHE RUNDSCHAU berichtete im Dezember 2017) würden Juden allmählich das Gefühl vermitteln, nicht länger in Deutschland erwünscht zu sein. Dies führe in der deutsch-jüdischen Gemeinschaft zu einer bislang nicht dagewesenen Resignation, erste Familien verlassen bereits das Land.

„Es ist höchste Zeit für die Politik, in allen Bereichen von der Außen- bis



Dr. Elvira Grözinger, Organisatorin des Kongresses

zur Bildungspolitik, zu begreifen, dass ein erneuter Exodus der Juden aus Deutschland diesem Staat einen nicht wieder zu reparierenden Schaden zufügen wird“, appelliert Dr. Grözinger. „Das demokratische Deutschland wird keines mehr sein, die muslimische Bevölkerung wird niemals den intellektuellen, kulturellen und Werteverlust ausgleichen können, sondern dieser wird durch antihumanistisch-antirationalistische Wirklichkeit des Islam der Zuwanderer noch mehr vertieft. Wer das nicht begreift, trägt zur Vernichtung des Rechtsstaates bei“, so ihr persönliches Fazit des Symposiums.

Die Mitglieder der SPME werden durch eine Reihe geplanter Vorträge mit Fachleuten, die sich explizit an Politiker, Hochschuldozenten und Lehrern richten, dieser Erosion entgegenwirken und damit weiterhin einen Beitrag dazu leisten, die Rahmenbedingungen für jüdisches Leben in Deutschland aufrechtzuerhalten.

Auch die ersten Ghettos waren teilweise als „Safety Areas“ gedacht

Eine kritische Sicht auf die „Schutzräume“ für Frauen vor sexueller Belästigung

Von Anastasia Iosseliani

Inspiziert zu folgender Polemik wurde ich durch die am Brandenburger Tor in Berlin eingerichtete „Women's Safety Area“, einen extra für Frauen abgetrennten Bereich. Gedacht ist dieser Bereich zum Schutz – weil es in den vergangenen Jahren bei ähnlichen Veranstaltungen zu sexualisierter Gewalt gegenüber Frauen kam. Silvester 2015/16 in Köln ist bestimmt den meisten Menschen noch in Erinnerung.

Jetzt fragen Sie sicher, warum gerade ich

mit unserer Präsenz als Juden legitimiert haben.

Als ich noch zur Sekundarschule ging, wurde ich vielfach von meinen Lehrern und der Schulleiterin aufgefordert meinen Magen David nicht mehr in der Schule zu tragen, um Provokationen zu vermeiden und nicht mehr verprügelt zu werden, trotz der Tatsache, dass wir in der Sekundarschule Mädchen hatten, welche das islamische Kopftuch trugen und natürlich auch Jugendliche, welche verschiedene Kreuze oder das Schwert Alis

„ Das erste Ghetto der Welt für Juden in Venedig wurde u.a. zum Schutz vor Judenfeindlichkeit errichtet. “

als bisexuelle, jüdische Frau solchen sogenannten „Safe Spaces“ kritisch gegenüber stehe. Dazu muss ich sagen, eben weil ich jüdisch, bisexuell und eine Frau bin, stößt mich diese Form der (Selbst-)Ghettoisierung ab. Es ist nämlich Fakt, dass das erste Ghetto der Welt für Juden in Venedig auch zum Schutz vor Judenfeindlichkeit errichtet wurde.

Wir Juden haben aufgrund berechtigter Gefahren für Leib und Leben unsere Synagogen und Betstuben mit Panzerglas und dergleichen ausgestattet und tragen vielfach unsere Magen David unter (!) der Kleidung. Die Mehrheitsgesellschaft nimmt es – wie ich aus eigener Erfahrungen als Jüdin weiß – daher als Provokation unsererseits wahr, wenn wir Juden als solche in der Öffentlichkeit und nicht innerhalb unserer „Safe Spaces“ auftreten und dann Opfer von körperlicher Gewalt werden. Körperliche Gewalt, welche wir

als Schmuckstück tragen.

Ich persönlich habe effektiv Angst vor dem Tag, an dem eine solche Art zu denken auch auf andere Frauen und Minderheiten überschwappt und es als legitim angesehen wird Frauen zu belästigen oder queere Menschen zu vermöbeln, sobald sich diese aus ihrem zugewiesenen Ghetto trauen.

Es war ein langer Kampf bis Frauen und verschiedene Minderheiten endlich als Teil der Öffentlichkeit Anerkennung fanden. Ich möchte dies nicht auf dem Altar der Indifferenz opfern und dafür einen „Safe Space“, einen Platz im Freak-Ghetto bekommen. Denn was wir nicht brauchen, sind „Safety Areas“, sondern Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger, ganz gleich ob Frau oder Mann, homosexuell oder nicht. Deshalb finde ich auch solche „Women's Safety Areas“ eine Tragödie und keinen Fortschritt. Damit wird



nämlich der Staat aus der Verantwortung entlassen für Sicherheit im öffentlichen

Raum zu sorgen und stattdessen wird so Geschlechter-Apartheid zementiert.

Leserbriefe

Sehr geehrter Herr Dr. Korenzecher, ich habe Ihre Zeitschrift erst im letzten Jahr abonniert. Ich bedauere es, dass ich nicht schon früher Ihre Zeitschrift gekannt habe.

Ich möchte mich kurz vorstellen, auch wenn Sie über mich vieles in Google nachlesen könnten.

Bin ein Holocaust Überlebender der ersten Generation und habe beide antisemitische Diktaturen erlebt. Wie die Nazi-Diktatur, so auch die kommunistische in der ehemaligen Tschechoslowakei. Ich besuche seit 17 Jahren deutsche Schulen und Organisationen in Deutschland und im Ausland als Zeitzeuge.

Bin vermutlich einer der wenigen Zeitzeugen, die nicht nur über ihr Schicksal, sondern auch über den heutigen Antisemitismus berichten. Deshalb möchte ich mich sehr herzlich für Ihre Kolumnen wie auch die beeindruckenden Artikel und Berichte bedanken, die sich gegen die allgemeine Gehirnwäsche der deutschen Medien und sehr wirksam an die Seite von Juden resp. Israel stellen.

Ich wünschte mir, dass Ihre Zeitschrift viel mehr Menschen in Deutschland lesen würden. In jedem Falle werde ich Sie in meinen Gesprächen den Schulen empfehlen. Bin auch froh, dass mein Vorbild und unermüdlicher Kämpfer für die Aufklärung Herr Henryk Broder in Ihrer Zeitschrift öfters zu Wort kommt.

Ich möchte mich nur bedanken und wünsche Ihnen und Ihrem Team nachträglich happy Chanukka wie auch fröhliche Weihnachtsfeiertage und ein sehr erfolgreiches und glückliches Neues Jahr 2018.

Ihr dankbarer Leser
Pavel Hoffmann



Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin sehr froh, dass ich ihre Zeitung „entdeckt“ habe. Leider haben sich viele Zeitungsanbieter angewöhnt unabhängige Presse zu verstecken oder gar nicht erst anzubieten.

In meinem bisherigen Leben habe ich mich ab und an mit jüdischer Geschichte und daher natürlich auch mit Israel und den aktuellen Vorgängen beschäftigt. Insbesondere wenn in meiner Familie, dem Freundeskreis oder den Medien etwas darauf

Bezug nahm. Als Konsument auch von „öffentlich-rechtlichen“ Medien verstärkte sich aber insbesondere in den letzten Jahren mein lang gehegter „Verdacht“, dass in der Berichterstattung vieles bewusst und permanent falsch dargestellt und verschwiegen wird.

Ab der Grenzöffnung 2015 intensivierte ich mein Bemühen hinter die Motive und die Wahrheiten der Geschehnisse zu kommen. Ich fand zunächst die „Jüdische Allgemeine“,

welche ich ohne jeden Zweifel für mich schnell als „Systemblatt“ ad acta legte.

Ihre Zeitung passt absolut in das von mir jetzt gewonnene und gefestigte Weltbild, ist sehr informativ und ist absolut authentisch.

Mein besonderer Dank gebührt natürlich Herrn Dr. Korenzecher.

Mit vielen herzlichen Grüßen

Ihr Leser
Matthias Michaelis

5 Probleme der Zusammenarbeit zwischen Israel und den Golfstaaten

Wird die Verbindung über mehr als die gemeinsame Feindschaft zum Iran hinausgehen?

Von Seth Frantzman

Während des letzten Jahres ist eine politische Sichtweise entstanden, dass Israel und die Golfstaaten sowie Saudi-Arabien Teile einer neuen Allianz seien. Das „Wall Street Journal“ veröffentlichte erst vor kurzem eine Version dieser Geschichte. In einem Artikel wird beschrieben, wie Israel und der Golf gemeinsam gegen den Iran arbeiten.

Ein anderer Artikel zu diesem Thema enthält sogar das bizarre Zitat: „Es gibt nichts, was der Kombination aus israelischem Geld und der saudischen Denkweise Einhalt gebieten könnte.“ Sollte es nicht eher andersherum sein? Es gibt zu diesem Thema auch andere Artikel. Aber bevor die Pro-Israel-Leute sich für die Golfstaaten einsetzen, mit Lobbyarbeit beginnen und die Katar-Flagge schwenken, – wobei sie zahlreiche Menschenrechtsverletzungen in diesen Ländern ignorieren müssten –, sollte man sich einige Dinge vor Augen führen.

1. Eine solche Beziehung würde niemals publik werden: Ja, es gibt scheinbar gemeinsame Interessen zwischen dem Golf und Israel. Aber das würde Israel auf internationaler Ebene keine Vorteile einbringen. Die Golfstaaten stimmen bei den Vereinten Nationen immer gegen Israel. Sie stimmen routinemäßig gegen Israel, sobald sie auch nur die geringste Chance bei den Vereinten Nationen bekommen. Sie stimmen hingegen für die UNESCO-Resolutionen, welche Israel keine Rechte in Jerusalem zugestehen. Also warum sollte man vermuten, dass Israel „Freud“ von jemandem sein soll, der ihm noch nicht einmal die Hand schüttelt oder das Land anerkennt? Wenn man etwas von Israel will, dann soll Israel gehorchen, aber während des Rests des Jahres verneinen sie in der Öffentlichkeit die Existenz Israels.

2. Die Golfstaaten fürchten sich vor dem Iran und wollen Israel als Schild. Genauso wie damals, als Kuwait und Saudi-Arabien die USA dabei unterstützten, Saddam Hussein 1991 aus Kuwait zu vertreiben, so sitzt die Angst der Golfstaaten tief, dass der Iran diese kleinen Länder destabilisieren könnte. Die meisten Golfstaaten vertrauen auf Massen von Fremdarbeitern und sie haben eine kleine Gruppe von reichen Oligarchen, in deren Macht alles liegt, während die Massen von Menschen, die für sie arbeiten, noch nicht einmal die Staatsbürgerschaft erhalten. Viele Fremdarbeiter leben in sklavenähnlichen Verhältnissen und sterben bei Industrieunfällen. Natürlich sorgen sich die Herkunftsländer. Auch nur der kleinste Nadelstich vom Iran kann wirtschaftliche Probleme nach sich ziehen. Besonders Bahrain, wo eine Schia-Mehrheit von einer Sunni-Monarchie regiert wird. Im Vergleich dazu sind Irans Drohungen gegen Israels viel abstrakter und weniger konkret.

Was soll also für Israel drin sein? Die Golfstaaten ermutigen Israel, Informationen weiterzugeben und aktiv zu werden, weil sie angeblich mit Israel auf derselben Seite stehen. Aber wie soll Israel davon profitieren mit undemokratischen Monarchien zusam-



Das kleine Israel neben seinen großen Nachbarn.

menzuarbeiten? Was springt für Israel dabei raus? Größere Sympathie in der Region? Gibt es weniger Antisemitismus, der in den Schulen gelehrt wird? Schafft es Vorteile für Israel, wenn reiche Scheiche hinter verschlossenen Türen sagen: „Bitte tut dem Iran etwas für uns an!“? Aus einer solchen Beziehung kann keine Normalisierung entstehen. Genauso wie Saudi-Arabien 1991 wollte, dass die USA ihnen helfen, während es gleichzeitig anti-westliche Prediger und Intoleranz förderte, so gibt es hier ein weiteres Beispiel eines reichen Re-

erkennen die Golfstaaten, dass sie das Beste von beiden Welten haben können. Sie brauchen keine offiziellen Beziehungen mit Israel, wenn sie von inoffiziellen Beziehungen profitieren können. Wie funktioniert das? In den Hallen Washingtons beispielsweise, oder anderswo.

Verdeckte Beziehungen nutzen dem Golf. Nutzen sie Israel? Vielleicht schon. Aber Israel sollte sich keine falschen Vorstellungen machen und Hoffnung schüren – das sollten auch nicht Israels Alliierte oder Freunde ändern-

„ In Wirklichkeit sind Iraner in ihrem Land und in der Region willkommener als Israelis, trotz des Anti-Schia-Gefühls. In den Vereinigten Arabischen Emiraten findet stiller Handel mit dem Iran statt. Dass die Türkei und der Iran gegeneinander sind, ist reine Fantasie. “

gimes, das verlangt, dass ein anderes Land seine Arbeit tut.

3. Israel ist irgendwie wie das traurige Kind im Sandkasten, das andere Länder darum bittet, mit ihm zu spielen. Seit 1948 wurde Israels Anwesenheit in der Region weitgehend zurückgewiesen. Das hat sich aber in den 1970er Jahren geändert, als Ägypten mit einem Friedensvertrag auf Israel zuing. In den 1990er Jahren hat sich Israels Position durch Abkommen mit Jordanien und den „Palästinensern“ gestärkt, und Israel hat sich an Länder wie Tunesien und Marokko angenähert.

Beziehungen mit Oman und Katar haben sich auch auf offizielle diplomatische Besuche ausgeweitet. Aber dieses wurde mit der zweiten Intifada und dem Gaza-Krieg im Jahre 2009 zerstört. In jüngerer Vergangenheit redete man davon, dass Israel offizielle Handelsbeziehungen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten eingehen sollte.

Israel ist in der Region jetzt mehr akzeptiert und in den letzten Jahrzehnten ein eher integrierter Bestandteil der Region als es das noch in den Nasser-Jahren war (in denen Israel mit Iran befreundet war). Aber in Wirklichkeit

orts. Die Golfstaaten sind sehr vorsichtig und vor allem manipulativ. Sie wissen, dass sie viel zu verlieren haben und dass sie den Westen und ihre Alliierten brauchen. Und gleichzeitig müssen sie immer das vortauschen, was ihnen Stabilität zu bringen scheint. Sie spielen manchmal ein doppeltes Spiel. Katar hat bereits versucht sich in den Gaza-Konflikt einzumischen. Auf der einen Seite unterstützt es islamistische Agenden. Aber es will nicht den Gegenwind für solche Unterstützung spüren.

4. Wer vereinfacht den „Golf gegen den Iran“ auszuspielt, ist für die Wirklichkeit der Dinge im Mittleren Osten blind. Westliche Personen und vor allem die Israel-Unterstützer lieben die „Sunni gegen Schia“-Sichtweise des Mittleren Ostens und in ihrer Fantasie ist Israel auf der „Seite der Sunnis gegen den Iran“. Aber Israel ist nicht auf der Seite der Sunnis gegen den Iran. Zunächst arbeiten viele Sunni-Regime mit dem Iran, während sie vorgeben das nicht zu tun. Ägypten hat eine sehr differenzierte Ansicht des sektiererischen Kriegs im Mittleren Osten. Genau wie Israel auch ein Luftschloss der „israelisch-christlichen Allianz“ im

Libanon in den 80er Jahren verkauft wurde.

Israel wurde nun eine weitere Lüge von jenen verkauft, die vorgeben, dass Israel in Riad geliebt wird. Aber diese Regime mögen Israel eigentlich ziemlich wenig. Sie greifen Iran in der Öffentlichkeit an, aber ihre Außenminister mauscheln mit dem Iran auf internationalen Foren und Ereignissen. Sie mauscheln aber nicht mit den Israelis. In Wirklichkeit sind Iraner in ihrem Land und in der Region willkommener als Israelis, trotz des Anti-Schia-Gefühls. In den Vereinigten Arabischen Emiraten findet stiller Handel mit dem Iran statt. Dass die Türkei und der Iran gegeneinander sind, ist reine Fantasie. Sie agieren zwar in Syrien gegeneinander, aber sie treiben miteinander Handel und schütteln sich bei Begegnungen die Hände. Vieles von dem, was im Mittleren Osten geschieht, involviert zwei oder drei Interpretationsebenen. Menschen, die öffentlich angreifen, im Verborgenen aber nett zu einander sind, und so weiter. Es gibt viel prahlende und theatralische Diplomatie im Mittleren Osten. Israel und seine westlichen Freunde verstehen dies oft nicht. Die Pragmatiker verstehen, dass dieses neue Israel-Sunni-Königreich eines der Zweckmäßigkeit und gemeinsamer Interessen ist. Fantasten und andere glauben daran, dass sie auf der gleichen Seite stehen.

5. Golfstaaten werden nie einen Krieg mit dem Iran eingehen. Der Mittlere Osten kämpft mit Stellvertreterkriegen. Das bedeutet, dass im Jemen beispielsweise Saudi-Arabien und die Golfstaaten zwar die Huthis bekämpfen, aber nicht die Iraner. Der Iran schickt seine IRGC und Stellvertreter zum Kämpfen nach Syrien, aber die Saudis finanzieren nur die Menschen vor Ort. Niemand kämpft im Mittleren Osten einen Krieg gegeneinander. Menschen sterben und werden bezahlt, neben Außenstehenden zu sterben. In den schlimmsten Beispielen werden Schia-Afghanen vom Iran nach Syrien als „Kanonenfutter“ entsandt. Wenn man also eine Sichtweise stärkt, dass der Golf Alliierte gegen den Schia-Iran braucht, dann stimmt das wohl, aber nur, weil der Golf keine Kriege kämpft. Er bezahlt andere, das für ihn zu tun.

Israel, wie oben beschrieben, kann als Schild gut eingesetzt werden, als Stellvertreter eben. Aber Israel will kein Stellvertreter sein. Israel sollte das Land sein, was Stellvertreter nutzt, und nicht zu einem instrumentalisiert wird. Aber Pragmatiker in Israel wissen das. Erkennen Menschen, die diese Zeitungsartikel lesen, das auch? Oder eher nicht? Bekämpfen die Golfstaaten die Hisbollah?

Finanzieren sie Anti-Hisbollah-Splittergruppen im Libanon? Vielleicht. Und vielleicht gibt es einen Ort, wo Israel mit den Saudis zusammenarbeiten kann. Vielleicht in Südsyrien, wo es gemeinsame Interessen gibt, oder in Teilen des Iraks mit den Kurden. Pragmatische Allianzen könnten vorteilhaft für Israel sein. Fantasien aber nicht.

Übersetzung ins Deutsche:
Jan Bentz

Ist die Doktrin von Menachem Begin für Israel heute noch aktuell?

Wird zur Verhinderung der Atombombe im Iran folgen, was in Irak und Syrien Erfolg hatte?

Von Tal Leder

Im Jahre 1981 schreckte der damalige israelische Ministerpräsident Menachem Begin nicht davor zurück, den irakischen Atomreaktor zu zerstören. Damit war eine neue Doktrin geboren, in dem Israel seinen Feindstaaten nicht erlauben würde Massenvernichtungswaffen zu produzieren. Diese Doktrin hat bis heute Bestand und mit Blick auf die iranische Bedrohung könnte der jüdische Staat erneut zum Präventivschlag ausholen.

„Jeder neue Krieg wird zur Ausrottung des zionistischen Regimes führen.“ Laut der halboffiziellen iranischen Nachrichtenagentur Fars sind dies die Worte von Generalmajor Mohammad Ali Jafari, dem Oberbefehlshaber des iranischen Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC), der Ende November 2017 auf einer Pressekonferenz in Teheran neue Drohungen gegen Israel ausgesprochen und geschworen hat, dass jeder zukünftige Konflikt der letzte des jüdischen Staates sein würde.

Der Krieg der Worte geht in eine neue Runde und wieder einmal prophezeit das Mullah-Regime im Iran mit seinen Untergangphantasien die Auslöschung Israel.

Bis 1979 waren Israels Beziehungen zum Iran gut

Solche Provokation kommen von den Ayatollahs und seinen führenden Militärs am Persischen Golf seit Jahrzehnten fast täglich. Seit der islamischen Revolution von 1979 erkennt der Iran das Existenzrecht Israel nicht mehr an und änderte seine Politik gegenüber dem jüdischen Staat fundamental. Hatten beide davor relativ gute diplomatische Beziehungen, so bezeichnet die ultrakonservative schiitisch-islamische Diktatur in Teheran seit der Machtübernahme die Regierung in Jerusalem als „zionistisches Regime“ der sogenannten „besetzten Gebiete“ oder auch immer wieder als den „kleinen Satan“ (in Bezug auf die USA, die sie den „Großen Satan“ nennen) und unterstützt radikalislamische Terrorgruppen wie u. a. die Hamas und die libanesische Hisbollah im bewaffneten Kampf gegen Israel. Die Zerstörung des jüdischen Staates wurde zur iranischen Staatsdoktrin und steht auf seiner politischen Agenda ganz oben.

Natürlich lässt die Antwort der Regierung Netanjahus aus Jerusalem nicht lange auf sich warten, doch wie geht ein anerkannter Staat, eine Demokratie westlicher Prägung mit solch aggressiven Drohgebärden um? Vor allem wenn sein schlimmster Feind ein Atomprogramm verfolgt, um in den Besitz der Atombombe zu kommen und deren Politiker und Militärs ständig davon sprechen das „Zionistische Gebilde“ von der Weltkarte zu tilgen? Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 gab es nur selten eine ähnliche Rhetorik vonseiten einer Regierung.

Luftangriffe gegen den Iran?

Deshalb debattieren schon seit vielen Jahren weltweit Experten aus Politik, Militär und Wissenschaft über die Option eines israelischen Militärschlags gegen die Atomeinrichtungen im Iran. Dass die israelische Luftwaffe (Israeli Air Force, IAF) dazu imstande ist solche gefährlichen Operationen umzusetzen, hat sie



Begin redet vor der Knesset.

der Welt bereits zweimal bewiesen. Als durch die Aufrüstung seiner Feinde mit Massenvernichtungswaffen die Existenz der israelischen Nation auf dem Spiel zu stehen drohte, wurden die Nuklearreak-

im Iran in nichts nach. In ihrer Vorfreude sprachen sie u. a. von der „Zerstörung der zionistischen Basis“, manche sogar von der „Vernichtung der Juden“. Andere träumten davon „Israel von der

überarbeiten. Nachdem viele Israelis zu Beginn des Oktober-Krieges 1973 schon das Ende des jüdischen Staates sahen, wollte seine Führung erstens vor einem erneuten Überraschungsangriff gewappnet sein und zweitens bestand für Israel durch das abgeschlossene Atomabkommen zwischen Frankreich und Irak von 1975 zum ersten Mal die Gefahr einer nuklearen Bedrohung durch einen feindlichen Staat.

Und so begann schon die Regierung unter der ersten Amtszeit Jitzhak Rabins in Jerusalem mit den Planungen und Vorbereitungen für eine ausgeklügelte Verteidigungsstrategie gegen die neue atomare Gefahr aus dem Irak. Diese intensivierten sich dann noch mit der Machtübernahme der ersten „rechten“ Regierung in Israel im Jahre 1977 unter Menachem Begin (1913-1992). Von Anfang an machte er seiner Nation klar, dass kein Staat im Nahen Osten zur Atommacht aufsteigen darf. Währenddessen wuchs die nukleare Bedrohung durch den Irak unter dem neuen Diktator Saddam Hussein, dessen Reaktor Tammuz-1 in Osirak in der Lage war langfristig Plutonium zu erzeugen.

Israel wollte dem nicht untätig zusehen. Unter Menachem Begin sollte sich eine noch nie da gewesene Verteidigungspolitik entwickeln: die sogenannte Begin-Doktrin.

Diese Strategie bedeutet einen Präventivschlag gegen potenzielle Feinde Israels, welche die Fähigkeit besitzen Massenvernichtungswaffen, insbesondere Atomwaffen, herzustellen. Praktisch umgesetzt wurde die Begin-Doktrin erstmal mit dem israelischen Angriff auf den irakischen Atomreaktor Osirak während der „Operation Opera“. Dieser erfolgte am 7. Juni 1981, nur knapp ein Jahr nachdem bereits iranische Piloten

„ Der jüdische Staat ist stets gezwungen, seine Verteidigungsstrategie den neuen Gefahren anzupassen. “

toren, sowohl im Irak 1981 als auch in Syrien 2007 vollständig zerstört.

Für Israel ist so eine Situation wie die iranische Bedrohung natürlich nichts Neues. Fast täglich droht ein arabischer oder muslimischer Führer dem jüdischen Staat mit seiner totalen Vernichtung. Es waren keine 24 Stunden seit der Unabhängigkeitserklärung am 14. Mai 1948 verstrichen, als Israel bereits von einer arabischen Allianz, bestehend aus regulären Armee-Einheiten der Staaten Ägypten, Syrien, Libanon, Jordanien und Irak angegriffen wurde. „Wir werfen die Juden ins Meer“, war das Schlagwort, das die Soldaten bei ihrem Einfall immer wieder selbstsicher vor sich herriefen. Ging es für den neu gegründeten Staat nur vier Jahre nach dem Holocaust ums Überleben, so ist seit damals kein Tag vergangen, in dem sich Israel nicht mit zahlreichen Bedrohungen konfrontiert sah.

In diesem strategischen Umfeld ist Israel gezwungen, seine Verteidigungsdoktrin konstant anzupassen, um neue Bedrohungen durch seine Feinde neutralisieren zu können.

Präventivschlag 1967

Die arabischen Politiker standen vor 50 Jahren dem heutigen Mullah-Regime

Landkarte zu tilgen“. Um einem drohenden Angriff der arabischen Armeen wie im Unabhängigkeitskrieg 1948 zuvorzukommen und diesen zu vereiteln, entschieden sich die Knesset und die Militärführung für die Strategie eines Präventivschlags – also eine Offensive in defensiver Absicht.

Dies führte zu einem sogenannten „Enthauptungsschlag“, der die gegnerischen Streitkräfte schwächte und sie dadurch daran hinderte Kampfhandlungen auf israelisches Territorium zu tragen.

Nach dem gewonnenen, aber verlustreichen Jom-Kippur-Krieg im Oktober 1973 musste Israel seine gesamte Sicherheitsstrategie komplett erneuern. Der Verteidigungswall, die „Bar-Lev-Linie“ wurde vier Jahre nach der Fertigstellung bis auf einem Posten total überrannt. Militärisch war der Krieg zwar nach 18 Tagen ein Erfolg auf ganzer Linie, doch man bezahlte einem hohen blutigen Preis für den Sieg. Kurze Zeit danach trat auch die Regierung zurück.

Atomabkommen zwischen Frankreich und Irak

Das neu gewählte Parlament musste die Politik zum Schutz seines Landes total

während des Iran-Irak-Krieges vergeblich versucht hatten, diese Nuklearanlage südlich von Bagdad zu zerstören.

Nachdem die Aktion über viele Jahre vom Geheimdienst und Militär präzise vorbereitet wurde, starten an diesem Tag mehrere Kampffjets vom Typ F-16 und F-15 vom ehemaligen israelischen Stützpunkt Etzion auf dem Sinai auf – mit dem Ziel Irak. Dabei wurde jordanisches und saudi-arabisches Grenzgebiet überflogen. Problemlos gelangten die israelischen Piloten in den irakischen Luftraum und griffen die Atomanlage in Osirak an. Die gesamte Operation dauerte nur zwei Minuten, bis zur völligen Zerstörung des Reaktors. Allerdings kamen dabei auch 11 Menschen in und um den Reaktor ums Leben.

Eine Präzedenzfall für jede zukünftige Regierung

In einer Pressekonferenz rechtfertigte Begin den Angriff damit, dass das jüdische Volk nie wieder schutzlos seinem Schicksal überlassen werden sollte. Einen weiteren Holocaust dürfe es niemals geben. Weiter fügte er hinzu „dieser Angriff wird ein Präzedenzfall für jede zukünftige Regierung in Israel sein. Jeder zukünftige israelische Premierminister wird unter ähnlichen Umständen in der gleichen Weise handeln.“ Dies war die Geburt einer neuen Doktrin und sie hat bis heute Bestand. Wann immer die Existenz Israels auf dem Spiel steht, muss ein Präventivschlag folgen.

Angriff gegen Pakistan?

Diese Politik verfolgte Israel auch Mitte der 1980er Jahre, als man den pakistanischen Nuklearreaktor in Kahuta zerstören wollte. Der Plan sah vor in Kollaboration mit Indien von dort aus den Angriff zu starten, um die „islamische Bombe“ auszuschalten. Nachdem die indische Führung die Operation schon im März 1984 absegnete, wurde sie kurze Zeit später wieder abgesagt. Zu groß war die Angst vor einem Atomkrieg mit seinem Nachbarn Pakistan. Der jüdische Staat musste das zähneknirschend akzeptieren.

Erst unter Premierminister Ehud Olmert wurde von der Begin-Doktrin während der Operation Orchard gegen Syriens Nukleareinrichtungen im September 2007 wieder Gebrauch gemacht. Syrien, ein diktatorischer Staat, der Israel seit seiner Staatsgründung feindlich gesinnt ist, hatte seit jeher enge Rüstungsbeziehungen zu Nordkorea gehabt. Pjongjang half dem Regime im Damaskus bei der Entwicklung von Chemiewaffen und sollte zu Beginn der 2000er Jahre auch den Bau eines Atomreaktors unterstützen.

Gegen Ende 2006 entdeckte der israelische Ausland Geheimdienst Mossad in einer abgelegenen Gegend im Nordosten Syriens den Bau eines verdächtigen Gebäudes nahe des Euphrat, 30 km von dem Ort Deir az-Zur entfernt. Als dann zu Beginn des Jahres 2007 noch ein hochrangiger iranischer General, der viele Jahre als Sicherheitsberater und stellvertretender Verteidigungsminister tätig war, zu den USA überlief, verdichteten sich die Befürchtungen in Jerusalem.

Der General lieferte außerdem wertvolle Informationen über das syrische Nuklearwaffenprogramm, welches vom Iran finanziert und mit Hilfe Nordkoreas fertiggestellt werden sollte.

Nach Rücksprache zwischen Jerusalem und Washington war es klar, dass Israel alleine handeln musste. Nachdem die israelische Luftwaffe monatelang den Angriff geplant hatte, gab

die Olmert-Regierung Anfang Herbst 2007 schließlich grünes Licht für einen Präventivschlag. Noch am Abend, in der Nacht zum 6. September 2007 drangen acht israelische F-15- und F-16 Kampfbomber in den syrischen Luftraum ein. Sie waren mit taktischen Luft-Boden-Raketen des Typs AGM-65 „Maverick“ und bunkerbrechenden 500-Pfund-Bomben ausgestattet. Beide Waffensysteme sind lasergelenkt. Ein Team des israelischen Sondereinsatzkommandos der „Shaldag“-Eliteeinheit war am Tag zuvor auf dem Gelände eingetroffen, um das Ziel mit Laser-Designatoren zu beleuchten. Die Operation war ein voller Erfolg und wieder zögerte Israel nicht von der Begin-Doktrin Gebrauch zu machen.

Syrische Bedrohung wurde ausgeschaltet

Ein nach Atomwaffen strebendes Syrien war für Jerusalem ebenso wenig zu akzeptieren wie ein nuklear bewaffneter Irak zwei Jahrzehnte davor. Aus heutiger Perspektive wird die globale Bedeutung des israelischen Angriffs auf Osirak und Deir az-Zur positiv betrachtet. Nicht auszudenken, was Diktatoren wie Saddam Hussein oder Assad angeht hätten, wären sie in den Besitz von Atomwaffen gekommen.

Wie schon zu Beginn in dem Text erwähnt ist der jüdische Staat stets gezwungen, seine Verteidigungsstrategie den neuen Gefahren anzupassen. Da aber auch seine Feinde die israelischen Operationen genauestens analysieren und studieren, versuchen auch diese immer wieder neue militärische Optionen und Taktiken zu entwickeln, um ihren Wunsch von der Vernichtung Israels zu verwirklichen.

Und dies führt uns zu der aktuellen Bedrohung Israels durch den Iran. Die Auslöschung des jüdischen Staates ist Teil der Staatsdoktrin im Iran. Seit der Machtübernahme der Mullahs während der islamischen Revolution von 1979 steht die persische Nation Israel nicht nur feindlich gegenüber, sie erkennen auch sein Existenzrecht nicht mehr an. Seit fast 40 Jahren bestimmt ein Großteil der Außenpolitik Teherans die Planung und Vernichtung Israels.

„Unser Weg nach Jerusalem, führt über Bagdad“, riefen die Ayatollahs noch während des brutalen Iran-Irak Krieges zwischen 1980 und 1988. Verhindert durch die Verteidigung ihres eigenen Staates, gründeten sie zu dieser Zeit mit der libanesischen Hisbollah eine radikal-schiitische Terrorgruppe, die im Laufe zu einem ernstzunehmenden Gegner für die israelische Armee werden sollte. Später unterstützte Teheran dann auch den „palästinensischen“ Terror der Hamas und des „Islamischen Dschihad“ im bewaffneten Kampf gegen Israel.

Der Iran hat aus Irak und Syrien gelernt

Doch vor allem mit der Wiederaufnahme des iranischen Atomprogramms zu Beginn der 2000er Jahre, dessen Planung schon 1959 unter dem Schah mit US-amerikanischer Hilfe begann, fingen die Alarmglocken in Jerusalem an zu läuten.

Bei einer so massiv regionalen Bedrohung wird die Begin-Doktrin auch seit 2009 unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu in Betracht gezogen. Allerdings zögert Israel noch mit einem Präventivschlag gegen den Iran. Eine Militäroperation gegen die iranischen Nukleareinrichtungen wäre deutlich schwieriger als es in Syrien oder im Irak der Fall war. Diese dort waren nämlich

nur auf einem einzelnen Gebiet zu finden, welches man leichter auskundschaften und observieren konnte. Um nicht dem gleichen Schicksal zu erliegen, hat der Iran seine Lehren daraus gezogen und deshalb zahlreiche und gut befestigte Atomanlagen an verschiedenen Orten im Lande gebaut. Viele davon sogar tief unter der Erde.

Allgemein ist der Iran auch ein viel größeres Land und auch ist die Distanz natürlich erheblich weiter als bei den vorgegangenen Aktionen, was bedeuten würde, dass Luftbetankung notwendig wäre. Auch hat der Iran dafür gesorgt, dass sein Atomprogramm sehr gut geschützt wird. Viele Millionen aus dem Staatshaushalt flossen nicht umsonst in die Luftabwehr. Sollte sich Israel trotzdem für einen Angriff entscheiden, würde Teheran nicht stillhalten und einen Gegenangriff – nicht nur mit der verbündeten Hisbollah im Libanon – starten. Ein Flächenbrand von unbekanntem Ausmaß könnte die Folge sein.

Ein atomwaffen-besitzendes Mullah-Regime in Teheran gilt als unannehmbar und existenzielle Bedrohung für den jüdischen Staat. Bisher war die israelische Regierung bereit, den USA und Europa zu erlauben, Wirtschaftssanktionen umzusetzen und diplomatische Lösungen zu verfolgen, während sie gleichzeitig selbst verdeckte Operationen wie Computerviren und die Ermordung wichtiger iranischer Wissenschaftler durchführte, um deren Atomprogramm zu stoppen.

Raketen-Schild

In Jerusalem indes gibt es nicht wenige Minister, die sich von der Begin-Doktrin distanzieren. Sie vertreten einen komplementäre Angriffs- und Verteidigungsdoktrin. Das offensichtlichste Beispiel für die sich verändernde Haltung des jüdischen Staates ist sein bahnbrechender Raketen-Schild, der ein Netzwerk von radargestützten Abfangjägern umfasst, die alles, von den ballistischen Shehab- und Scudraketen aus Iran und Syrien, bis hin zu den Katuscha- und Kassam-Raketen der Hisbollah oder Hamas abfangen soll.

Der ehemalige israelische General Shlomo Brom argumentiert sogar, dass Israels Verteidigungshaltung ausgeweitet werden könnte und vielleicht sollte sogar die Geheimhaltung um das eigene angebliche atomare Arsenal des Landes gelockert werden. Er spricht von einer gegenseitigen Abschreckung als Antwort, wobei die andere Seite jeweils weiß, welchen Preis sie für einen Atomschlag zahlen würde, nämlich die eigene Zerstörung. Auch weist er den Vorschlag zurück, dass der irakische Reaktorschlag einen Präzedenzfall für einen möglichen israelischen Angriff auf den Iran geschaffen habe. „Die Entscheidung in Jerusalem, keine militärischen Aktionen gegen mutmaßliche Chemiewaffenprogramme in Syrien und im Irak durchzuführen, hätte bereits die Begin-Doktrin unterminiert“, so Brom.

Der Iran steht seit dem Syrien-Krieg vor den Toren Israels

Doch durch die russische Legitimierung einer langfristig-strategischen iranischen Präsenz in Syrien, kommt die Bedrohung für Israel immer näher. Denn das Mullah-Regime will neben dem Libanon – wo ihre verbündete schiitische Hisbollah-Miliz steht – eine weitere Front zum jüdischen Staat eröffnen. Mit Vollendung ihres Atomprogramms könnte der Traum der Ayatollahs Israel „schachmatt“ zu setzen wahr werden.

Mit anderen Worten: Wenn ein Land,

welches von religiösen Extremisten regiert wird, zur Hegemonialmacht aufsteigt und Atomwaffen besitzt, warum sollte es dann von seiner Staatsdoktrin „Israel von der Landkarte zu löschen“ Abstand nehmen? Gegen einen iranischen Angriff spricht die Stärke der israelischen Abschreckung und das „Gleichgewicht des Schreckens“ durch die gegenseitige sichere Zerstörung. Befürworter dieses Ansatzes glauben, dass die iranischen Führer trotz ihrer islamistischen Rhetorik rationale Akteure sind, die wissen, dass auch die Israelis Massenvernichtungswaffen haben, mit denen sie auf einen nuklearen Angriff reagieren können. Wie z.B. durch die U-Boote der deutschen „Dolphin“-Klasse, die mit Atomsprengkörpern für einen möglichen Zweitschlag bestückt werden könnten.

Iranische Atomwaffen würden auch ohne direkten Einsatz wirken.

„Selbst wenn es unwahrscheinlich ist, dass sie eine Atombombe auf den jüdischen Staat abfeuern, würde die bloße theoretische Möglichkeit dieses Ereignisses die iranischen Verbündeten an Israels Grenzen, also die Hamas und Hisbollah, drastisch ermutigen“, sagt Chuck Freilich, ein ehemaliger israelischer stellvertretender nationaler Sicherheitsberater.

Sollte das Mullah-Regime in Teheran also zur Atommacht aufsteigen, würde das „eine große Einschränkung für Israels Handlungsspielraum“ in Gaza, sowie im Libanon und in Syrien bedeuten.

Das atomare Wettrüsten würde beginnen

Der schiitische Iran sei jedoch nicht das Hauptproblem, meint Prof. Yehezkel Dror, Experte für israelische Sicherheitspolitik. Sobald die Ayatollahs den Punkt erreicht haben, wo sie es einfach haben werden eine Atombombe zu bauen, werden andere Länder in der Region, besonders sunnitische Staaten wie die Türkei, Ägypten und vor allem Saudi Arabien – der Erzfeind Irans – dem Beispiel folgen wollen. „Der Iran ist ein Land mit einer alten Kultur. Sie werden nicht in den Selbstmord eilen. Aber ich kann das nicht über alle Länder im Nahen Osten sagen“, warnte Dror.

Ein Abkommen, das den Iran in einen atomaren Schwellenstaat verwandeln wird, wird wahrscheinlich ein Wettrüsten unter den traditionellen iranischen Rivalen in der sunnitischen Welt auslösen. Dies wird den bereits fragilen Nahen Osten weiter destabilisieren.

Auch dann wird Israel seine Verteidigungsstrategie wieder neu anpassen. Doch so weit wird es wahrscheinlich nicht kommen. Die Feinde des jüdischen Staates wissen um seine Stärke. Vor allem der Iran. Denn sollte die Regierung in Jerusalem – egal mit welchem Ministerpräsidenten an der Macht – die Existenz Israels und seiner Bürgern von irgendeinem diktatorischen Staat mit faschistischer Energie bedroht sehen, werden sie ohne zu zögern die „Begin-Doktrin“ anwenden. Ob dieser Präventivangriff ein Luftschlag gegen die Atomreaktoren sein wird, wird sich zeigen. In Israel liegen mehrere Optionen für so eine Aktion auf dem Tisch.

Und seine Gegner sollten vor der Auslöschung des jüdischen Staates gewarnt sein. Denn wie sagte schon der erste Ministerpräsident Ben-Gurion, kurz nachdem er die Gründung Israels proklamierte: „Wir haben die Überlebenden des Holocaust nicht hierher gebracht, dass sie einen weiteren erleben werden.“

Erdgas-Funde eröffnen Israel neue Möglichkeiten

Wird Israel in naher Zukunft vom Rohstoff-Importeur zum Rohstoff-Exporteur?

Von Urs Unkauf

Bei seinem jüngsten Besuch in Brüssel äußerte sich Premierminister Benjamin Netanjahu zu einer bedeutenden Weichenstellung des jüdischen Staates auf dem Gebiet der Energiepolitik:

„Wir haben übrigens auch Erdgas entdeckt, und wir haben erst jüngst eine Absichtserklärung mit einigen europäischen Ländern unterzeichnet: mit Zypern, Griechenland und Italien, Sie kennen sie vielleicht. Wir klären gerade die Möglichkeit für die Verlegung einer Gasleitung von unseren Offshore-Gasfeldern nach Italien. Dies wäre, denke ich, sehr wichtig für die europäische Wirtschaft. Innovation, Energie und alles andere, ich glaube, wir sind natürliche Partner“, teilte das Amt des Premierministers am 11. Dezember 2017 mit.

Zuvor hatte der Presse- und Informationsdienst der Republik Zypern die Unterzeichnung eines entsprechenden Abkommens zwischen den vier Mittelmeerrändern am 5. Dezember 2017 in Nikosia bestätigt. Das Projekt bietet Anlass, einen oft vernachlässigten Aspekt zu thematisieren: Die Rolle Israels als energiepolitischem Akteur und die Bedeutung der israelischen Erdgaspolitik für neue Perspektiven der Stabilisierung der Beziehungen mit den Nachbarstaaten sowie eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit den Mitgliedsstaaten der EU.

Weniger abhängig von Ägypten

Die Erschließung von Rohstoffvorkommen ist außenpolitisch betrachtet ein bedeutender Faktor zur Erhöhung des Grades an nationaler Souveränität und Steigerung der geopolitischen Relevanz von Staaten. Besonders im Bereich der Energiepolitik wirken sich diese Entscheidungen auch signifikant auf internationale Konstellationen aus. Israels Energieversorgung war lange Zeit von Erdgasimporten, beispielsweise aus Ägypten über die Arish-Ashkelon-Pipeline, abhängig. Das hochtechnisierte Land verbrauchte weitaus mehr Energie als es im eigenen Land zur Verfügung hat. Mit dem Einstieg Israels in das Erdgasgeschäft entsteht eine völlig neue Situation für energiepolitische Handlungsoptionen und internationale Kooperation. Zugleich wird dadurch Ägyptens Stellung als bedeutender regionaler Erdgas-Exporteur herausgefordert.

Auch die EU verringert ihre Abhängigkeit

Die Kosten für das Pipeline-Projekt „East Med“ werden aktuell auf etwa 6 Milliarden Euro geschätzt, die voraussichtliche Länge der Pipeline wird etwa 2.000 Kilometer betragen. Geplant ist, Europa ab 2025 mit bis zu 16 Milliarden Kubikmeter Erdgas jährlich durch das östliche Mittelmeer zu versorgen. Dem Bestreben der EU, eine Diversifizierung von Bezugsquellen und Versorgungswegen der benötigten fossilen Energieträger voranzutreiben, kommt dies sehr entgegen. So wird nicht nur die Versorgungssicherheit erhöht, sondern zugleich die regionale Abhängigkeit von nördlichen Ländern wie Norwegen oder Russland verringert und den zusätzlichen Wettbewerbssteuern Israel und Zypern der Weg auf den europäischen Gasmarkt bereitet. Daraus resultieren wiederum günstigere Konditionen für Industrie und Privathaushalte, zusätzlich wird die Rolle von



Die israelische „Tamar“-Erdgasplattform im Mittelmeer

Erdgas als unverzichtbarer Bestandteil der europäischen Energieversorgung auch für die kommenden Jahrzehnte gesichert. Geopolitisch betrachtet hält das türkisch-zyprische Verhältnis potenzielle Schwierigkeiten für das Pipeline-Projekt bereit, sollte sich Ankara dazu entschließen, den Territorialkonflikt mit Zypern eskalieren zu lassen und dadurch

Israel, auch mit dem Bau von Pipelines in die Türkei zu beginnen.

Pipelines nach Ägypten und Libanon wären zu riskant

Israelische Lieferungen nach Ägypten oder in den Libanon sind aufgrund eigener Vorkommen bzw. sicherheitspolitischer Bedenken weniger zu erwarten. Die

elische Export nach Europa attraktive Transiteinnahmen. Relevant wird zudem die Frage der Sicherung von Förderplattformen durch Raketenangriffe seitens der Hisbollah von Norden und der Hamas aus südlicher Richtung. Für die Erforschung neuer Technologien in der Erdgasförderung Israels ist es daher ratsam, den Aspekt der Sicherheit – sowohl analog, als auch digital – miteinzubeziehen und Synergien zu schaffen, um die Verteidigung der neuen Wohlstandsperspektiven zu gewährleisten.

Im Bereich der Gesamtstromerzeugung setzt sich Israel zum Ziel, bis zum Jahr 2020 einen Anteil von 10 % Erneuerbaren Energien zu erreichen, der Kohleanteil soll bis 2022 auf 15 % begrenzt werden. Nach Angaben der Deutschen Israelischen Außenhandelskammer von 2013 betrug der Anteil Erneuerbarer Energien im Jahr 2011 jedoch lediglich 0,41 %, im Folgejahr war ein marginaler Zuwachs auf 0,7 % zu verzeichnen. Die Hauptquelle der israelischen Energiewende soll dabei die Solarenergie sein, deren Möglichkeiten gegenüber dem fossilen Energieträger Erdgas aufgrund der günstigen klimatischen Bedingungen mittelfristig durchaus einen Konkurrenzfaktor darstellen können. 2017 wurden ca. 70 % der israelischen Elektrizität aus Erdgas erzeugt.

„Wir müssen von Kohle auf Erdgas umsteigen“, unterstrich Energieminister Yuval Steinitz (Likud) in einem Interview mit der „Jerusalem Post“ im November 2017. Wenn Israel zudem seine Fähigkeiten als Hightech-Land in die Erforschung neuer Technologien, insbesondere im Bereich der Speichertechnik, für die Modernisierung der Strominfrastruktur investiert, bleibt es auch auf diesem Feld spannend zu beobachten, wie sich der israelische Energiemarkt zukünftig gestalten wird und welche neuen Gestaltungsspielräume im regional- und geopolitischen Kontext sich dadurch eröffnen.

2017 wurden ca. 70 % der israelischen Elektrizität aus Erdgas erzeugt.

die Bauarbeiten zu behindern bzw. zumindest zu verzögern.

90 Kilometer vor Haifa im Meer liegt das Gas

Bereits im Jahr 2008 wurden vor den israelischen Hoheitsgewässern im Mittelmeer Erdgas-Vorkommen entdeckt, die ein Exportpotenzial versprochen. Das Gasvolumen des etwa 90 Kilometer vor der Küste von Haifa gelegenen, 2013 erschlossenen Gasfeldes Tamar wird auf 282 Milliarden Kubikmeter geschätzt. Die Vorkommen des nur wenige Kilometer westlich gelegenen Offshore-Gasfeldes Leviathan werden gar auf 470 Milliarden Kubikmeter geschätzt. Im Oktober 2015 vereinbarte Netanjahu mit Russlands Präsident Wladimir Putin die Vergabe umfangreicher Konzessionen zur Entwicklung der Lagerstätte an Gazprom, um von der langjährigen Expertise des russischen Unternehmens profitieren zu können. Über die Hälfte der aktuell insgesamt nachgewiesenen Reserven in Höhe von ca. 900 Milliarden Kubikmetern sind für den Eigenverbrauch Israels vorgesehen. Damit wurde der nationalen Energieunabhängigkeit zunächst Priorität gegenüber den bereits damals zur Disposition gestandenen Exportbestrebungen eingeräumt. Nach Jordanien exportiert Israel bereits seit Januar 2017 eigenes Erdgas. Spätestens 2019 erwägt

anhaltenden Konflikte in Syrien sowie im Jemen wirken sich weiterhin negativ auf die regionale Wirtschaftsdynamik aus und es steht zu befürchten, dass Investoren vor den Risiken zurückschrecken, die eine Investition in das Pipeline-Netz des Mittleren Ostens vorläufig bereithält.

Für Israel kommt die geopolitische Bedeutung des Erdgases einer kleinen Revolution im Bereich der Energiepolitik zu: Vom langjährigen Rohstoffimporteur haben sich die Perspektiven mittlerweile hin zu einer fossilen Autonomie im regionalen Maßstab entwickelt, von zukünftigen Exportpotenzialen ganz zu schweigen. Damit gewinnt der jüdische Staat auch für seine Nachbarn an politischer Relevanz im Hinblick auf die Versorgung mit diesem wichtigen Energieträger. Da wirtschaftliche Prozesse bekanntlich dynamischer zu agieren vermögen als politische Verhandlungen, könnten sich daraus auch Perspektiven der Kooperation ergeben, die den arabischen Nachbarstaaten Ägypten und Jordanien eine neue Perspektive auf Israel eröffnet und den wechselseitigen Vertrauensaufbau fördert.

Für die Türkei ergibt sich die Perspektive, durch israelisches Erdgas einerseits die Abhängigkeit von russischen Lieferungen zu verringern, andererseits verspricht der geplante isra-

Die Wandlung des Jüdischen Museums Berlin zur anti-israelischen Institution

Eine neue von Cilly Kugelman kuratierte Ausstellung zu Jerusalem stellt Juden als tyrannische Invasoren dar

Von Eldad Beck (Israel haYom)

Vor etwa zwei Wochen und nur Tage nach US-Präsident Donald Trumps Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels wurde in einer der beliebtesten Touristenattraktionen in Berlin, im Jüdischen Museum, eine neue Ausstellung eröffnet. Mit gut 100 Quadratmetern ist die Ausstellung „Willkommen in Jerusalem“ riesig und beinhaltet hunderte Vitрины und Exponate.

Man hätte von dieser Art Ausstellung in einem solch wichtigen jüdischen Museum erwarten können Jerusalems einzigartigen Charakter als heiligste Stadt des Judentums zu betonen, ebenso möglicherweise eine Konzentration auf das historische Narrativ des Zionismus und des Staates Israel. Eine solche Ausstellung könnte auch in ausgewogener Weise die unterschiedlichen Religionen vorgestellt haben, die in der Stadt trotz des anhaltenden Konflikts koexistieren. Aber leider tut die Ausstellung nichts in dieser Art, sondern dient der Stärkung der Theorie muslimisch-arabischer Eigentümerschaft an der Stadt, hauptsächlich über eine einseitig Präsentation des arabisch-israelischen Konflikts. Ein historisches Dokument zum Konflikt, einer der Höhepunkte der Ausstellung, stellt Juden als tyrannische Invasoren dar.

Es notiert die von paramilitärischen jüdischen Organisationen angeblich begangenen Massaker und Terrorakte, während dieselben Taten komplett ignoriert werden, die von arabischen Banden unter Inspiration des Jerusalemer Muftis Haddsch Amin al-Husseini begangen wurden; ignoriert komplett die arabische Revolte der 1930er Jahre und Husseinis Kollaboration mit den Nazis; präsentiert einen ziemlich langen Ausschnitt eines Interviews mit „Palästinenser“-Führer Jassir Arafat aus der Frühzeit seiner Führungszeit, in dem der damalige PLO-Chef erklärt, dass die „Palästinenser“ keine andere Wahl haben als zu den Waffen zu greifen; und wiederholt die falsche Theorie, nach der die Ermordung von Premierminister Jitzhak Rabin im Jahr 1995 zum Stopp des Friedensprozesses führte, sowie



Kein Davidstern, dafür aber der moslemische Halbmond auf dem Wort „Jerusalem“.

die erwiesene Lüge, dass der damalige Oppositionsführer Ariel Scharon mit seinem Besuch auf dem Tempelberg im Jahr 2000 die Zweite Intifada auslöste. Kurz gesagt: Nach Angaben des Jüdischen Museums in Berlin sind die Juden die Bösen, die Araber die Opfer.

Einer der Kuratoren der Jerusalem-Ausstellung ist Cilly Kugelman, ehemalige stellvertretende Direktorin des Jüdischen Museums, deren postzio-

nistische Ansichten helfen das Museum in ein Aktivitätszentrum für Leute zu verwandeln, die Israels Existenz verneinen. Es ist wichtig festzuhalten, dass das Jüdische Museum keine Verbindungen zur örtlichen jüdischen Gemeinde hat und durch öffentliche Gelder finanziert wird, was bedeutet, dass das deutsche Establishment den ausgestellten Inhalt und die Nutzung des Museums zur Vermittlung einer Botschaft beein-

flussen kann. Fakt ist, dass genau das gemacht wird: Das Jüdische Museum dient dem deutschen Establishment in seinem bewussten Kampf gegen Israel unter dem Deckmantel einer vermeintlich jüdischen Einrichtung.

Trump's Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels diene dazu Deutschlands Scheinheiligkeit aufzudecken, was dessen Verbindungen zum jüdischen Staat betrifft: Letzte Woche stimmte Deutschland für eine von der Türkei und dem Jemen eingebrachte UNO-Resolution, die die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels durch die USA für „null und nichtig“ erklärte. Deutschland verriet zusammen mit den anderen großen Nationen der Europäischen Union ihr Bündnis mit den Vereinigten Staaten und Israel, um sich mit den widerlichsten Regimen der Welt bei der Verneinung des Rechts des jüdischen Staats Jerusalem als seine Hauptstadt zu bestimmen zusammenschließen – die Stadt, die den Juden am heiligsten ist.

Es ist an der Zeit Deutschlands wahres Gesicht zu entlarven; ein Land, das einen unablässigen Krieg gegen Israel sowohl in EU- als auch UNO-Institutionen führt, zur gleichen Zeit, in der es behauptet Israels Existenz und Sicherheit sei „Staatsräson“. Deutschland ist Europas größter Einzelspender für die „Palästinensische Autonomiebehörde“, aber es hat nie auch nur einmal daran gedacht zu fordern, dass die „Palästinenser“ im Gegenzug für all das zur Verfügung gestellte Geld etwas für den Frieden tun, wie der Gewalt und der antisemitischen Hetze ein Ende zu setzen. Während das angesichts der Geschichte Deutschlands offensichtlich sein sollte, scheint es so, dass es Berlin nicht so kristallklar ist. Deutschland zieht es vor einzig auf Israel Druck auszuüben – über die Finanzierung radikaler Organisationen, die den jüdischen Staat in aller Welt verleumdern.

Leider ist Deutschland kein Freund Israels. Das ist mindestens so lange so, wie es seine derzeitige Politik beibehält.

Übersetzung ins Deutsche von Heplev



Grunewald im Orient

Das deutsch-jüdische Jerusalem

Von Matti Goldschmidt

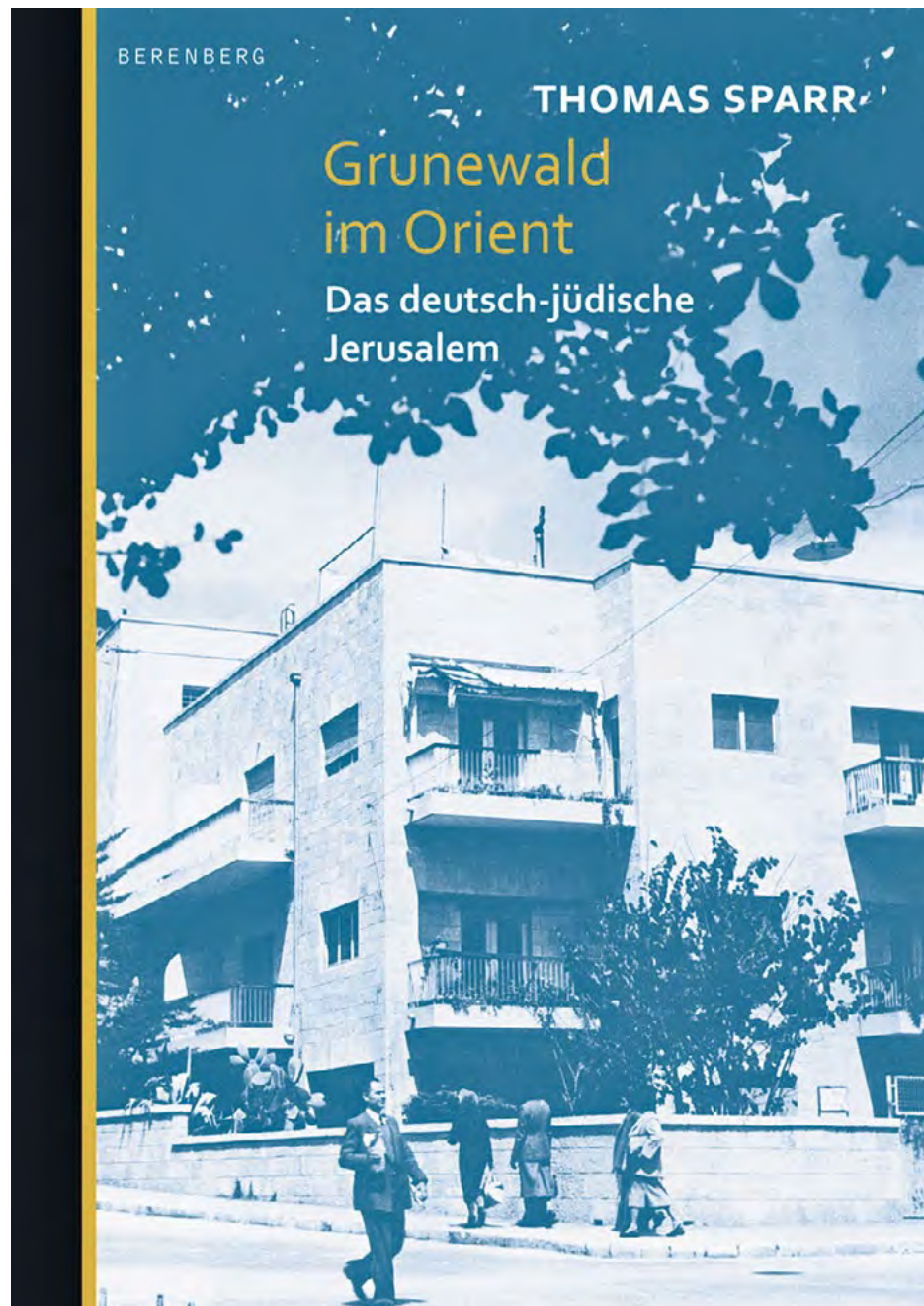
Der promovierte Literaturwissenschaftler und Autor des vorliegenden Buches, Thomas Sparr, wurde 1956 in Hamburg geboren. Von 1992-1998 verantwortete er das Programm des Jüdischen Verlages im Suhrkamp Verlag, wobei sein Fokus u.a. auf den Werken von Gershom Scholem, Else Lasker-Schüler und Paul Celan lag. Später wurde er Co-Geschäftsführer des Suhrkamp wie auch des Insel-Verlages. In den Jahren davor erhielt er nicht nur Lehraufträge an der Universität Hamburg oder der Ecole Normale Supérieure in Paris, sondern auch ab Herbst 1986 über drei Jahre an der Hebräischen Universität in Jerusalem, was ihn, 30 Jahre später, zu einer – ganz wertfrei – weit ausschweifenden Beschreibung des Jerusalemer Stadtteils Rechavia bewegte.

Die Weite Gottes

Der Name dieses Stadtviertels besteht aus einer Kombination der hebräischen Worte für Weite (rohav) und Gott (Yah), somit wörtlich „die Weite Gottes“. Nicht in Erfahrung zu bringen war, wie dieser neu zu errichtende Vorort überhaupt zu seinem Namen kam, d.h. welches Komitee nach welchen Kriterien zu einer Entscheidung gelangte – da half selbst die Encyclopedia Judaica nicht weiter (die übrigens Rehavyah buchstabiert, das Wort für Gott klarer hervorhebend). Letztendlich entstand das Stadtviertel auf dem Reißbrett des 1920 nach Palästina eingewanderten Architekten Richard Kauffmann (1887-1958), dem anfangs in Jerusalem eine leitende Position im gerade gegründeten Planungsbüro der Zentralstelle für Besiedlungsangelegenheiten in Jerusalem, später die Palestine Land Development Company (PLDC), angeboten wurde. Bereits zwei Jahre darauf wurde Kauffmann, an seiner Seite Lotte Cohn (1893-1983, ab 1921 in Palästina), mit der Gestaltung einer Gartensiedlung auf einem Gelände beauftragt, das die PLDC kurz zuvor, nämlich am 12. Juni 1922, von der griechisch-orthodoxen Kirche erworben hatte. Es gäbe „unter sozialen, gesundheitlichen, moralischen und künstlerischen Gesichtspunkten“ keine bessere Siedlungsform als eine Gartenstadt, die „Licht, Luft und Grün böten“. Außerdem sollten große Gärten eine dörflich ruhige Atmosphäre ausstrahlen.

Jerusalem in den 1930er Jahren

Wie muss man sich das Rechavia von damals vorstellen? In den Worten der



Berliner Schriftstellerin und Journalistin Gabriele Tergit (1894-1982), insbesondere bekannt durch den 1931 veröffentlichten Roman „Käsebier erobert den Kurfürstendamm“, auch wenn sie lediglich ab 1933 nur kurze fünf Jahre in Palästina lebte: Villenstadt der Wohlhabenden, moderne Häuser, mit weißgrauen Quadern aus dem Stein der Landschaft, mit Vorgärten, flachen Terrassendächern, schlitzförmigen Loggien, Zentralheizung, Fliegennetzen, steinernen Fußböden für den glühenden Sommer... Vor knapp hundert Jahren las sich das in einem deutschen Werbeprospekt dann wie folgt: „Ruhige kühle Lage, Garten und Dachterrasse, schöne, moderne Zimmer mit fließendem Wasser“ und vor allem „mäßige Preise“. Neben den reinen Wohneinheiten gab es aber

auch, beschränkt auf zwei Hauptstraßen, einen vielfältigen Einzelhandel, wie beispielsweise ein Hutgeschäft, Meislers Elektroladen, verschiedene Buchläden (im Buchladen von Ludwig Mayer, 1879-1978, im Jahre 1908 aus Prenzlau eingewandert, seit 1935 in der Shlomzion-Hamalka-Straße nahe dem Hauptpostgebäude ansässig, konnte ich noch bis vor etwa fünfzehn Jahren in akzentfreiem Deutsch bedient werden), ein Kino (seit mindestens zwei Jahrzehnten gibt es jedoch im Zentrum Jerusalems kein einziges Kino mehr), unabdingbar mehrere Modegeschäfte sowie einen Eisenwarenhandel.

Deutsch als lingua franca

Als bald gründeten die in Rechavia lebenden Deutschen eigene Bürgerein-

richtungen, darunter beispielsweise auch Hebräischkurse. Für die gut besuchten Vorlesungsreihen konnte etwa nicht nur Martin Buber mit Vorträgen über die Grundlehren des Chassidismus gewonnen werden; in ihren Fachgebieten wirkten u.a. auch der Philosoph Samuel (Schmuel) Hugo Bergmann (1883-1975, ab 1919 in Palästina), der Orientalist Fritz (Shlomo Dov) Goitein (1900-1985, ab 1924 in Palästina), der Religionsphilosoph Yitzchak (Julius) Guttman (1880-1950, ab 1934 in Palästina), der Historiker Richard Koebner (1885-1958, ab 1933 in Palästina) oder auch der Religionshistoriker Gerhard (Gershom) Scholem (1897-1982, ab 1923 in Palästina). In jedem Falle blieb Deutsch, vor allem in privaten Gesprächen, die lingua franca der Einwanderer aus Mitteleuropa. Nicht etwa aus inniger Verbindung zu Deutschland, da wäre wohl eher das Gegenteil der Fall gewesen, sondern weil es einfach die natürliche Sprache war, in der sich alle, auch sehr gute Hebraisten wie Gershom Scholem, am Besten auszudrücken vermochten. Konfektionsmäßig hielt man ebenfalls am Gewöhnten fest: So trugen die mitteleuropäisch geprägten Herren vor nun eher orientalischer Kulisse weiterhin nach wie vor Anzug mit Schlips und Kragen, während die Damen in Kostümen durch das neu entstandene Viertel flanierten.

Schnitzel vs. Arabische Küche

Was das Kulinarische betreffen sollte, so wurde in Rechavia typisch deutsch gekocht: Etwa Spinat mit Bratkartoffeln und einem Spiegelei oder Würstchen mit Senf und Kartoffelsalat. Hähnchenbrust wurde flachgeklopft und paniert als „Wiener Schnitzel“ angeboten. Entsprechend blieb die arabische Küche für die meisten Jeckes über Jahrzehnte tabu. Lediglich mit dem Obst in Form von frischen Orangen, Zitronen, Bananen, den bis dato unbekannteren Kakifrüchten oder auch frühen Erdbeeren sowie dem Gemüse (neben den bekannten Tomaten, Gurken oder Blumenkohl nun auch Auberginen und Avocados) näherte man sich seinem neuen nahöstlichen Umfeld. Selbstverständlich gab es auch eine reiche Auswahl an deutscher Backkunst: Außer dem Käsekuchen durfte insbesondere die geliebte Schwarzwälder Kirschtorte niemals fehlen. Gerhard (Gad) Granach (1915-2011, ab 1936 in Palästina) erzählt in einem Zeitungsartikel aus dem Jahre 2007: „Für die Jeckes war das Atara ein Stück Heimat. Man ging ins Café, um zu sehen und gesehen zu werden. Jeder kannte jeden. Oben, im ersten Stock des alten Atara, saßen die Jüngeren. Die Älteren, die die Treppen nicht mehr schafften, saßen unten. Und jeder hatte „seine“ Kellnerin. Das waren keine kleinen Aushilfsmädchen, sondern gestandene Frauen, die oft jahrelang dort gearbeitet haben“.

Mit Schreibmaschine ins Kaffeehaus

Im kleinen Zentrum der Stadt, vor allem in der Ben-Jehuda-Straße, waren die Kaffeehäuser streng nach Nationalitäten aufgeteilt; Ungarn, Polen oder Jeckes saßen eher nicht zusammen. Die Kaffeehäuser, die, analog zu deutschen Lesezirkeln, allesamt mit vielerlei an aktuellen Tageszeitungen und Illus-

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 70 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.



Blick über das Rehavia-Viertel in Jerusalem

trierten aufwarteten, hatten Namen wie Café Alaska, Café Vienna, Café Sichel oder Café Europa; das Café Hermon beispielsweise bot auf einer Werbetafel in deutscher Sprache „Eis, Kuchen und Sahne frei Haus“ an, außerdem einen „schönen Garten“ sowie „die bekannten Erfrischungen“. Heute jedoch existiert seit bereits mehreren Jahrzehnten kein einziges dieser Treffpunkte mehr; als Letztes schloss das Café Atara. Mit Wehmut sind die Tage in Erinnerung gebracht, an denen Intellektuelle ihre mechanischen Schreibmaschinen mitschleppten, um in Gesprächspausen während ihrer stundenlangen Kaffeehausaufenthalte ihre Gedanken auf Papier brachten. Die Delikatessenläden wiederum hießen Sternschuß oder Futter, die unter anderem auch wunderbaren, dünn geschnittenen Schinken im Angebot hatten (arabische Christen, etwa aus Nazareth, sorgten für entsprechenden Schweinefleischnachschub); Koscheres gab es dort sicherlich nicht zu kaufen.

Prominente Namen

Im etwas umfangreicheren zweiten Teil des Buches beschreibt Sparr die Lebensläufe einiger der im Stadtteil Rechavia Sesshaften, unter denen die Namen von Gershon Scholem, dem marxistischen Schriftsteller George Lichtheim (1912-1973, von 1934-1945 in Palästina), den Literaturwissenschaftlern Ludwig Strauß (1892-1953, ab 1935 in Palästina) und Werner Kraft (1896-1991, ab 1934 in Palästina), der Sprachwissenschaftlerin Lea Goldberg (1911-1970, ab 1935 in Palästina), der Journalistin und Psychotherapeutin Anna Maria Jokl (1911-2001, ab 1965 in Israel) oder auch der Publizistin Hannah Arendt (1906-1975, 1961 während des Eichmannprozesses in Jerusalem) nicht fehlen sollten. Ein themenbezo-

genes Literaturverzeichnis schließt das Buch ab, andererseits wird ein Personenregister schmerzlich vermisst. Insgesamt jedoch handelt es sich mit dem vorliegenden Buch um eine flüssig zu lesende, informative Lektüre, die auch denjenigen Lesern das atmosphärische Leben eines Stadtteils Jerusalems durch die Jahrzehnte näherbringt, ohne dar-



Hannah Arendt

in jemals wissentlich einen Schritt gemacht zu haben.

Burger King

Denn heute, im Jahre 2018, ist aus dem auf ursprünglich kargen und felsigem Boden erbauten und schließlich begrüneten Rechavia eine eher betonversiegelte Landschaft geworden: Viele der ehemals großangelegten Vorgärten mussten Hauserweiterungen oder provisorischen Parkplätzen weichen, die Gärten machen einen eher vernachlässigten Eindruck. Die an den heutigen Ansprüchen gemessenen viel zu eng angelegten, weil insbesondere ausschließlich zum Flanieren geplanten Straßen halten dem jährlich ansteigenden Durchgangsverkehr kaum mehr stand, die meisten Straßen wurden längst als Einbahnstra-

ßen deklariert. Und die vormaligen breiten Bürgersteige, nun so schmal, dass kaum zwei Personen bequem nebeneinander gehen können, mussten weiteren Parkplatzmöglichkeiten weichen – an Tiefgaragen in einer „Gartenanlage“ hatte man um 1930 natürlich auch nicht im Entferntesten gedacht. Schließlich verpesten laut vorbeifahrende Autobus-

von Burger King übernommen – allerdings für überwiegend Englisch sprechende Touristen.

Die deutschen Templer

Bedauerlich, dass die Welt der deutschen Templer, vormalig in der unmittelbaren Nachbarschaft zu Rechavia gelegenen, nach ihnen benannten Deutschen Kolonie (Hamoschavah Hagermanith), in Sparrs Berichten nur in zwei Nebensätzen Erwähnung fand. Zweifelsohne bildeten auch sie mit ersten Siedlungsversuchen ab 1870, also noch gut vor Beginn des modernen Zionismus, einen Teil des deutschen Jerusalems, auch wenn er, ganz im Einklang mit dem Buchtitel, nicht unter „deutsch-jüdisch“ fällt und es wahrscheinlich so gut wie keine Berührungspunkte innerhalb dieser beiden Gruppierungen gab, sieht man von den rein technischen Aspekten wie Sprache und Herkunft ab. Schließlich handelte es sich bei vielen Templern während der Nazizeit auch in Palästina um offen bekennende Nationalsozialisten, selbst wenn sie sich wiederholt vom Antisemitismus zu distanzieren versuchten. Die eine Hälfte der weit über eintausend in Palästina lebenden Templer wurde 1941 in Australien interniert, die andere musste spätestens mit der Staatsgründung Israels wieder zurück in die ursprünglich württembergische Heimat. Allerdings kam der Staat Israel nicht umhin, 1962 im Rahmen der sog. Wiedergutmachungsverhandlungen für das konfiszierte palästinadeutsche (Templer-) Eigentum rund 54 Millionen D-Mark als Entschädigung aufzubringen.

Thomas Sparr
Grunewald im Orient – Das deutsch-jüdische Jerusalem
 Berlin 2018 (184 S., Berenberg Verlag, € 22,00)
 ISBN 978-3-946334-32-3

Raoul Wallenberg – Diplomat im menschenrettenden Einsatz

Vor 73 Jahren verschwand der schwedische Judenretter Wallenberg spurlos zwischen Budapest und Moskau

Von Matthias Dornfeldt

Raoul Wallenberg wurde am 4. August 1912 als Spross einer bekannten schwedischen Bankiers- und Unternehmerfamilie geboren. Sein Vater, Marineoffizier, starb vor Raouls Geburt, weswegen sein Großvater Gustav Wallenberg, schwedischer Diplomat, sich um die Erziehung seines Enkels kümmerte. Er versuchte, Raoul der Familientradition entsprechend für das Bankgewerbe zu interessieren. Im Gegensatz dazu ging Raoul 1931 an die Universität von Michigan/USA, Ann Arbor, wo er Kunst und Architektur studierte und 1935 abschloss. Der Großvater vermittelt ihm dann eine Stelle bei einer schwedischen Firma in Südafrika, von dort wechselte er zur Niederlassung einer holländischen Bank in Haifa. Hier trifft Wallenberg zum ersten Mal auf Juden, die aus Deutschland entflohen sind. Ihre Berichte über Verfolgungen, Willkürakte und erste Anzeichen von Konzentrationslagern schockierten ihn und prägten sein weiteres Leben. 1936 kehrt er nach Stockholm zurück, wo er Teilhaber einer Import- und Exportfirma wird, die dem ungarisch-jüdischen Geschäftsmann Koloman Lauer gehört.

Bei Geschäftsreisen ins Deutsche Reich und nach Ungarn tritt er mit einflussreichen Vertretern aus Politik und Wirtschaft in Verbindung. In Budapest wird er sogar vom ungarischen Staatschef, Reichsverweser Miklos Horthy, empfangen. 1941 trat Ungarn an der Seite Hitler-Deutschlands in den Krieg ein. Als sich der Kriegsausgang abzeichnete und es Anzeichen gab, dass Horthy mit den Alliierten heimlich verhandelte, besetzten am 19. März 1944 deutsche Verbände Ungarn („Unternehmen Margarethe“); als Horthy im Oktober 1944 einen Waffenstillstand mit den Alliierten verkündete, wurde er unter deutscher Regie gestürzt und in Deutschland interniert. Zuvor hatte er den Chef der rechtsradikalen „Pfeilkreuzler“, Ferenc Szálasi, zum Ministerpräsidenten ernannt, der Ungarn an der Seite Hitlers hielt, bis die Sowjets im Winter 1944/45 das Land besetzten und in Debrecen ihr Hauptquartier einrichteten; hier auch befand sich der Sitz der Provisorischen Ungarischen (kommunistischen) Regierung.

1944 kamen die ungarischen Juden unter direkten deutschen Einfluss

Die deutsche Besetzung Ungarns bedeutete für die knapp 700.000 Juden im Land allerhöchste Gefahr: Nun würden auch auf sie die Beschlüsse der Berliner Wannseekonferenz (1942) zur „Endlösung der Judenfrage“ angewendet. Immerhin hatte der berühmte Adolf Eichmann bis Anfang Juli 1944 bereits 476.000 ungarische Juden nach Auschwitz deportieren und vernichten lassen. Der Jüdische Weltkongress, der zu dieser Zeit in Stockholm tagte, beriet Maßnahmen zum Schutze der Menschen mosaischen Glaubens. Schweden als neutraler Staat verfügte in dieser Hinsicht über besondere Möglichkeiten. Das „War Refugee Board“, auf Initiative



Dokumente von und über Wallenberg

des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt gegründet, stellte umfangreiche Mittel für die Ungarn-Hilfe zur Verfügung. Als schwedischer Emissär wurde zunächst Graf Folke Bernadotte, der Vorsitzende des Schwedischen Roten Kreuzes, vorgeschlagen, doch als Koloman Lauer, der Ungarnexperte auf dem Kongress, seinen Geschäftspartner Raoul Wallenberg ins Gespräch bringt, ist das Echo von allen Seiten positiv. Er wird im Rang eines Legationssekretärs als Leiter der Abteilung „Humanitäre Angelegenheiten“ an die schwedische Gesandtschaft nach Budapest entsandt; die Stockholmer Regierung bestätigt ausdrücklich seine besonderen Vollmachten.

Der Retter der Budapester Juden

Im Juli 1944 trifft Raoul Wallenberg in Budapest ein. Schnelles Handeln ist gefordert; Schutzmaßnahmen für die in Budapest verbliebenen Juden sind von höchster Dringlichkeit. In Zusammenarbeit mit Carl Lutz von der Schweizer Vertretung und den Vertretern des IKRK, der portugiesischen Repräsentanz, der

spanischen Botschaft und Nuntius Monsignore Angelo Rotta richteten diese Staaten 30 „Schutzhäuser“ ein, in denen Verfolgte Zuflucht fanden und von den ausländischen Missionen versorgt wurden.

Getarnte Gebäude

Die Gebäude (getarnt, als „Schwedische Bibliothek“, „Schwedisches Forschungsinstitut“ usw.) sind durch die Flagge des jeweiligen Schutzstaates kenntlich gemacht. So entstanden zwei Ghettos: eines in angemieteten, zum exterritorialen Gebiet erklärten Gebäuden mit etwa 33.000 Menschen und eines, das zentrale Ghetto, das die Deutschen und die ungarischen „Pfeilkreuzler“ (Nyilas) kontrollierten, mit ca. 80.000 Bewohnern. Die Versorgung dieser Ghettos mit Lebensmitteln organisierte hauptsächlich Wallenberg. Außerdem stellten Raoul Wallenberg und seine internationalen Mitstreiter Schutzpässe aus, die völkerrechtlich zwar keine Bedeutung hatten, jedoch ihre Wirkung auf ungarische und deutsche Stellen nicht verfehlten.

Am 6. August 1944 schrieb Wallenberg an seine Mutter in Stockholm:

„Liebe Mutter! Ich habe hier vielleicht die interessantesten 3-4 Wochen meines Lebens mitgemacht, zwar sieht man ringsherum eine Tragödie von unermesslichem Ausmaß, aber die Tage und Nächte sind so von Arbeit gefüllt, dass man nur ab und zu reagieren kann. – Ich habe ein großes Bureau von 40 Leuten errichtet. Wir haben zwei Häuser an beiden Seiten von der Gesandtschaft gemietet, und die Organisation wächst täglich weiter. Es ist natürlich äußerst unklar, ob ein positives Resultat erzielt werden kann, da dies hauptsächlich von der allgemeinen Lage abhängt. – Viele Leute sind verschwunden [...]. Das sonst so frohe Budapest hat sich ganz verändert. Die Frauen von den besseren Familien haben zum großen Teil die Stadt verlassen, und die Männer sind an der Front. Das Geschäftsleben ist völlig lahmgelegt. Es wird fast nur politisiert. [...]“

Die neue Regierung unter Ferenc Szálasi wollte die Schutzpässe der neutralen Staaten nicht mehr anerkennen. Es gelang Wallenberg aber über seine Kontakte zu Elisabeth Kemeny, der Gattin des ungarischen Außenministers, die Gültigkeit der lebensrettenden Dokumente zu verlängern. Auch empfing Frau Kemeny in ihrer Position als Präsidentin des Ungarischen Roten Kreuzes Verfolgte und besorgte ihnen über den deutschen Gesandten Edmund Veesenmayer Ausreisevisa. Gegen Ende des Jahres 1944 versank Budapest im Chaos: Die Rote Armee kesselt die Donaumetropole ein, die Regierung verlagert ihren Sitz nach Sopron (Ödenburg). Auf den Straßen übernehmen marodierende „Pfeilkreuzler“-Banden das Kommando. Immer häufiger kommt es zu Übergriffen; die Menschen in den „Schutzhäusern“ sind nicht mehr sicher. Schließlich gelang es Wallenberg und seinen Mitstreitern, die Liquidierung des zentralen Ghettos zu verhindern – und in den letzten Kriegstagen abzutauchen. Etwa 70.000 Juden haben in den Ghettos von Budapest überlebt – nicht zuletzt durch das Wirken Raoul Wallenbergs; von den 700.000 ungarischen Juden sind immerhin 250.000 mit dem Leben davongekommen.

Gefangener der Sowjetunion

Als sich Wallenberg einem sowjetischen Offizier als Geschäftsträger der „Königlich-Schwedischen Gesandtschaft in dem von der Roten Armee befreiten Teil Ungarns“ vorstellt und über seine Tätigkeit berichtet, ist der Major misstrauisch. Er fordert den mutigen Schweden auf, ihm ins sowjetische Hauptquartier nach Debrecen zu folgen, wo Wallenberg angeblich mit Marschall Rodion Malinowski, dem sowjetischen Befehlshaber, zusammenkommen soll. Das kam auch Wallenberg entgegen, wollte er doch mit den neuen Autoritäten detaillierte Hilfsmaßnahmen für seine jüdischen Schützlinge bereden. Als er sich am 17. Januar 1945 von seinen engsten Mitarbeitern verabschiedet, meint er, er wisse nicht ob er Gast oder Gefangener der Sowjets sein werde.

Leonid Breschnew

Von diesem Punkt beginnen die Rätsel, denn Raoul Wallenberg kehrt nicht zurück. Während die Botschafterin der UdSSR in Stockholm, Alexandra Kollontai, der Gattin des schwedischen Außenministers Günther und Familienangehörigen mitteilte, Raoul Wallenberg halte sich unter guten Bedingungen in der UdSSR auf und werde bald in seine Heimat zurückkehren, meldete der ungarische kommunistische Sender „Radio Kossuth“ am 8. März 1945, der Diplomat und sein Fahrer seien auf der Fahrt nach Debrecen von der Gestapo oder „Pfeilkreuzlern“ ermordet worden. Nach späteren Zeugenaussagen wurden Wallenberg und sein Chauffeur Vilmos Langfelder jedoch noch am 17. Januar in der Nähe von Budapest der sowjetischen Spionageabwehr „SMERSch“ übergeben. Angeordnet hatte das Generalmajor Leonid Breschnew, Politoffizier der 18. Armee und später KPdSU-Generalsekretär, jedoch kam die Anweisung von höherer Stelle direkt aus Moskau. Da Schweden seine relativ guten Beziehungen zur UdSSR nicht aufs Spiel setzen wollte, hielt es diese Information lange geheim.

Es wurde darüber gerätselt, warum die Sowjets Wallenberg verschleppt haben. Am häufigsten stößt man auf die Vermutung, die Sowjets hätten ihn für einen Agenten des US-Geheimdienstes OSS (Vorläufer der CIA) gehalten, da der OSS-Repräsentant an der US-Botschaft in Stockholm, Finanzattache Iver Olson, maßgeblich an der Nominierung Wallenbergs für die Budapester Mission beteiligt war und da die Mittel seines Wirkens in Ungarn aus amerikanischen Quellen stammten. Auch war der Führung um Stalin, die in der Sowjetunion gerade eine Vernichtung der jüdischen Intelligenz vorbereitete, dieser Schwede, der noch nicht einmal Karrierediplomat war, wegen seiner Aktionen zur Rettung von Juden höchst suspekt. Anderen Spekulationen zufolge sei Wallenberg Doppelagent von Amerikanern und Deutschen gewesen, weil er gute Kontakte zu den deutschen Besatzungsbehörden gehabt hatte. – Ganz abwegig erscheint die Theorie, wonach Wallenberg für die UdSSR gearbeitet habe, und die Sowjets hätten sie ihn nicht mehr freigelassen.

Gefangener der Sowjets

Auf jeden Fall kam Wallenberg mit seinem Chauffeur Langfelder ins Moskauer Ljubjanka-Gefängnis. Allerdings behauptete 1947 der damalige stellvertretende sowjetische Außenminister, Andrej Wischinskij, auf schwedische Anfragen hin, Wallenberg sei bei den Kämpfen um Budapest gefallen. In Wahrheit hätten die Sowjets – so erfuhr man in Stockholm später von einstigen Mitgefangenen – Raoul Wallenberg als Faustpfand bzw. Druckmittel zurückbehalten, weil die Bankiers Jacob und Marcus Wallenberg, Verwandte von Raoul, damals Kredite des Westens an die Sowjetunion blockierten.

Unter den 1955 aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft entlassenen Offizieren der Wehrmacht sagten mehrere aus, sie hätten zu verschiedenen Zeiten mit Wallenberg die Zelle geteilt. Eine Anfrage der schwedischen Regierung bei KPdSU-Chef Chruschtschow wurde mit der Mitteilung beantwortet, einer Notiz zufolge sei Wallenberg am 17. Juli 1947 im Moskauer Ljubjanka-Gefängnis vermutlich einem Herzinfarkt erlegen. Somit sei er ein Opfer stalinistischer Repressalien.

Wallenbergs Schicksal: weiterhin ungeklärt

In Stockholm gingen weiterhin Aussagen ein, Raoul Wallenberg sei noch Anfang



Denkmal für Raoul Wallenberg in Buenos Aires

der 1980er Jahre gesehen worden. Am häufigsten war vom Gefängnis in Wladimir, unweit von Moskau, die Rede, häufig auch von psychiatrischen Kliniken. Weltweit engagieren sich viele Menschen für die Aufklärung von Wallenbergs Schicksal. Israel zählt ihn zu den „Gerechten der Völker“; er ist Ehrenbürger verschiedener Städte in Kanada und den USA. Straßen, Plätze und Schulen in der ganzen Welt tragen seinen Namen. Rund um den Globus gibt es weit mehr als 20 Komitees, die sich mit Wallenberg beschäftigen. Bücher und Filme, die über ihn berichten, gehen in die Dutzende.

Eine russisch-schwedische Regierungskommission, die fast zehn Jahre tätig war, legte 2000 ihren Abschlußbericht vor. Das Ergebnis: Wallenbergs Schicksal bleibt zwischen Moskau und Stockholm umstritten. Die russischen Kommissionsmitglieder bezeichneten den Tod Wallenbergs 1947 als erwiesen, während die schwedische Seite dies als unwahrscheinlich einstufte. Eine eindeutige Klärung des Schicksals war nach schwedischer Auffassung zum damaligen Zeitpunkt nicht möglich. Möglicherweise sei er erst 1989 unweit von Moskau gestorben.

1979 gründete Dr. Rafael Korenzecher, Herausgeber der JÜDISCHEN RUNDSCHAU, in Berlin die wohltätige Raoul-Wallenberg-Loge, als deren erster Präsident er fungierte. Aktueller Präsident ist Dr. Andras Kain. Weitere Infos zur Loge unter www.r-w-loge.de

*Literaturhinweis:
Gann, Christoph:
Raoul Wallenberg. So viele Menschen retten wie möglich,
Verlag C.H.Beck,
München 1999*

Kampfkunstschule Mikoyan Karate, Kampfkunst, Selbstverteidigung

Kampfkunst und Nahkampf wie Systema liegen voll im Trend. Wachsende Kriminalität macht Selbstverteidigung immer wichtiger. Der erfolgreiche Weg zur körperlichen und geistigen Stabilität beginnt mit der Wahl der richtigen Kampfschule. Aram Mikoyan hat diesen Trend erkannt und bietet in seiner Kampfkunstschule auf die Bedürfnisse der Schüler abgestimmten Unterricht.

Er schult den Umgang und das Verhalten in möglichen Gefahrensituationen und stärkt zugleich das Selbstbewusstsein. Ob Manager, Hausfrau oder Schüler, jeder kann in eine gefährliche Situation geraten. So bietet die Kampfsportschule verschiedenste Kurse bereits ab dem 3. Lebensjahr.

Von Kinderkarate, Frauen-Selbstverteidigung bis Senioren-Selbstverteidigung dienen die Kurse der Stärkung des Selbstbewusstseins, der Verbesserung der Konzentrationsfähigkeit und dem Stressabbau. Die Kampfkunstschule bietet auch Kurse in den Bereichen Karate, Nahkampf Systema, Kyokushinkai, Tae-Kwon-Do, Kickboxen, Thaiboxen, Boxen, MMA.

Die Kampfkunstschule zeigt sich mit erfahrenen und erfolgreichen Meistern in einer puristischen und angenehmen Unterrichtsatmosphäre und einem qualitativ hochwertigen Equipment.

Im Trend liegt auch der angebotene Nahkampfstil „Systema“. Aram Mikoyan trainierte selbst 8 Jahre beim Schöpfer des Stils und kann dadurch das Original aus erster Hand wiedergeben.

Wir befinden uns im Herzen der City Berlin West, nur wenige Gehminuten vom Kurfürstendamm, in der Uhlandstraße.



Kontakt:
Uhlandstraße 19 10623 Berlin
Tel.: +49 (0)30 88 6281 80
eMail: kontakt@kampfkunstschule-mikoyan.de
Weitere Informationen unter
www.kampfkunstschule-mikoyan.de



**KAMPF
KUNST
SCHULE
MIKOYAN**

Gelebter Zionismus: Die Bricha (erster Teil)

Jüdische Fluchtgeschichten aus Spanien, Südtirol, Rumänien und Litauen

Von Karl Pfeifer

Während des Zweiten Weltkrieges bedeutete die Flucht von Juden aus dem Herrschaftsgebiet Nazideutschlands Lebensrettung. Schon als junges Mitglied der zionistisch-sozialistischen Jugendbewegung Haschomer Hazair in Budapest hörte ich vom Tjijul, dem Ausflug. So nannten die zionistischen Jugendbewegungen die Flucht ungarischsprachiger junger Juden aus der Slowakei nach Ungarn. Komplizierter und noch gefährlicher war die Flucht aus Polen über die Karpaten und die Slowakei nach Ungarn. Diese Fluchtbewegung begann 1940 und wurde Tjijul gadol, der „große Ausflug“ genannt.

Juden flüchteten ins faschistische Spanien

Es gab während des Zweiten Weltkrieges einige größere Fluchtbewegungen: Nach der französischen Niederlage flüchteten im Mai und Juni 1940 50.000 Menschen aus dem nicht besetzten Teil Frankreichs nach Spanien. Viele davon waren Juden. Die jüdische Pfadfinderbewegung in Frankreich (Éclaireurs Israelites de France) schmuggelte jüdische Kinder nach Spanien und in die Schweiz.

Von 1939 bis 1941 flüchteten insgesamt 400.000 Juden aus Polen und den baltischen Ländern nach Russland oder wurden dorthin deportiert. Im Juli 1942 konnten 4.000 Juden die Sowjetunion Richtung Naher Osten verlassen, die meisten von ihnen gelangten nach Erez Israel.

Im Januar und Februar 1943 erfolgten zwei Kinder- und Jugendtransporte aus Budapest nach Haifa (125 Personen), im März 1943 ein Transport von Bukarest nach Haifa (75 Personen). In allen drei Transporten befanden sich auch Jugendliche, denen die Flucht aus Polen gelungen war. Während des Monats September 1943 flüchteten Tausende Juden aus dem von der Wehrmacht besetzten Norditalien in die Schweiz. Im Oktober wurden 7.000 Juden aus Dänemark mit Hilfe der dänischen Widerstandsbewegung nach Schweden gebracht.

Jüdische Fallschirmspringer über Europa

Die ersten jüdischen Fallschirmspringer aus dem Mandatsgebiet Palästina wurden 1943 über Europa abgesetzt, um jüdischen Widerstandsbewegungen zu helfen und Juden zu retten. Nach der deutschen Besetzung Ungarns 1944 flüchteten junge Juden aus Ungarn in die Slowakei. Der aus den von der Roten Armee befreiten Gebieten und Ländern spontan einsetzende Fluchtbewegung überlebender Juden war illegal oder nur teilweise legal. Es waren nicht nur junge Menschen, die diese Strapazen auf sich nahmen, sondern ganze Familien, Kinder und Alte. Die Flüchtenden konnten nie sicher sein, ob sie auch im damaligen Mandatsgebiet Erez Israel ankommen, denn die Mandatsmacht bekämpfte die illegale Einwanderung und kein anderes Land öffnete seine Tore für Juden.

Bricha war nicht nur der hebräische Name für diese Flucht, sondern auch die Bezeichnung der Organisation, die sehr bald die Flucht organisierte. Diese umfasste ca. 250.000 Juden aus Osteuropa, die mit der Haapala, der illegalen Einwanderung in der Zeit von 1944 bis



Abba Kovner war vor allem in Litauen tätig.

zur Gründung des Staates Israel am 15. Mai 1948 nach Erez Israel gelangten. Die allermeisten waren Überlebende der Schoa. Antisemitismus war nur zum Teil Auslöser der Bricha. Denn auch der schlimmste Nachkriegsanti-

tät und/oder die Hoffnung, nach dem Krieg dafür entschädigt zu werden.

Eine der ersten Städte, die in der westlichen Ukraine befreit wurde, war die bis 1939 polnische Stadt Rovno, dort schlossen sich Anfang Februar

engsten Freunde waren sein Bruder Abraham und ein ehemaliges Mitglied der kommunistischen Jugend „Pascha“ (Yitzhak) Rajchmann, der während des Krieges seine Anschauung wechselte. Das Gebiet befand sich unter sowjetischer Herrschaft und jeder Versuch, dieses Gebiet zu verlassen, galt als Verrat und wurde schwer bestraft. Eine Organisation, die nicht von der kommunistischen Partei oder der Regierung gefördert wurde, war verdächtig bzw. illegal. Zionismus oder ähnliche Bewegungen waren in der Sowjetunion seit den 1920er Jahren verboten. In dieser Lage war die einzige Möglichkeit sich zu organisieren, die Schaffung einer Religionsgemeinschaft. Die von den Lidovsky-Brüdern und Rajchmann gegründete Gruppe war nicht religiös. Aber sie sorgten dafür, dass ein junger Rabbiner diese Gemeinschaft vor den Behörden vertrat.

Judenfeindliche Ukrainer

Es dauerte nicht lange, bis Eliezer Lidovsky und seine Freunde begriffen, dass ein Leben für Juden in diesem Gebiet praktisch und psychologisch unmöglich war. Die NS-Besatzung hinterließ eine Erbschaft des Antisemitismus; ukrainische nationalistische Banden unter der Führung von Stepan Bandera griffen sowjetische Funktionäre und Juden an. Weil es in Rovno unmöglich war weiterzuleben, kamen neun Juden in der Wohnung eines Arztes zusammen und sieben von ihnen stimmten Eliezer Lidovskys Plan zu, aus der Stadt zu flüchten. Um das zu erreichen, meldeten sich vierzehn Juden als Handwerker-Kooperative an. Sie erhielten ein Haus, das zum Zentrum des Empfangs und der Fürsorge für Flüchtlinge wurde, die aus den Dörfern zurückkehrten und insbesondere von ca. 300 Waisen, die in Dörfern überlebt hatten.

Die Synagoge wurde Eigentum der neuen Religionsgemeinschaft und ein weiteres Empfangszentrum mit einer Küche konnte ebenfalls dort installiert werden. All das wurde ermöglicht durch die Hilfe von früheren Partisanen, Freunden von Lidovsky, die jetzt diese Stadt verwalteten. Es schlossen sich viele Überlebende an, doch ihr Kern bestand aus zwölf Männern und Frauen, die – was heute pathetisch klingen mag – schworen, nach Erez Israel zu gelangen und so viele Juden wie möglich mitzunehmen.

Im Mai 1944 erhielten 350 Juden, darunter auch Offiziere und Soldaten der Roten Armee, die Erlaubnis, die Stadt zu verlassen, um die Massengräber der 20.000 ermordeten Juden von Rovno in Ordnung zu bringen. Am Abend wurde eine Gedenkveranstaltung abgehalten und Lidovszky sprach vom Bedürfnis, diese Gräber jetzt zu verlassen, um einen neuen Ort zum Leben zu finden. Er wurde verstanden und erhielt großen Beifall.

Bandera ließ nach Juden suchen

Im Sommer wurde eine Gruppe von fünf Partisanen von Rovno nach Czernauti (Czernowitz) geschickt, um einen Weg nach Rumänien zu finden. Rumänien war das nächstgelegene Nachbarland und wenn einer bereit war, langsame Bahnreisen in überfüllten Zügen mit häufigen Kontrollen der Geheimpolizei auf sich zu nehmen und sich

„ Es kam zu Fällen von Trunkenheit, nachdem die Überlebenden sich fragten: Warum sind wir am Leben geblieben? “

semitismus war etwas anderes als die Bestrebung der Nazis, die Juden zu vernichten. Das Motiv der Bricha war nicht zuletzt eine Vorstellung, wie man sein zukünftiges Leben gestalten wollte. Man flüchtete nicht mehr vor dem sicheren Tod, sondern wollte ein neues Leben beginnen.

Die Anfänge

Im Herbst 1944, nach der Niederschlagung des Warschauer Aufstands stand die Rote Armee an der Weichsel. Litauen, Weißrussland, die westliche Ukraine und Teile von Ostpolen waren befreit. In diesem, früher dicht von Juden bevölkerten Gebiet blieben nur wenige am Leben. Es waren hauptsächlich Partisanen oder Familiengruppen, die im Wald überlebten oder Juden in Dörfern mit falschen Papieren, aber auch jüdische Kinder, die meisten davon Waisen, die von Bauern beschützt wurden. Der Grund dafür war einfache Humani-

1944 einige Tausend Partisanen der Roten Armee an, um die Stadt zu erobern. Unter ihnen waren 300–400 Juden, nach der Befreiung blieben ungefähr 250 von ihnen in der Stadt. Die ersten Wochen der Befreiung brachten den Juden Schock und Verzweiflung angesichts der Ruinen dessen, was einst eine große jüdische Gemeinde gewesen war. Es kam zu Fällen von Trunkenheit, nachdem die Überlebenden sich fragten: Warum sind wir am Leben geblieben? Und welchen Sinn soll es haben, in einer solchen Umgebung zu versuchen, das individuelle und gesellschaftliche Leben aufzubauen? Erst nach den ersten Wochen der Demoralisation wandelte sich die Stimmung.

Einer der überlebenden Partisanen hieß Eliezer Lidovsky. Er war vor dem Krieg Mitglied der „linken“ zionistischen Jugendbewegung Dror, hatte jedoch während des Krieges als Partisan jede Verbindung zu ihr verloren. Seine



Die Partisanin Rushka Korczak (dritte von rechts)

der Gefahr auszusetzen, von Banderas ukrainischen Banden, die nach Juden in den Zügen suchten, ermordet zu werden, so war der Weg zur Grenze verhältnismäßig einfach.

Rumänien war mit Nazideutschland bis zum 23. August 1944 verbündet. An diesem Tag hatte der junge König Michael die Seite gewechselt und sich als Alliierter der Sowjetunion und des Westens erklärt. Bereits vorher sandten die Briten 32 jüdische Fallschirmspringer aus Palästina in die Achsenstaaten und in die besetzten Gebiete, um Sabotageakte zu begehen und abgeschossene alliierte Flieger zu retten. Auch in Rumänien waren ein paar von ihnen tätig. Im September und Oktober 1944 kamen noch zwei „Journalisten“ aus Palästina dazu, um die Auswanderung zu organisieren. Einer von ihnen, Moshe Agami, sollte die Delegation leiten. Als Mitglied des Kibbuz Kfar Giladi an der libanesisch-syrischen Grenze hatte er Erfahrungen im Hereinschmuggeln jüdischer Einwanderer gesammelt. Agami, ein sehr energischer Mann, war ein ausgezeichnete Organisator und besonders befähigt, Untergrundarbeit zu leisten. Lidovsky und seine Freunde hörten von der palästinensischen Delegation in Rumänien und versuchten daher hinzukommen.

Über Rumänien

Die fünf Partisanen erreichten Cernauti und fanden Arbeit bei der einzigen Eisenbahn zwischen Rumänien und der Sowjetunion. Im Sommer 1944 versuchte Lidovsky, von den Juden in Moskau Unterstützung für die Rettungsarbeit seiner Gruppe in Rovno zu erhalten. Er traf Mitglieder des Jüdischen antifaschistischen Komitees, das von der sowjetischen Regierung geschaffen wurde, um von Juden außerhalb der UdSSR Unterstützung zu erhalten für den Krieg gegen Nazideutschland. Der große Schauspieler Schlomo Michoels und der Schriftsteller Itzig Feffer trafen ihn, und – die antisemitische Atmosphäre wohl kennend – konnten sie Lidovsky nicht helfen. Beide wurden später während der antisemitischen Kampagne Stalins ermordet. Die Synagoge in Moskau hatte viele Spenden von Juden zur Unterstützung Bedürftiger erhalten. Doch der Kassier hatte Angst vor den Behörden und spendete das gesamte Vermögen der Roten Armee. Lidovsky kehrte mit leeren Händen zurück nach Rovno.

Abba Kovner

Ein Pionier dieser Fluchtbewegung war der 1918 geborene Partisanenführer Abba Kovner, der vor dem Krieg die in Wilna die 1.000 Mitglieder umfassende sozialistisch-zionistische Jugendbewegung Haschomer Hazair führte. Am 1. Januar 1942 wurde ein von ihm verfasstes Manifest im Getto Wilna verlesen: „Hitler will alle Juden Europas töten... Die Juden Litauens stehen an erster

Stelle. Lasst uns nicht wie Schafe zur Schlachtbank gehen! Es stimmt, wir sind schwach und hilflos, aber die einzige Antwort an den Feind ist Widerstand!“

Seit dem 21. Januar 1942 gab es eine jüdische Kampforganisation, deren Führung Kovner Anfang 1943 übernahm. Mitte Juli 1944 marschierten die von Kovner geführten ca. 100 jüdischen Partisanen in Wilna ein, und er leitete ein paar Monate später die Fluchtbewegung über

Polen, Rumänien, Ungarn, Tschechien, Österreich und Italien.

Die Juden hatten selbst noch nicht begriffen wie tiefgreifend die Schoa war

Die wenigen Rückkehrer nach Wilna sahen für sich keine Zukunft in Europa. Jüdische Soldaten und Offiziere der Roten Armee umarmten weinend die jüdischen Partisanen und erzählten, dass sie auf ihrem langen Weg nach Wilna keinen einzigen überlebenden Juden getroffen hätten. Kovner berichtete dann in Israel als Zeuge im Prozess gegen Eichmann, dass nach der Befrei-

ung von Wilna eine jüdische Mutter, die sich mit ihrer Tochter in einem Erdloch versteckte, laut weinte, als sie jüdische Partisanen sah, und die Tochter auf Jiddisch fragte: „Mame man mag schoin wainen?“ („Mutter, darf man schon weinen?“). Diese Frage thematisierte der hebräische Dichter Natan Altermann in einem in Israel weithin bekannten Gedicht. Während der Sieg über Nazideutschland für viele Menschen in den befreiten Ländern Europas Freude bedeutete, wurde den Juden schmerzlich das Ausmaß der Schoa bewusst.

„Hingegen wurden den jüdischen Partisanen hohe Posten in der Administration angeboten, weil man Polen und Litauern nicht vertraute.“

Die Haltung der sowjetischen Funktionäre zu den jüdischen Partisanen

Litauische Kollaborateure wurden kaum bestraft

Eine Delegation überlebender Juden beschwerte sich beim „Kommissar für soziale Angelegenheiten“ über schlechte

Lebensbedingungen und dass man nicht nur nicht die litauischen Kollaborateure der Nazis bestrafte, sondern ihnen die Häuser der Juden gab, die mittellos zurückgekehrt sind. „Die Juden bedienten die Gestapo und sie verdienen diese nicht“, war die klare Antwort. Ilja Ehrenburg publizierte einen Artikel in der Pravda über jüdische Partisanen, die er in Wilna traf. Diesen Artikel und das Bild von Abba Kovner sahen einige seiner ehemaligen Zöglinge in Kasachstan und schrieben eine Postkarte an Kovner. Ehrenburg gab Kovner, mit dem er lange sprach, zwei gute Ratschläge: sobald als möglich die

Sowjetunion zu verlassen und keine zionistische Tätigkeit in der Sowjetunion auszuüben. Kovner gelang es noch, wichtige Dokumente zu entdecken, er wurde jedoch von einem Spitzel verraten und musste Ende Dezember 1944 aus Wilna flüchten.

Die Flucht über Cernauti glückte nur wenigen Juden, darunter Rushka Korczak, einer ehemaligen Jugendführerin des Hashomer Hazair, dann Partisanin, die in der Einheit von Kovner kämpfte. In Bukarest planten die zionistischen Emissäre einen Transport von Tausend legalen Einwanderern mit dem Schiff S.S. Taurus. Rushka traf in der Eisenbahnstation Bukarest Moshe Agami, der sie überzeugte, nicht auf ihre Freunde aus Wilna zu warten, sondern sofort zu fahren, um die Öffentlichkeit in Erez Israel aufzuklären was in Ostpolen und Litauen geschehen war und in welcher Lage sich die überlebenden Juden dort befinden. Rushka kam am 12. Dezember 1944 in Haifa an. Währenddessen wurde die Gruppe in Cernauti der sowjetischen politischen Polizei NKWD verraten und so flohen die Rovno- und Wilna-Gruppen, die rechtzeitig gewarnt wurden, im Dezember 1944 nach Lublin.

Im Januar 1945 wurde in Lublin eine öffentliche Küche und ein Peretz-Heim von einem jüdischen Zentralkomitee des neuen Regimes eröffnet. Juden aus ganz Ostpolen, aus Verstecken, Partisaneneinheiten, wenigen Zwangsarbeiterlagern, aus Wilna, Rovno und aus Zentralasien sammelten sich in Lublin – insgesamt 7.000, dort, wo früher Millionen gelebt hatten. Das jüdische Zentralkomitee war Ergebnis einer Initiative der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) und der polnischen Kommunistischen Partei. Dieses Komitee hat mit dem wenigen Geld, das die Regierung zur Verfügung stellte, Sozialarbeit finanziert und sollte auch dazu dienen, das neu errichtete kommunistische Regime im Westen zu legitimieren. Die Kommunisten postulierten eine jüdische Teilnahme am Aufbau eines fortschrittlichen und friedvollen Polen. Doch diejenigen Kommunisten, die auch gegen den Antisemitismus kämpfen wollten, waren schwach, sie stützten sich auf sowjetische Bajonette inmitten einer antisowjetischen und antisemitischen Bevölkerung.

ROSA & BELLA

fine flowers

Schlüterstr. 63 – 10625 B | Tel.: 32769600 | www.rosaundbella.de

Vor 40 Jahren: Der Pharao in Jerusalem

Der Besuch des ägyptischen Präsidenten Sadat in Israel

Von Tal Leder

Vor 40 Jahren staunte die Welt, als der ägyptische Präsident Anwar as Sadat seine überraschende Friedensmission in Israel begann. Am Ende brachte es den Frieden zwischen der größten arabischen Nation und dem jüdischen Staat. Sadat aber sollte dafür mit seinem Leben bezahlen.

„Ich bin bereit, für den Frieden bis ans Ende der Welt zu gehen. Israel wird erstaunt sein zu hören, dass ich jetzt vor Euch sage, dass ich bereit bin, in ihr eigenes Haus zu gehen, in die Knesset, um mit ihnen zu reden.“

Dies waren die Worte des ägyptischen Präsidenten Anwar Sadat, die er während seiner zweistündigen Rede vor der ägyptischen Volksversammlung am 9. November 1977 sprach.

Als Sadat dann 10 Tage später als erster arabischer Führer Israel offiziell besuchte, hielt die ganze Welt den Atem an. Sein Empfang im jüdischen Staat läutete die israelisch-ägyptischen Gespräche ein Jahr später in Camp David ein, und führte 1979, nur sechs Jahre nach dem schmerzhaften Jom-Kippur-Krieg, zu einem vollständigen Friedensabkommen.

Was brachte den ägyptischen Präsidenten zu diesem Entschluss? Seit der Staatsgründung Israel führten die Machthaber in Kairo mehrere Kriege gegen den jüdischen Staat und zogen dabei jedes Mal den Kürzeren. Auch verfolgte sein Land, als größte arabische Nation und Todfeind Israels, jahrelang die Politik der drei berühmten „Neins“ der Khartum-Resolution vom 1. September 1967. Diese lauteten, „Nein zum Frieden mit Israel, nein zur Anerkennung Israels, nein zu Verhandlungen mit Israel“. Wie konnte es zu diesem Umdenken kommen?

Nach dem Gamal Abdel Nasser völlig überraschend mit nur 52 Jahren an einem Herzinfarkt starb, wurde sein Vize Anwar as-Sadat am 15. Oktober 1970 zum neuen ägyptischen Präsidenten bestimmt. Von Anfang an wollte er die Sinai-Halbinsel von Israel wieder zurückgewinnen und die arabische Ehre nach der Schmach vom Sechstagekrieg wiederherstellen. Nur vier Monate nach seiner Machtübernahme überraschte er die Welt mit dem Verkünden einer „Friedensinitiative“. Diese beinhaltete, dass sich Israel aus dem Sinai zurückziehen sollte. Im Gegenzug würde Ägypten den Sueskanal wiedereröffnen. In weiteren Schritten sollten beide Staaten einen Waffenstillstandsabkommen unterzeichnen. Dadurch wollte er auch die diplomatischen Beziehungen zu den USA wiederherstellen, um dann als letzten Schritt einen Friedensvertrag mit Israel zu schließen.

Ist Sadat zu trauen?

Von israelischer Seite gab es zum Teil berechtigte Zweifel an die Glaubwürdigkeit Sadats. Der „Abnutzungskrieg“ war gerade erst zu Ende gegangen und den neuen ägyptischen „Pharao“, wie er bald genannt wurde, konnte die Regierung in Jerusalem noch nicht so richtig einschätzen. Die Zeit war noch nicht reif für einen Frieden zwischen beiden Staaten.

Und so befürwortete der ägyptische Präsident Sadat einen weiteren Krieg mit Israel in der Hoffnung, die Sinai-Halbinsel wiederzubekommen und ein durch den Sechstagekrieg von 1967 demoralisiertes Land wiederzubeleben.

Historiker streiten sich bis heute darüber, ob Sadat mit den anderen Führern der arabischen Welt ebenfalls die Vernichtung



Golda Meir und Anwar Sadat verstanden sich prächtig.

Israels geplant hatte, oder aber unter anderem wegen der Furcht vor einem nuklearen Gegenschlag des jüdischen Staates hoffte, dass zumindest ein begrenzter Sieg über die Israelis den Status quo verändern und seine Feinde an den Verhandlungstisch bringen würde.

Nachdem er die nächste große Schlacht zusammen mit Assad, dem Diktator in Damaskus, über einen längeren Zeitraum perfekt vorbereitet hatte, begann der Krieg mit einem Überraschungsangriff Ägyptens, Syriens und weiterer arabischer Armeen, am Samstag, dem 6. Oktober 1973, dem höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur. Die Angriffe auf dem Sinai und den Golanhöhen trafen den unvorbereiteten jüdischen Staat wie ein Erdbeben.

Durch die arabischen Anfangserfolge, als in den ersten drei Tagen des Krieges die israelischen Stellungen im Norden und Süden überrannt wurden, herrschte so etwas wie Untergangsstimmung in Israel. Der Traum der Araber „Israel ins Meer zu werfen“ schien damals wahr zu werden.

Die israelischen Politiker und seine Geheimdienste versagten auf der ganzen Linie, einige Militärs aber, wie Ariel Sharon und Haim Bar-Lev, behielten einen kühlen Kopf und waren u. a. für den Durchhaltewillen der israelischen Truppen verantwortlich. In der zweiten Kriegswoche wendete sich der Kriegsverlauf zugunsten der Israelis, die zunächst ihre Truppen mobilisieren mussten. Natürlich auch durch die Luftbrücke der USA, die Jerusalem täglich mit Tonnen von Kriegsmaterial versorgten. Die Gegenoffensive lief im vollen Gange und binnen Tagen drängten sie die Syrer im Norden vollständig aus den Golanhöhen zurück und kamen schließlich 30 Kilometer vor Damaskus zum Stehen.

An der Suezfront wurde noch verbissener gekämpft. Sadat war berauscht von den Anfangserfolgen und wollte

noch tiefer in den Sinai stoßen. Ein folgenschwerer Fehler, denn diese Offensive auf offenes Gelände endete für seine Streitkräfte in einem Massaker. Israel und Ägypten lieferten sich die größte Panzerschlacht seit dem Zweiten Weltkrieg. Am Ende konnten die Israelis den Kampf für sich entscheiden. Weitere israelischen Einheiten unter General Sharon hatten zwischen zwei ägyptischen Armeen den Sueskanal überquert und dabei auf afrikanischem Boden die gesamte 3. ägyptische Armee abgeschnitten und komplett eingekesselt. Sie stand kurz vor ihrer Vernichtung. Als der UN-Waffenstillstand am 24. Oktober 1973 in Kraft trat, waren die israelischen Streitkräfte 70 Kilometer vor Kairo. Es war der Beginn intensiver Gespräche hoher Offiziere der verfeindeten Armeen, die für mehr als drei Wochen im heißen Wüstenzelt am „Kilometer 101“ stattfanden und über militärische Fragen hinaus in politische Diskussionen übergingen.

Für den ägyptischen Präsidenten Sadat hingegen war der militärisch verlorene Krieg und der eingehaltene Waffenstillstand der Auftakt für politisch sehr erfolgreiche Jahre. Auch wenn er den Sinai mit seiner großen Armee nicht zurückerobern konnte, so hatte er durch die siegreichen Schlachten zu Beginn der Kampfhandlungen die arabische Ehre wieder hergestellt. Er fühlte sich dadurch auf Augenhöhe und erwog Verhandlungen mit Israel. Seine neue Friedenspolitik führte mit der Regierung in Jerusalem zwar zunächst zum Abschluss von zwei Abkommen über den Rückzug der israelischen Streitkräfte, doch Gespräche über einen echten Frieden sollten sich noch einige Jahre hinziehen.

Wie schon am Anfang erwähnt, sollten erst vier Jahre nach dem Oktoberkrieg Taten folgen. Und so wurde Sadats Reise nach Israel auch sorgfältig geplant.

Sinai für Frieden

Mitte September des Jahres 1977 traf sich der damalige israelische Außenminister Mosche Dajan mit dem stellvertretenden ägyptischen Premierminister Hassan Tohami in Marokko, um über den Besuch des „Pharaos“ in Jerusalem zu sprechen. Gleich nach seiner Rückkehr berichtete Tohami seinem Präsidenten, das er von Dajan erfahren hatte, dass Israel bereit sei, den Sinai als Gegenleistung für Frieden zu räumen.

Durch seine guten Beziehungen zu den USA und der Sowjetunion, die eine Nahost-Friedenskonferenz in Genf planten, war er bereit, seinen größten Schritt nach vorne zu machen.

Zuvor überzeugte der damalige rumänische Diktator Nicolae Ceausescu, Sadat bei einem Besuch in Bukarest davon, dass der israelische Premier Begin eine Annäherung an Ägypten zu dessen Bedingungen anstrebte. Rumänien war das einzige Land des Warschauer Paktes, das während und nach dem Sechstagekrieg 1967 seine diplomatischen Beziehungen zu Israel nicht abgebrochen hatte.

Und so hielt Sadat seine berühmte Rede vor dem ägyptischen Parlament mit der Absicht nach Israel zu fliegen. In Jerusalem signalisierte daraufhin überraschend der israelische Premierminister Menachem Begin seine Bereitschaft den ägyptischen Führer zu treffen. 48 Stunden später wandte er sich per Radio an das ägyptische Volk: „Es wird mir eine Ehre sein ihren Präsidenten willkommen zu heißen mit der traditionellen Gastfreundschaft, die wir von unserem gemeinsamen Stammvater Abraham geerbt haben.“ Eine Einladung, die Sadat nach zwei Tagen annahm.

Sadat kommt nach Israel

Nach mehreren Wochen des diplomatischen Klirrens beider Staaten wurde bekannt, dass Sadat am 19. November nach

Israel kommen würde. Die meisten Menschen waren hoffnungsvoll. Andere wiederum dachten, der jüdische Staat würde sich auf einen ausgeklügelten Bluff einlassen.

Obwohl sich Ägypten und Israel noch offiziell im Kriegszustand befanden, entschied sich Sadat am 19. November 1977 nach Tel Aviv zu fliegen, in der Gewissheit, dass seine bemerkenswerte Geste eine Ära des Friedens und des Wohlstands für Ägypten einläuten könnte. Viele in Ägypten und in der arabischen Welt waren gegen seine Entscheidung. Einige Staaten beendeten ihre diplomatischen Beziehungen zu Kairo. Einzig Jordanien, Marokko und der Sudan enthielten sich.

In Tel Aviv empfing man Sadat mit allen Ehren. Unter den Fahnen Israels und Ägyptens spielte eine Militärkapelle die Hymnen. Sadat strahlte eine fast unwirkliche Ruhe aus, seine Erscheinung wirkte wie eine biblische Vision. Nach der Ankunft am Ben-Gurion-Flughafen begrüßte ihn Begin und die gesamte israelische Regierung plus Militärs. Der ägyptische Führer bezog die Präsidenten-Suite im König-David-Hotel. Am nächsten Tag betete er in der Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem, besuchte die Grabeskirche und das Yad Vashem-Holocaust-Mahnmal, bevor er zum israelischen Parlament ging, um seine Rede zu halten:

„Ich sage Ihnen aufrichtig, dass vor uns heute die angemessene Chance für den Frieden liegt, wenn wir unsere Bemühungen für den Frieden wirklich ernstnehmen. Es ist eine Chance, die sich die Zeit nicht leisten kann. Es ist eine Chance, dass der Verschwörer, wenn er verloren oder verschwendet wird, den Fluch der Menschheit und den Fluch der Geschichte tragen wird. (...) Ich bin nicht gekommen, um eine separate Vereinbarung mit Israel zu unterschreiben, das ist nicht meine Politik. Es geht nicht nur um unsere beiden Länder. Ein Friede wird nur dann gerecht sein und Bestand haben, wenn er für alle gilt, für alle Nachbarn Israels und für das palästinensische Volk.“



Sadat redet vor dem israelischen Parlament.

Eine Auswirkung dieser Annäherung in Jerusalem waren die auf Einladung des US-Präsidenten Jimmy Carter geführten Verhandlungen zwischen Israel und Ägypten in Camp David. Dieser weitere Schritt brachte schlussendlich den Friedensvertrag im März 1979, als sich beide verfeindeten Staaten endgültig gegenseitig anerkannten, sowie wirtschaftliche und diplomatische Beziehungen aufnahmen.

Dieser aber führte Ägypten in der arabisch-muslimischen Welt weitgehend in die Isolation. Radikal-islamische Gruppen forderten sogar Sadats Kopf.

In Kairo aber feierte man jedes Jahr am 6. Oktober die Überquerung des Suezkanals mit einer riesigen Militärparade. Und bei diesem alljährlichen Fest sollte Sadat teuer für seine Vision und seinen Mut bezahlen.

Genau an diesem Tag, am 6. Oktober 1981, dem achten Jahrestag des Jom-Kipur-Krieges, wurde er von einheimischen islamischen Fundamentalisten ermordet, als plötzlich vor der Ehrentribüne Soldaten aus vorbeifahrenden Militärfahrzeugen sprangen, Handgranaten warfen und mit Maschinengewehren auf Sadat feuerten. Diese Offiziere waren radikale Muslime, die den religiös toleranten Sadat hassten und ihn für seinen Friedensvertrag mit Israel umbringen wollten. „Ich habe den Pharao getötet!“, schrie der Anführer dabei.

Kalter Frieden

Aus heutiger Sicht muss man Sadat Respekt zollen. Mit Feinden schließt man Frieden. Dies hatte er begriffen. Er musste Israel nicht lieben, doch er verstand

es, mit dem jüdischen Staat friedlich nebeneinander zu leben. Durch seine Initiative bekamen die Ägypter ihre Sinai-Wüste zurück. Im Gegenzug schloss Israel friedliche Beziehungen mit der mächtigsten und einflussreichsten Nation der arabischen Welt. Viele sehen ihn als kalten Frieden. Doch dieser ist bei Weitem besser, als ein heißer Krieg.

Als der „Pharao“ nach Jerusalem kam, brachte es viele neue Hoffnungen, aber auch Enttäuschungen für diese Region. Denn der israelisch-arabische Konflikt ist noch immer nicht gelöst und der Nahe Osten bleibt ein brodelndes Pulverfass. Trotzdem sollten wir nicht vergessen, dass zwischen Ägypten und Israel jetzt schon die Zeit des Friedens viel länger ist, als die Zeit des Krieges zwischen ihnen.

Vor 75 Jahren starb Else Ury

Auch die jüdische Bestseller-Autorin und Deutsch-Patriotin wurde in Auschwitz ermordet

Von Martin Stolzenau

Else Ury, aus einer assimilierten jüdischen Fabrikantenfamilie stammend, entwickelte sich in der Weimarer Republik zur Bestseller-Autorin. Sie erreichte besonders mit ihrer zehnbändigen „Nesthäkchen-Serie“ eine Millionenaufgabe, wurde berühmt und stellte Adolf Hitler in völliger Verkennung ihrer „eigenen bedrohten Situation als Jüdin“ 1933 als „politischen Hoffnungsträger“ dar. Dieser Irrglaube rächte sich bitter. Die Nazis schickten die jüdische Bestseller-Autorin vor 75 Jahren nach Auschwitz ins Gas.

Die „Nesthäkchen“-Verfasserin wurde am 1. November 1877 in Berlin geboren. Ihr Großvater ist noch als strenggläubiger Vorsteher der Alten Synagoge in der Heidereuthergasse überliefert. Ihr Vater dagegen fungierte als Schnupf- und Kautabak-Fabrikant, fühlte sich zum deutschen Bürgertum zugehörig und gab sich kaisertreu. Ihre Mutter, die aus der jüdischen Familie Schlesinger stammte, war ebenso angepasst. Das Elternhaus Ury bewohnte im Berliner Westen eine Villa, hatte drei Kinder und sorgte für eine umfassende Schulbildung.

Doch während die Söhne Hans und Ludwig nach dem Gymnasium Jura und Medizin studieren konnten, wurde die



Bildung für Tochter Else auf den Besuch des Mädchenlyzeums beschränkt. Anschließend sollte sich die Fabrikantentochter standesgemäß auf die Ehe vorbereiten. Doch die literaturinteressierte und wortgewandte junge Frau bildete sich autodidaktisch weiter, griff bald selbst zur Feder und veröffentlichte in der „Vossischen Zeitung“ eigene Gedichte und humoristische Beiträge.

Es folgte Prosa, die sie in der „Kränzchenbibliothek“ des Stuttgarter „Union-Verlages“ herausbrachte bis hin zum ersten Kinderbuch „Was das Sonntagskind erlauscht“, das 1905 erschien. Mit dem

Buch „Studierte Mädel“ gelang ihr ein Jahr später der Durchbruch. Mit ihrer Prosa reflektierte sie die Wertvorstellungen der damaligen deutschen Mädchenwünsche bis hin zur Selbstentfaltung im erlaubten Rahmen. Während des Ersten Weltkrieges gab sich die Autorin patriotisch und kaisertreu. Mehr noch. Sie unterstützte geschickt die Bemühungen der Frauenorganisationen bei der Kriegsfürsorge. Um 1918 begann Else Ury dann ihre Serie „Nesthäkchen“, die bis 1933 zehn Bände erreichte, eine Millionenaufgabe hatte und die Autorin berühmt machte.

Darin thematisierte sie die Entwicklung der wohlbehüteten Arzttochter Annemarie. Die Bücher füllten eine Marktlücke. Doch auf der Welle des damit verbundenen Erfolges und Ansehens hob die Schriftstellerin wohl ab und vertraute auf die Schutzfunktion ihrer Stellung als Bestseller-Autorin. Angesichts der Weltwirtschaftskrise und der ausufernden sozialen Spannungen in Deutschland erhob sie in völliger Verkennung ihrer eigenen Situation in ihrem Roman „Jugend voraus“ Adolf Hitler zum politischen Hoffnungsträger. Dieser Irrglaube rächte sich bitter. Else Ury wurde als Jüdin zunächst aus dem „Reichsverband deutscher Schriftsteller“ ausgeschlossen. Sie erhielt sogar ein Publikationsverbot, war mit

ihren Angehörigen großen Repressalien ausgesetzt und konnte ihre nunmehrige Ausgrenzung nicht verstehen.

Ihr Bruder Hans beging Selbstmord. Ihr Bruder Ludwig konnte noch mit Mühe nach England emigrieren. Ihre Schwester und Else Ury selbst wollten die politische Nazi-Realität nicht wahrhaben, hofften bis zuletzt für sich auf eine Ausnahme und wurden schließlich doch nach Auschwitz deportiert. Dort starb die Schriftstellerin kurz nach ihrer Ankunft am 12. Januar 1943 in der Gaskammer.

Nach 1945 wurden die „Nesthäkchen“-Bücher neu aufgelegt. Sie kamen nochmals auf eine Auflage von rund sechs Millionen Büchern. Allein der vierte Band musste lange warten. Er erschien erst vor kurzem im „Geest-Verlag in Vechta „ohne sprachliche Glättung und moderne Illustration“ in der Originalfassung von 1922. Der 4. Band mit dem Titel „Nesthäkchen und der Weltkrieg“ erzählt die Rückkehr der Heldin von einer Inselverschickung, die veränderte Familiensituation nach Kriegsbeginn und wie sich Annemarie zur patriotischen Eifererin entwickelt, die eine polnische Mitschülerin mobbt und als Spionin diffamiert. Vieles daran ist historisch. Doch manches besitzt auch einen aktuellen Bezug.

Abgestempelt! – Postkarten als Medium des Antisemitismus

Ein unbekanntes Kapitel deutsch-jüdischer Geschichte

Von Ludger Joseph Heid

Was heute das Handy-Foto, war vor einhundert Jahren die Postkarte – ein populäres Medium der visuellen Kommunikation. Die Postkarte ist ein noch junges postalisches Medium – erst 1870 wurde sie eingeführt und eroberte sich – mit Fotos, Zeichnungen, Reproduktionen, Karikaturen und Collagen – auf Anhieb einen erfolgreichen Platz in der Kommunikationslandschaft. Auch ist sie mehr als nur ein Mittel zur Korrespondenz, sie war und ist ihrer Originalität wegen zugleich ein Erinnerungstück, ein Sammelobjekt.

Beleidigende Postkarten waren eigentlich verboten

Obwohl nach der preußischen Postordnung die Beförderung von Karten beleidigenden Inhalts verboten war, und die Vorschrift anfangs auch beachtet wurde, setzten sich mehr und mehr antisemitische Postkarten als wirksames Agitationsmittel unbeanstandet durch. Es dürften über tausend verschiedene antisemitische Postkartenmotive existieren.

Viele Darstellungen sind in ihrer Tendenz subtil-unterschwellig jüdenfeindlich, wobei die Grenze zwischen vermeintlich harmlosem Humor und diffamierendem Spott fließend ist, andere wiederum, „bekannte“ historische Motive aufgreifend, sind unverblümt rassistisch/antisemitisch. Bildlich gesprochen wurde mit dem alltäglichen Medium Postkarte ein Teil der Bevölkerung im Wortsinn „abgestempelt“ und damit zur Zielscheibe von Vorurteilen und Stereotypen. Das galt insbesondere für die Zeit des Kaiserreichs bis zum Ersten Weltkrieg. Und ab 1933 sowieso.

Gerade die bebilderte Postkarte changiert in besonderer Weise, je nach Verwendungszweck, zwischen privater Mitteilung und nach außen gerichteter Botschaft. Im Medium Postkarte spiegelt sich auf erschreckende Weise der antisemitische Zeitgeist, der nicht allein auf Deutschland beschränkt war.

Das Heranziehen von Dokumenten der postalischen Kommunikation konfrontiert die Wissenschaft mit einer Kategorie von Quellen, die bisher weitgehend unbeachtet geblieben sind. Im besten Fall führt die Nutzung dieser Quellen zur Entdeckung von Neuland, das auch für die historische Forschung von Interesse ist. So kann die Analyse von Post der Verfolgten wie der Täter zur Erhellung von menschlichen Schicksalen beitragen, sie kann die in Namenlosigkeit Gefallenen ihre Namen wiedergeben.

Mit der Etablierung des Nationalsozialismus änderte sich in Deutschland vieles grundsätzlich. Nach und nach entwickelte sich das Land zu einem Unterdrückungsstaat, in dem sich Terror, Überwachung, Denunziation und Angst allenthalben breit machte. Und dann gab es die Zensur von Staats wegen, die es dem Einzelnen schwer machte, seine wahre Meinung zu äußern ohne Gefahr zu laufen, für staatskritische Äußerungen belangt zu werden. Die deutsche Bevölkerung wurde auf vielfältige Weise auf den antijüdischen Kurs des Regimes eingestimmt. Ein Poststempel mit Davidstern aus dem das physiognomisch überzeichnete Gesicht eines Juden, so wie die Nazis ihn imaginierten, blickt, verziert mit dem Treitschke-Satz „Die Juden sind unser Unglück“ – das gehörte zum postalischen Alltag.

Nachdem im Oktober 1941 der anti-jüdische Terror seinen vorläufigen Endpunkt in den Deportationsmaßnahmen „nach dem Osten“ gefunden hatte, war die



jüdische Existenz in Deutschland innerhalb von wenigen Jahren nachgerade ausgelöscht. Juden waren von einem auf den anderen Tag in der deutschen Gesellschaft nicht mehr sichtbar.

„Abgereist, ohne Angabe der Adresse/parti, sans laisser d’adresse“ – mit diesem postamtlichen Klebezettel wurden fortan zahlreiche Postsendungen versehen, ehe die Deutsche Reichspost sie an ihre Absender außerhalb Deutschlands zurückschickte. In Wahrheit waren die meisten Adressaten nicht „abgereist“, sondern vertrieben oder bereits ermordet worden, weil sie Juden waren.

„Abgereist“ wurde so zur Metapher für das Verschwinden der Juden aus Deutschland, bis der Klebezettel im Januar 1943 von der Gestapo verboten wurde, weil sich seine Bedeutung herumgesprochen hatte.

Die verschiedenen amtlichen Stempel, die die deutschen Zensurbehörden zigtausendfach auf Postkarten oder Briefe drückten, sind Zeugnisse einer menschlichen Tragödie, zugleich sind sie ein postalisches und historisches Dokument. Stempel oder aufgeklebte Hinweiszettel, deren Funktion die Mitteilung über die Unzustellbarkeit einer Postsendung anzeigten, sprechen eine deutliche Sprache: „Abgereist“ wurde so zur Metapher für das Verschwinden der Juden aus Deutschland, bis der Klebezettel im Januar 1943 von der Gestapo verboten wurde, weil sich seine Bedeutung herumgesprochen hatte.

Die Rolle des Reichssicherheitshauptamtes

Irgendwann gingen die NS-Behörden dazu über, an Juden gerichtete Postsendungen außerhalb Deutschlands nicht

mehr zurückzuschicken. Die Häufung von Rücksendungen im Jahre 1942 führte beim Reichssicherheitshauptamt (RSHA) zu der Befürchtung, die Korrespondenzpartner außerhalb Deutschlands könnten die richtigen Schlussfolgerungen zur Lage der Juden in Deutschland und den von Deutschland beherrschten Gebieten ziehen, und das „öffentliche Geheimnis“ des Judenmords in einem unerwünschten Maß öffentlich werden. Das RSHA wies daher die Zensurstellen an, alle vom Ausland eingehenden Sendungen an „unbekannt“ verzogene Juden nicht mehr an den Absender im Ausland zurückzuleiten,

sondern dem RSHA einzusenden.

Heinz Wewer ist ein vielseitiger Publizist, Gründer und Redaktionsmitglied von „DISKussion“ – Zeitschrift für Fragen der Gesellschaft und der deutsch-israelischen Beziehungen. Für den WDR war er Korrespondent beim Eichmann-Prozess für RIAS Berlin und war wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Document Center Berlin. Er war und ist immer noch engagiert in zivilgesellschaftlichen Initiativen wie des Komitees für die Entschädigung der Opfer medizinischer Experimente im KZ Ravensbrück und des Musikforums Berlin-Israel und er ist ein profunder Kenner der Postgeschichte. Mit dem vorliegenden Buch über die postalischen Zeugnisse zu Verfolgung und Terror im Nationalsozialismus, voluminös und üppig bebildert, ist ihm ein großer Wurf gelungen, der eine historiografische Lücke in der Geschich-

te des Nationalsozialismus schließt. Zu Recht hat Reinhard Rürup das Werk als ein „gelungener Brückenschlag zwischen Philatelie und Geschichtswissenschaft“ gelobt.

Nicht nur die Inhalte von Postsendungen, sondern auch ihre äußeren Merkmale legen Zeugnis von individuellen Schicksalen und historischen Ereignissen ab. Als Dokumente der Alltagskultur verleihen sie ihnen eine neue Anschaulichkeit und erweitern die Kenntnisse um Personen und Zusammenhänge. Die Frage nach dem zeitgeschichtlichen Nutzen postalischer Dokumente bringt seit einigen Jahren eine neuartige Kategorie von Büchern und Ausstellungen hervor, zu der auch das vorliegende Werk gehört. In Zusammenarbeit mit Zeitzeugen, Archiven und Sammlern in vielen Ländern hat der Autor über 300 postalische und ergänzende Dokumente zusammengetragen und verschiedenen Phasen und Aspekten von Terror und Verfolgung im Nationalsozialismus zugeordnet.

Heinz Wewer beschreibt eindrucksvoll einige charakteristische Erscheinungsformen der nationalsozialistischen Diktatur anhand postalischer Dokumente. Den thematischen Schwerpunkt bildet die Verfolgung der Juden. Beginnend mit der Geschichte und Struktur antisemitischer Agitation in Deutschland verweist Wewer auf die Traditionselemente, die das Entstehen und die Fortdauer der NS-Herrschaft begünstigt haben. Er skizziert Lebenswege einiger politisch unterschiedlicher Persönlichkeiten (z. B. Erich Mühsam; Ernst Heilmann; Carl von Ossietzky), die sich für eine humane Gesellschaft eingesetzt haben und dafür von Nationalsozialisten um Gesundheit und Leben gebracht wurden, mit Hilfe postalischer Dokumente.

Den Deportationen aus Deutschland ist ein eigenes Kapitel gewidmet. Hier sind Texte von Postkarten zu lesen, die Berliner Juden unmittelbar vor der Deportation geschrieben haben. Von der Verschleppung der berühmten Kinderbuchautorin Else Ury nach Auschwitz legen postalische Dokumente aus ihrem Nachlass Zeugnis ab.

Der einzige Typ eines postalischen Dokumentes, das für untergetauchte Juden eine mitunter lebensrettende Rolle gespielt hat, war der Postausweis. Seinen Nutzen zeigt Wewer an Beispielen auf. Faksimiles bisher unveröffentlichter Postkarten werfen ein Licht auf einige Augenblicke im gefährdeten Leben des Zeitzeugen Victor Klemperer.

Thora-Rolle als Packpapier

Der heutige Zeitgenosse mag sich fragen, was der Zeitgenosse von damals, der einfache Wehrmachtssoldat sowie dessen Ehefrau an der Heimatfront, gedacht haben mögen, wenn ein Feldpostbrief von Oktober 1942 aus dem Schützengraben eine „Stürmer“-Vignette trug mit dem Slogan „Ohne Lösung der Judenfrage keine Erlösung der Menschheit“. Und wie mag die Reaktion ausgefallen sein, wenn ein Paketempfänger beim Öffnen des Feldpostpakets feststellen musste, dass als Packpapier Teile einer Thora-Rolle verwendet worden waren und damit heiliges Papier auf beschämende Weise entweiht wurde? Der vorliegende Band stellt ein beklemmendes deutsches Lehrstück dar.

Heinz Wewer: „Abgereist, ohne Angabe der Adresse“. Postalische Zeugnisse zu Verfolgung und Terror im Nationalsozialismus, Hentrich & Hentrich Verlag, Berlin 2017, 336 Seiten, 346 Abbildungen, 39 Euro

Stärker als der Titel

Leslie Maitlands Buch über eine Liebe im Zweiten Weltkrieg

Von Valerie Herberg

Die besten Geschichten schreibt das Leben, heißt es. Die wahre Geschichte, die Leslie Maitland in ihrem Buch „Liebe ist stärker als die Zeit“ erzählt, ist eine besonders gute. Die amerikanische Journalistin beschreibt darin das Leben ihrer Mutter und die bewegte Liebesgeschichte zwischen ihr und ihrem Jugendfreund. Doch auch wenn der Titel anderes vermuten lässt: „Liebe ist stärker als die Zeit“ ist viel mehr als eine Liebesgeschichte.

Getrennt durch Krieg und Vertreibung

Es sind die Dreißigerjahre in Deutschland: Juden sind immer stärkeren Einschränkungen und Schikanen ausgesetzt. Janine Maitland, geborene Hanna Günzburger, lebt mit ihrer Familie in Freiburg. 1938 verlassen die Günzburger das Land und gehen nach Frankreich. Hanna Günzburger, die hier ihren Vornamen in Janine ändert, ist zu dieser Zeit ein Teenager. In Frankreich lernt sie Roland Arcieri kennen. Die beiden verlieben sich und werden ein Paar. Als die Günzburger auch Frankreich verlassen müssen, werden die beiden jungen Leute getrennt. In den folgenden Jahren verloren sie den Kontakt zueinander. Janine Günzburger heiratete in den USA schließlich einen anderen Mann. Jahrzehnte später machte sich Leslie Maitland, Janines Tochter, auf die Suche nach Arcieri.

Wiedergefundenes Glück

Zwei Liebende, die in den Wirren des Krieges auseinandergerissen werden – solche Geschichten muss es tausendfach gegeben haben. Die Geschichte von Maitland und Arcieri hat allerdings ein Happy End. Das ist kein Spoiler, es steht sogar auf dem Cover des Buches. In dem Buch, das wie ein Roman geschrieben ist, erzählt Leslie Maitland diese besondere Liebesgeschichte. Doch nicht nur das: Das Schicksal von Janine Maitland ist exemplarisch für das bewegte, teils dunkle 20. Jahrhundert.

Historische Hintergründe anschaulich erklärt

Auch schöne und wichtige Geschichten brauchen einen guten Erzähler, der sie den Lesern zugänglich macht. Leslie Maitland ist eine sehr gute Erzählerin. Und sie hat ein Händchen dafür, die wichtigsten Ereignisse aus dem Leben ihrer Mutter auszuwählen. Die Autorin fasst die Geschichte so zusammen, dass sie für die Leser nachvollziehbar

und gleichzeitig spannend ist.

Anschaulich zu erzählen gelingt der Autorin auch, wenn es um die historischen Hintergründe geht. So erklärt sie knapp und verständlich, wie es für Juden in den Dreißigerjahren in Deutschland immer gefährlicher wurde. „In der ‚Reichskristallnacht‘, wie der Terror des 9. und 10. November 1938 genannt wurde, zertrümmerten die Nazis nicht nur Glas und Häuser, sondern auch die letzte Illusion, dass Moral und Gesetz im Reich eine Chance hätten. In Freiburg, traditionell eine Bastion des Geistes und der Kultur, wurde die großartige Synagoge aus dem 19. Jahrhundert bis auf die Grundmauern niedergebrannt.“

Sprachlich sehr schön, leicht zu lesen

Die Liebesgeschichte, die sich vor diesem Hintergrund abspielt, erzählt Leslie Maitland spannend und gefühlvoll. Leider gerät ihre Beschreibung der Begegnungen des Paares zeitweise zu pathetisch. Davon abgesehen ist der Text lebendig und sprachlich schön. Die Sätze sind zwar teils lang und verschachtelt. Das rund 700-seitige Buch liest sich trotzdem sehr leicht. Das ist auch Claus Schneggenburger zu verdanken, der das Buch aus dem Amerikanischen ins Deutsche übersetzt hat.

Der Text wirkt auch wegen der vielen Details, die Maitland beschreibt, so lebendig. Das Buch ist ausgezeichnet recherchiert. Maitland, die als investigative Journalistin bei der „New York Times“ gearbeitet hat, nahm sich zwölf Jahre lang Zeit, um Nachforschungen anzustellen. Sie reiste nach Frankreich, Deutschland, Kanada und Kuba, las Originaldokumente, sprach mit Zeitzeugen. Viele der Dokumente wie Passierscheine und Briefe sowie zahlreiche Fotos sind im Buch abgedruckt.

Erstaunlich detailliert

Dennoch ist es erstaunlich, wie genau Maitland beschreibt, was die Menschen getan, gedacht und gefühlt haben. Oft klingt es, als sei sie selbst dabei gewesen. Über die Flucht der Günzburger aus Freiburg schreibt sie zum Beispiel: „Als sie auf dem Weg zum nahegelegenen Bahnhof das Eingangstor passierten, biss er [Janine Maitlands Vater, Anm. d. Red.] die Lippen aufeinander, sein Mund verzog sich zu einem Strich und er wandte sich ab. So versagte er sich einen letzten Blick auf all das, wofür er so lange und so hart gearbeitet hatte.“ Leslie Maitland schreibt im Nachwort, dass ihre Mutter über ein erstaunliches Er-



innerungsvermögen verfügt und ihre viele Erinnerungen weitergegeben habe. Die Autorin habe zudem viele lange Gespräche mit Arcieri und anderen beteiligten Personen geführt. Sie habe versucht, Dialoge mit Hilfe der damals Anwesenden so genau wie möglich wiederzugeben.

Empfehlenswerte Lektüre

Leslie Maitland erzählt die Geschichte ihrer Mutter in einem lesenswerten Buch.

Sehr gut recherchiert und gespickt mit Details ist es eine empfehlenswerte Lektüre – auch, wenn man das Ende schon kennt. Doch auch ohne die Love Story wäre Janine Maitlands Lebensgeschichte erzählenswert gewesen. Schicksale wie ihres zeigen, was Hass, Krieg und Vertreibung im Leben von Menschen anrichten können. Es ist wichtig, solche Geschichten zu erzählen.

Vielleicht tut Leslie Maitland uns den Gefallen, ein weiteres Buch zu schreiben. Eine gute Erzählerin wie sie könnte sicherlich auch erfundene Geschichten verfassen. Übrigens: Der Titel sollte ursprünglich anders lauten, wie Schneggenburger auf einer Buchvorstellung in Berlin erwähnte. Aus dem Originaltitel „Crossing the Borders of Time“ sollte „Stärker als die Zeit“ werden. Dass es anders gekommen ist, hat mit Udo Lindenberg zu tun. Als Schneggenburger das Buch übersetzte, wurde bekannt, dass der Rocksänger ein Album mit dem gleichen Titel herausbringen wollte – in etwa zu der Zeit, in der auch Maitlands Buch erscheinen würde. Verlag und Übersetzer entschieden sich deshalb, das Buch „Liebe ist stärker als die Zeit“ zu nennen. Der Titel mag etwas kitschig klingen – das Buch ist es nicht.

Leslie Maitland: „Liebe ist stärker als die Zeit“
Verlag Herder: Freiburg 2016
704 Seiten
ISBN: 978-3-451-34844-0

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig die historisch interessanten Titelblätter der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Jüdische Rundschau.

Abonnementspreis

(Zusendung Inbegriffen)

Vierteljährlich:

1. durch die Expedition:
 - a) in Berlin M. —,90.
 - b) nach auswärts M. 1,—
 - c) für das Ausland M. 1,50.
2. im Postabonnement M. 1,25
3. bei Sammelbezug durch die Ortsgruppe M. —,60.

Postzeitungslafete No. 3944.

Inserate
die viergespaltene Pettzeile 25 Pf.
Inseratobillagen
15 M.



Organ



der
Zionistischen Vereinigung

für

Deutschland.

Erscheint jeden Freitag.

Adresse für Geldsendungen und Bestellungen:

Verlag Jüdische Rundschau,
E. G. m. b. H.
Berlin E 22, Auguststrasse Nr. 49 a.

Sprechstunden:

v. 4—5 Uhr nachmittags.

Redaktion:

Dr. Heinrich Loewe, Berlin NW. 40,
Lehrterstrasse 14/15.

Sprechstunden:

Montag und Donnerstag 4—6 Uhr

No. 4.

Berlin. 23. Januar 1903. 24. Tebeth 5663.

VIII. Jahrgang.

Ein Jüdischer Palästinaverein.

(Ein Interview mit Herrn Prof. Dr. Sellin-Wien).*)

Von A. Neufeld.

Der grosse Festsaal „der Gesellschaft der Freunde“ war ausnahmsweise überfüllt. Die verspäteten Gäste mussten sich mit den Stehplätzen begnügen. Alle Seiten- und Durchgänge waren voll. Eine viel hundertköpfige Gesellschaft, in welcher die ganze Crème der jüdischen Intelligenz Berlins vertreten war, hatte sich eingefunden, um dem Vortrage des Professor Sellin von der Wiener evangelisch-theologischen Fakultät über seine „Neuesten Ausgrabungen in Palästina“ (verbunden mit Lichtbildern) zuzuhören. Im grossen Publikum, welches wohl in überwiegender Mehrzahl einem Palästina-Vortrag zum ersten Mal beiwohnte, herrschte eine Stimmung der erwartungsvollen Spannung. Sind doch aus dem letzten Orientalistenkongress in Hamburg, aus der Wiener „Gesellschaft für die Konservierung der Kunst- und Baudenkmäler des Judentums“ und sonst überall, wo Herr Prof. Sellin bis jetzt einen Vortrag gehalten hat, sehr vielversprechende Berichte erschienen, deren Richtigkeit im hellsten Licht erst das Originalcuileton Sellins in der Sonntagsbeilage der Kölnischen Zeitung am besten klar legte. Pünktlich zur angesetzten Stunde betritt die Rednertribüne der Vortragende, eine überraschend jugendliche Erscheinung von elegantem Exterieur, auf die Zuhörerschaft eher den Eindruck eines flotten Assessors, als eines weltabgeschiedenen Gelehrten ausübend. Den Ausführungen des Vortragenden, welcher den Ernst des Themas durch manche heitere Episode aus seinen Reisevorbereitungen und seiner Forschungszeit in Palästina zu würzen versteht, folgt man mit grossem Interesse. Die Lichtbilder, wie auch der Vortrag, entlocken dem Publikum einen reichen Beifall. Nach Schluss des Vortrages nähere ich mich dem Herrn Professor Sellin, überreiche ihm meinen „Versuch einer Bibliographie für die Zwecke einer wirtschaftlichen Erschliessung Palästinas“ und bitte um die Gewährung eines Interviews. Der Erfolg meiner Be-

*) Raum mangels halber unliebsam verspätet.

mühungen bleibt nicht aus, und zu früher Stunde bin ich im Hotel des Professors, der sich zum Aufbruch nach Halle und Leipzig zu den Sitzungen des Deutschen Palästina-Vereins rüftet.

Hauptsächlich war, was ich bezweckte, den Professor über die von Herrn Dr. Heinrich Loewe in der „Jüdischen Rundschau“ angeregte Gründung eines jüdischen Palästina-Forschungs-Vereins zu befragen. Professor Sellin wiederholt am Anfange und im Laufe der Unterredung, dass der Mangel an jüdischen Palästina-Forschern für die Juden einfach beschämend sei. Er kennt sehr viele jüdische Orientalisten, auch orientalistische Archäologen, die überall zu graben bereit sind, Palästina aber zu meiden scheinen. Es ist dem Herrn Professor schwer, unter den Juden Leute zu nennen, die für die Ausgrabungen in Palästina an Ort und Stelle in Betracht kommen könnten. Allerdings wäre es zu hoffen, dass die Gründung eines jüdischen Vereins dieser unter den Juden auffallenden Interesslosigkeit für die wissenschaftlich-archäologische Erforschung des Heiligen Landes ein Ende machen würde. Auch geeignete jüdische wissenschaftliche Kräfte würden sich schon finden. Professor Sellin selbst wählt sich als seinen Begleiter für seine künftigen Forschungsreisen nach Palästina einen jüdischen Architekten Marmorstein, den Assistenten an der Wiener Technischen Hochschule, der unter der Leitung des Professors vorbereitende archäologische Studien treibt. Die wissenschaftliche Welt würde den Jüdischen Palästinaverein mit grösster Freude begrüssen. Der jüdische Verein würde einen neuen Impuls zur Beschäftigung mit vielen interessanten, frisch auftauchenden Problemen der Palästinaforschung geben. Es würde sich wohl mit der Zeit eine weitere Spezialisierung auf dem Gebiete der Palästinaforschung, eine weitere Individualisierung und Differenzierung der Arbeiten der einzelnen Palästinaforschungsvereine ergeben. Uebrigens bereitet man auch in Amerika die Gründung eines amerikanischen Forschungsvereins für Palästina vor. Einem amerikanischen Archäologen Mitchell ist Herr Professor Sellin in Palästina im Frühjahr begegnet. Ueber den jetzigen Stand der Vorbereitungen in Amerika kann man allerdings aus der Fachpresse nichts erfahren. Doch der jüdische Verein würde

Eine Stütze des jüdischen Lebens

Warum jüdische Orthodoxie im säkularen Deutschland Erfolg hat

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Im April 2018 wird das 15-jährige Bestehen der ORD, der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschlands, gefeiert.

Die elf orthodoxen Rabbonim, die sich damals in Frankfurt am Main versammelt haben, haben erkannt, dass die Zeit gekommen ist, eine Organisation ins Leben zu rufen, die den wachsenden spirituellen Bedürfnissen der Juden in Deutschland entsprechen kann.

Auch wenn das langsam wachsende jüdische Leben in mehreren Städten auch größeren Bedarf nach rabbinischer Begleitung erwarten ließ, so konnten vor 15 Jahren wohl selbst die Gründungsmitglieder der ORD sich noch nicht vorstellen, welchen Erfolg ihre Organisation schon in wenigen Jahren haben würde.

Es ist schwer zu glauben, aber in nur 15 Jahren hat sich die Anzahl der ORD-Mitglieder fast verfünffacht und zurzeit hat die orthodoxe Konferenz schon fast 50 Rabbonim als Vollmitglieder!

Da ein Vollmitglied der ORD nur ein Gemeinde- bzw. Landesrabbiner sein darf, bedeutet das auch, dass es fast 50 jüdische Gemeinden in Deutschland gibt, die sich für einen orthodoxen Rabbiner entschieden haben.

In einem Land, das als Geburtsort des liberalen Judentums bekannt ist und heutzutage sogar als vorwiegend säkular gilt, ist eine solche Entwicklung mehr als beeindruckend.

Was sind also die Tätigkeitsfelder der orthodoxen Rabbinerkonferenz, wer sind ihre Partner und wie trägt sie zur Entfaltung des jüdischen Lebens in Deutschland bei?

Beit Din

Einer der wichtigsten Institutionen der ORD ist zweifellos das jüdische Gericht „Beit Din“. Seit der Matan Tora (Thora-Gabe) am Berg Sinai war Beit Din die wichtigste rabbinische Organisation, wie es im 2. Buch Moses (18:13) beschrieben wird: „Am nächsten Morgen setzte sich Mosche, das Volk zu richten; und das Volk stand um Mosche her bis an den Abend.“ Dazu sagen unsere Weisen: „Was bedeutet ‚am nächsten Morgen?‘ – am nächsten Tag nach Thora-Empfang!“ Ohne einen Beit Din kann keine Gemeinde normal funktionieren, denn das Gericht ist für viele Bereiche des jüdischen Lebens zuständig.

Heutzutage ist der Beit Din nicht mehr für alles zuständig und kann zum Beispiel die Sünder nicht richten und auch bei finanziellen Streitigkeiten haben jüdische Richter nicht immer die nötige Macht. Jedoch sind manche Aufgaben des Beit Din auch in unserer Zeit sehr wichtig. So zum Beispiel verlangt die Thora, dass wenn der Ehemann sich von seiner Frau trennen möchte, er ihr unbedingt einen Scheidungsbrief „Get“ geben soll. Dieses Verfahren ist enorm wichtig, und solange der Mann den Get nicht gegeben hat, darf nach dem jüdischen Gesetz weder der Mann noch seine Ex-Frau wieder heiraten.

Und da die halachisch korrekte Scheidung eine enorm wichtige Angelegenheit ist, dürfen nur die erfahrenen Richter (Dayanim) diesen Prozess durchführen.

Dank der guten Zusammenarbeit mit dem israelischen Rabbanut und der Beteiligung israelischer Dayanim bei den Sitzungen des ORD-Beit Din, sind solche Scheidungen auch in Israel beim Rabbanut anerkannt.

Eine andere gefragte Funktion des



כינוס ועידת הרבנים האורתודוקסים דמדינת אשכנז בשיתוף ההסתדרות הציונית העולמית
26. - 27. November 2017- ח - ט כסלו התשע"ח
Frankfurt/MAIn - פרנקפורט דמיין

- | | |
|-------------------|---|
| 1.Reihe v.l.n.r.: | Rabbiner Evers, Rabbiner Wassermann, Rabbiner Staw, Rabbiner Apel |
| 2.Reihe v.l.n.r.: | Rabbiner Gugenheim, Rabbiner Rubins, Rabbiner Pushkin, Rabbiner Bar-Lev, Rabbiner Ahrens, Rabbiner Kornblum |
| 3.Reihe v.l.n.r.: | Rabbiner Bohrer, Rabbiner Radbil, Rabbiner Babaev, Rabbiner Noy, Rabbiner Sajaz, Rabbiner Balla, Rabbiner Portnoy, Rabbiner Jedwabny, Rabbiner Kochan, Rabbiner Surovtsev |
| 4.Reihe v.l.n.r.: | Rabbiner Kahanovsky, Rabbiner Hönig, Rabbiner Geballe, Rabbiner Pawelczyk-Kissin, Rabbiner Vinitz, Rabbiner Gurewitz, Rabbiner Aminov, Rabbiner Pavlowski |
| 5.Reihe v.l.n.r.: | Rabbiner J.C. Soussan, Rabbiner Horovitz, Rabbiner Wurmser, Rabbiner Friberg |

Beit Din ist die Durchführung von Übertritten ins Judentum (Gijurim). Es ist erstaunlich, dass es – bei immer bedrohlich werdender Situation für Juden in Deutschland – ziemlich viele Nichtjuden gibt, die zum Judentum übertreten möchten. Dabei ist der Übertritt bei der ORD kein Selbstläufer: es dauert mehrere Jahre, die Kandidaten müssen viel lernen, Männer müssen sich der Beschneidung unterziehen und werden erst dann zum Gijur-Abschluss bei einer Beit-Din-Sitzung zugelassen, wenn der begleitende Rabbiner absolut überzeugt ist, dass der Kandidat bzw. die Kandidatin ernste Absichten hat und die thoratreuere Lebensweise sicher halten wird.

Auch bei den Übertritten hilft die Anwesenheit der Dayanim des israelischen Rabbanuts für die Anerkennung der Konvertiten in Israel und in der ganzen Welt.

Es ist bemerkenswert, dass die Dienste des ORD-Beit Din so gefragt sind, dass die Dayanim oft ganze Wochen in Deutschland verbringen müssen und dabei den ganzen Tag Sitzungen abhalten, um alle Anliegen zu erledigen.

Deutsche Koscherliste

Ein weiteres wichtiges Thema für die deutschen Rabbiner ist die Hilfe bei der Einhaltung der jüdischen Speisegesetze (Kaschrut). Kaschrut ist anspruchsvoll und nicht leicht zu befolgen. Wenn in den großen Gemeinden noch mindestens ein koscheres Geschäft vorhanden ist, ist es in kleineren Gemeinden schon viel schwieriger die koscheren Lebensmittel zu beschaffen. Deshalb wurde schon vor mehreren Jahren die Koscherliste mit dem Namen „Rabbi, ist das koscher?“ herausgegeben, wo die Lebensmittel zusammengefasst wurden, die in deutschen Supermärkten gekauft werden dürfen. So eine Liste muss nicht nur erstellt werden, sondern auch ständig aktualisiert werden. Denn die Lebensmittel, die gestern noch unbedenklich hergestellt wurden, können schon morgen anders produziert werden und nicht mehr auch Koscher-Standard

entsprechen. Seit der 1. Ausgabe gab es schon mehrere überarbeitete Ausgaben.

Die Erstellung einer Kaschrut-Liste ist eine extrem anspruchsvolle Aufgabe, weil viele Informationen bearbeitet und geprüft werden müssen. Deshalb haben bei der letzten Ausgabe im Jahr 2017 gleich drei Kaschrut-Experten der ORD ehrenamtlich zusammengearbeitet, um eine umfassende und vertrauenswürdige Liste herauszugeben.

Seminare für die Rabbiner

Auch wenn alle Rabbiner der ORD sich sehr gut mit der Halacha (jüdischem Gesetz) auskennen, so gibt es immer wieder neue Herausforderungen im modernen Leben, für die man gut vorbereitet werden muss. Deshalb veranstaltet die ORD zweimal im Jahr Seminare in einer der Gemeinden, wo die Rabbiner fortgebildet werden. Dafür werden weltweit bekannte und geschätzte Rabbonim als Redner eingeladen, deren Wissen und Erfahrung enorm hilfreich und wichtig ist.

Solche Seminare sind für die ORD-Rabbiner sehr nützlich, weil man aktuelle Probleme und Themen untereinander diskutieren kann, die nur in jüdischen Gemeinden in Deutschland relevant sind, die Gastrednern aus anderen Ländern jedoch weitgehend unbekannt sind.

Einmal im Jahr wird bei so einem Seminar auch die Leitung der Rabbinerkonferenz, die aus drei Vorstandsmitgliedern und zwei Beiratsmitgliedern besteht, gewählt.

Engagement für alle Juden in Deutschland

Auch wenn die Rabbiner in ihren Gemeinden sehr beschäftigt sind, versuchen sie trotzdem zum Verbessern des jüdischen Lebens in Deutschland beizutragen.

Eins der Probleme der Juden in diesem Land ist die kleine Anzahl der religiösen Bücher in deutscher Sprache. In letzter Zeit wurden unter Schirmherrschaft der

ORD mehrere Siddurim (Gebetsbücher) sowohl für die Erwachsenen als auch für die Kinder in Deutsch herausgegeben.

Die sozialen Netzwerke erlauben es heutzutage viele Menschen zu erreichen. So wurde vor einigen Jahren eine Facebook-Gruppe „Frag den Rabbiner“ von Jewig e.V. ins Leben gerufen, um den Menschen die Möglichkeit zu geben, die Rabbiner online zu fragen. Das ist vor allem für diejenigen Juden hilfreich, die in sehr kleinen Gemeinden leben, wo es keine eigenen Gemeinderabbiner gibt. Aber auch viele Nichtjuden haben Interesse am Judentum und fragen gern. Mehrere ORD-Rabbiner engagieren sich in dieser Gruppe und geben oft interessante und informative Antworten.

Die ORD ist auch online präsent: jede Woche pünktlich zum Schabbat wird ein inspirierendes Dwar Tora zum Wochenabschnitt online gestellt, regelmäßig erscheint auch das „ORD Magazin“.

Starke Freunde

Jedoch gibt es in Deutschland noch viel zu tun und ohne starke und verlässliche Partner wäre der Erfolg der ORD unmöglich. An der Seite der orthodoxen Rabbiner stehen: Der Zentralrat der Juden in Deutschland, das Rabbinerseminar in Berlin, der Bund der traditionellen Juden in Deutschland (Btj), die World Zionist Organisation (WZO), die Matanel Foundation (Luxemburg) und viele andere.

Trotz aller Widrigkeiten gibt es immer mehr Juden auch in Deutschland, die ihre Wurzeln und ihre Traditionen neu entdecken und die Religion ihrer Eltern ausleben möchten. Manche von ihnen möchten die Beschneidung nachholen, manche Paare möchte eine richtige jüdische Hochzeit unter der Hupa feiern, viele wünschen sich authentische jüdische Bildung für ihre Kinder.

Nach 15 Jahren ihres Bestehens ist die ORD für diese Aufgaben gut gerüstet und ist heutzutage eine wichtige Stütze des jüdischen Lebens in Deutschland.

2017 verzeichnet Israel einen neuen Besucher-Rekord

Im vergangenen Jahr kann der Staat erfreuliche Zahlen verkünden: Mit 3,6 Millionen Touristen kamen so viele Touristen ins Heilige Land wie noch nie zuvor.

Die Staaten, aus denen 2017 am meisten Reisende in das kleine Land zwischen Jordan und Mittelmeer kamen, waren die USA, Russland, Frankreich, Deutschland und Großbritannien.

Amtliche Stellen meldeten Einnahmen von 20 Milliarden Schekel aus dem Tourismus, der etwa 200.000 Israelis eine Arbeitsstelle gibt.

Tourismusminister Yariv Levin führte den Anstieg der Touristenzahlen um 700.000 (25 Prozent Steigerung zum Vorjahr) auf gezielte Maßnahmen zurück, wozu auch die Subventionierung von Flügen von Deutschland nach Israel zählt. Dies erlaubt deutschen Touristen Flugreisen zum Preis von nur 10 Euro ans Rote Meer.

Diese Investition zahlt sich in der Regel aus, denn der durchschnittliche Tourist gibt vor Ort etwa 1.600 Dollar während seines Aufenthaltes aus.

Mehr Fluglinien fliegen seit 2017 Israel direkt an – aus Osteuropa, aber auch solche aus China.

Auf dem Luftweg kamen etwa 3,3 Millionen, und etwa 370.000 Touristen auf dem Landweg über Ägypten oder Jordanien.

Levin freut sich außerdem darüber, dass jene Touristen, die Israel einmal mit eigenen Augen gesehen haben, zukünftig – so hofft er – als „Botschafter“ Werbung für sein Land machen werden.

2017 waren mehr als die Hälfte der Touristen (nämlich 54 Prozent) Christen, davon kam etwa jeder Vierte als Pilger. Ein Fünftel der Besucher waren Juden.

Die meistbesuchten Orte im Lande waren natürlich Jerusalem, Tel Aviv und das Tote Meer. Aber auch der See Genezareth und die an ihm gelegene Stadt Tiberias waren wichtige Anziehungspunkte.

Besonders bewerben möchte der Tourismusminister auch in Zukunft das Nachtleben von Tel Aviv und die religiöse Wichtigkeit von Jerusalem. Eilat soll als Tourismusziel weiterhin ausgebaut werden. Und außerdem sollen auch Chinesen verstärkt mithilfe Sozialer Medien für den jüdischen Staat als Reiseziel begeistert werden.



JÜDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin

Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

Tel.: (030) 54 71 02 50 Fax: (030) 23 32 88 60

E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de

Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrowski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

• per Telefon: (030) 54 71 02 50 • per Fax (auch Anrufbeantworter): (030) 23 32 88 60

• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 51

E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Unsere Kontaktadressen



J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin



(030) 54 71 02 51
(Mo.-Mi. von 10.00 bis 16.00)



redaktion@juedische-rundschau.de



(030) 23 32 88 60 (auch Anrufbeantworter)



www.juedische-rundschau.de



www.facebook.com/jrundschau



@jrundschau



**COUPON
ABO-
BESTELLUNG**

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

- 39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)
- 49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)
- 73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)
- 32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____

Wohnort _____

Geburtsdatum _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____

Unterschrift **x** _____

Ich zahle gegen Rechnung:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Gutschein vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, die bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan

per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.